

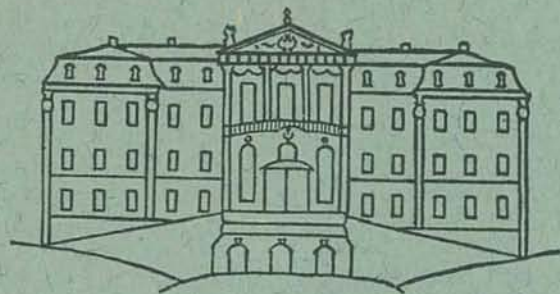
Hefte aus Burgscheidungen

---

Gertrud Illing

# Zum Scheitern verurteilt

Die Weltherrschaftspläne  
des deutschen Imperialismus



110/111

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung  
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

Gertrud Illing

## **Zum Scheitern verurteilt**

**Die Weltherrschaftspläne  
des deutschen Imperialismus**

1964

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung  
der Christlich-Demokratischen Union

## Einleitung

Seit Deutschland zwischen 1890 und 1900 in das imperialistische Stadium des Kapitalismus eingetreten ist, haben die politisch und ökonomisch herrschenden Klassen bereits zweimal den Versuch unternommen, die Weltmacht zu erobern. Sie sind bei diesen zwei Versuchen beide Male gescheitert, und doch sind in Westdeutschland heute wieder die gleichen Kräfte am Werk, das gleiche Experiment zum dritten Male zu versuchen.

Das deutsche Volk mußte beide Male dieses Weltmachtstrebens der deutschen Imperialisten in zwei Weltkriegen und in der dazwischenliegenden Zeit mit Millionen von Menschenleben und Milliardenwerten an vernichteten materiellen Gütern bezahlen. Es wurde zweimal fürchterlich aus den Träumen chauvinistischer Überheblichkeit geweckt, in die weite Kreise durch eine raffinierte Propagandatechnik eingelullt worden waren. Es wurde besonders durch den zweiten Weltkrieg an den Rand des Untergangs seiner nationalen Existenz geführt, und es hat sein Weiterbestehen als – wenn auch in zwei Staaten gespaltene – Nation nur der Tatsache zu verdanken, daß es immer, selbst in den dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert, Männer und Frauen gegeben hat, die ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Existenz daran wagten, die Verderber des deutschen Volkes, der deutschen Nation zu entlarven, dem deutschen Volke die Augen zu öffnen über das wahre Wesen des deutschen Imperialismus, dessen Ziele zu enthüllen und einen erbitterten, opfervollen Kampf dagegen zu führen.

Diese Männer und Frauen waren es, die nach der fürchterlichsten Katastrophe in der neueren Geschichte des deutschen Volkes als Aktivisten der ersten Stunde den Mut zu einem Neuanfang fanden. Gegen sie richtet sich in der Gegenwart erneut der Terror des monopolhörigen Bonner Staates, weil sie es wagen, die neuen und doch so alten Weltoberungspläne der westdeutschen Imperialisten als das zu bezeichnen, was sie in Wahrheit sind – als Pläne zu einem neuen, noch ungeheuerlicheren Verbrechen am deutschen Volk, an der deutschen Nation.

Das Anliegen dieses Heftes ist es, das Weltherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus von seinen Anfängen in seiner

wechselnden Gestalt und seinem stets gleichbleibenden Inhalt in großen Umrissen darzustellen und damit noch einmal die Feststellungen des Nationalen Programms zu unterstreichen:

*„daß der Friede in der Welt nur dann gesichert ist, wenn es auch der westdeutschen Arbeiterklasse im Bündnis mit den demokratischen Kräften in Westdeutschland gelingt, diese Verderber des deutschen Volkes endgültig zu beseitigen, ihnen durch die Zerschlagung der ökonomischen Basis ihrer politischen Macht die Möglichkeit zu nehmen, das deutsche Volk in einen dritten Weltkrieg zu stürzen“.*

## 1. Der „Platz an der Sonne“

Das so spät zur nationalen Einigung gekommene Deutschland war seit etwa 1890 auf dem Wege zur wirtschaftlichen Weltmacht. Das skrupellose Profitstreben der deutschen Großbourgeoisie, der außerordentlich hohe Ausbeutungsgrad und die besondere Qualitätsarbeit der deutschen Arbeiter hatten es der deutschen Industrie ermöglicht, sich auf dem Weltmarkt einen beachtlichen Platz zu erobern. Sowohl in bezug auf die industrielle Wachstumsrate und das Wachstumstempo als auch in bezug auf den Handel hatte Deutschland die alten Industrienmächte England und Frankreich um mehr als das Doppelte überflügelt.

Das zeigte sich besonders an den Produktionsziffern von Kohle und Stahl, den beiden Grundstoffen der Schwerindustrie. So konnte Deutschland seine Kohlenförderung in der Zeit von 1870 bis 1914 auf das Achtfache erhöhen, während sie sich in England nur verdoppelte. Das gleiche gilt für die Roheisenerzeugung, die in den Jahren von 1887 bis 1914 um 387 % – von 4 Millionen Tonnen auf 15,5 Millionen Tonnen – stieg und damit sogar Amerika mit seiner Zunahme von 368,5 % hinter sich zurückließ, während England weit abgeschlagen mit einer Zunahme von nur 30,6 % hinter Deutschland zurückblieb.

Aber auch auf anderen Gebieten war es Deutschland in kurzer Zeit gelungen, nahezu eine Monopolstellung zu erringen, so in der chemischen und der optischen Industrie. Hier kam Deutschland seine „Verspätung“ besonders zustatten, da sich diese Industrien im Weltmaßstab erst in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelten. Dabei ist bezeichnend für den Eintritt Deutschlands in die imperialistische Epoche, daß sich besonders in der chemischen Industrie die Monopolisierung sehr bald durchsetzte.

„Mit ihren 150 000 Beschäftigten, zusammengeballt in wenigen Mammutbetrieben, die seit dem Jahre 1904 durch Vorabreden der großen Firmen Bayer, Hoechst und Ludwigshafen schon ein Kartell errichtet hatten (1916 in den IG Farben vereinigt), war die chemische Industrie Sinnbild der hochkonzentrierten Industriebetriebsform.“<sup>1</sup>

Die gleiche hohe Konzentration der Produktion und des Kapitals finden wir in der Elektroindustrie (AEG, Siemens), für die insbesondere auch die enge Verflechtung mit dem Finanzkapital typisch ist.

Dieser horrende wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands, der nur mit dem einer anderen „jungen“ Nation, nämlich Amerikas, einigermaßen vergleichbar war, machte die Wirksamkeit des objektiven ökonomischen Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Staaten besonders deutlich.

<sup>1</sup> Fischer, Fritz, Der Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1962, S. 25

Adäquat dem industriellen Aufschwung Deutschlands entwickelte sich auch der deutsche Handel. So stieg die Einfuhr zwischen 1887 und 1912 von 3,1 Mrd. auf 10 Mrd. Mark. Das bedeutete eine Zunahme von 243,8%, während sich die Ausfuhr um 185,4% — von 3,1 Mrd. auf 8,9 Mrd. Mark — steigerte. Im gleichen Zeitraum vollzog sich aber auch in bezug auf die Handelspartner eine Wandlung: an die Stelle der europäischen Staaten (England, Frankreich und Südosteuropa) traten bis 1913 mehr und mehr die überseeischen Gebiete, in erster Linie die südamerikanischen Staaten.

Der Wandel der Wirtschaftsstruktur Deutschlands, seine Umwandlung aus einem Agrar-Industriestaat in eines der führenden Exportländer der Erde binnen weniger Jahrzehnte, der Erfolg der wirtschaftlichen Expansion war die Grundlage für das politische Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus, das vor dem ersten Weltkrieg in den verschiedensten Plänen und Denkschriften führender deutscher Wirtschaftsexperten, Nationalökonomien, Politiker und Historiker seinen Niederschlag fand.

Wenn sich der Wunschtraum der deutschen Imperialisten, England in seiner Weltgeltung abzulösen, erfüllen sollte, dann war eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür eine starke Flotte, die der unbestrittenen Seeherrschaft des britischen Inselreichs ein Ende machen konnte. Andererseits aber war un schwer vorauszusehen, daß sich die Differenzen zwischen Deutschland und England, die infolge deutschen Vordringens in englische Interessensphären bereits bestanden, noch weiter verschärfen würden, wenn Deutschland als stärkste europäische Kontinentalmacht nun auch in die Reihe der Seemächte einzutreten strebte. Nichts unterstreicht deutlicher die gegen die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichtete Politik der deutschen Imperialisten, wie sie im Nationalen Programm angeprangert wurde, als die Bedenkenlosigkeit, mit der die deutsche Flottenrüstung forciert wurde, obgleich das deutsche Volk dadurch in die Gefahr eines Krieges mit England geführt wurde.

Einer der Hauptvertreter jener „Weltpolitik“ war Wilhelm II., der sie

„sehr bald als Programm mit dem Ziel des ‚deutschen Platzes an der Sonne‘ ausgegeben hatte. Der frühe Tod Friedrichs III. symbolisierte das Überspringen einer Generation, so wie der Regierungsantritt Wilhelms II. im Innern den konservativ-dynastischen“ (lies: reaktionären) „Kräften, im Äußeren, besonders nach Bismarcks Entlassung, den expansiven Drängen den eigentlichen Auftrieb gab... Der Anspruch Wilhelms II., Deutschland neben England zu stellen, prägte zugleich seine politische Konzeption wie das Denken der überragenden Zahl seiner Minister und Staatssekretäre.“ (Das war an sich selbstverständlich angesichts des Byzantinismus der wilhelminischen Ära, der eigene Anschauungen, die der „Allerhöchsten Meinung“ entgegenstanden, kaum aufkommen ließ! — G. I.)

„Im Mittelpunkt seiner politischen Absichten stand der Aufbau einer Flotte. Sie sollte Deutschland den Rang einer Weltmacht garantieren, zu dem es sich auf Grund seiner kulturellen Höhe und seiner wirtschaftlichen Potenzen berufen fühlte.“<sup>2</sup> (Hervorhebung von mir, G. I.)

Selbstverständlich war Wilhelm II., selbst wenn er aus eigenem Antrieb zu handeln glaubte, nichts anderes als der Exponent der Wünsche des Monopolkapitals, mit dessen hervorragendsten Vertretern, wie Krupp, Ballin, Rathenau, ihn zum edelsten freundschaftliche Beziehungen verbanden.

Wie fest das ausschließlich den Interessen des Monopolkapitals dienende Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus auch in den Kreisen des deutschen Bürgertums Fuß gefaßt hatte, geht aus der Vielzahl der Vereinigungen und Verbände hervor, deren einziges und offen erklärtes Ziel die Unterstützung eben dieses Weltmachtstrebens war. Weit aus an der Spitze stand hierbei der Alldeutsche Verband, dessen aggressive Zielstellung und chauvinistische Überheblichkeit alle anderen in den Schatten stellte. Die von ihm propagierte Ideologie des Monopolkapitals wirkte sich besonders verhängnisvoll für Deutschland aus, zumal sie dann in vollem Umfange vom Faschismus übernommen wurde, auch wenn der Alldeutsche Verband selbst in der Zeit der faschistischen Diktatur nur eine unbedeutende Rolle spielte und schließlich sang- und klanglos einging.

Angesichts des Einflusses, den dieser Verband ausübte — allerdings weniger in den breiten Volksmassen, für die die „Führer“-Ideologie damals noch wenig Anziehungskraft besaß, als in den herrschenden politischen Kreisen — lohnt es sich, hier kurz auf seine Zusammensetzung und die von ihm betriebene ideologische Kriegsvorbereitung einzugehen.

Die Initiative zur Bildung des Verbandes ging von einem aus den Kreisen des Auslandsdeutschtums kommenden Aufruf gegen den von Bismarck abgeschlossenen Sansibar-Vertrag aus. Sie wurde von Alfred Hugenberg — damals noch nicht im Generaldirektorium der Kruppischen Werke, sondern Regierungsassessor — aufgegriffen, der es übernahm, den von ihm unterbreiteten Vorschlag der Gründung einer „völkischen Vereinigung“ in Deutschland zu realisieren. Hugenberg, der spätere langjährige Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Beherrscher der Ufa und großer Pressekonzerne, wurde damit zum „eigentlichen Vater des Alldeutschen Verbandes“<sup>3</sup>.

Was es mit diesem Allgemeinen Deutschen Verband, wie er zunächst genannt wurde, auf sich hatte, mag hier durch zwei seinen Charakter kennzeichnende Beispiele gezeigt werden: Als sein Vorsitzender sollte einer der übelsten Vertreter des deutschen Kolonialismus, Carl Peters, fungieren, der bereits 1881

<sup>2</sup> ebenda, S. 17

<sup>3</sup> „Alldeutsche Blätter“, 30. Jahrgang, Nr. 21, S. 163

„in seiner ersten Veröffentlichung ‚Weltwille und Willenswelt‘“ geschrieben hatte, „daß die Ära der preußisch-deutschen Militärhegemonie über Europa heraufgezogen sei“<sup>4</sup>. In einem 1891, dem Gründungsjahr des Verbandes, herausgegebenen Flugblatt mit dem Titel „Auf der Schwelle des Weltkrieges“ findet sich bezeichnenderweise die Begründung „der natürlichen Ansprüche an den Mitbesitz der Weltherrschaft“ mit den Rüstungsausgaben. Es heißt dort, diese Ansprüche müßten

„in Güte oder mit Gewalt zu ihrer Zeit zu ihrem Recht kommen. Die deutsche Nation muß wissen, weshalb sie jahrzehntelang mit gesteigerter Anspannung aller Volkskräfte sich waffen und zum Kampf rüsten muß. Es wäre wahrer Hohn auf die dabei vergeudete Volksarbeit, wenn das alles nur zur Erhaltung des Friedens und zur Verteidigung des Besitzstandes wäre.“ (Hervorhebungen v. Vf.)

Aufschlußreich ist auch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft und der Leitung des Alldeutschen Verbandes. Obwohl er als Propaganda-Organisation des Monopolkapitals zur Popularisierung seiner Weltherrschaftspläne gegründet und von diesem auch weitgehend finanziert wurde, war die Zahl der Vertreter des Monopolkapitals in der Leitung äußerst gering. Sie hatten ihre Leute, auf die sie sich verlassen konnten und die entweder durch ihre Stellung ihren Einfluß auf die Regierung ausübten, wie die stets in der Leitung des Verbandes vertretenen hohen Offiziere des Heeres und der Admiralität, oder als Zeitungsverleger, Redakteure, Universitätsprofessoren, Lehrer und Geistliche die öffentliche Meinung des Bürgertums und weiterer Schichten im Sinne des Monopolkapitals lenkten.

Anhand einer Verbandsstatistik für 1904 kann die Gliederung des Vorstandes in seiner sozialen Schichtung in etwa errechnet werden. Danach waren etwa 7 % der Vorstandsmitglieder Universitätsprofessoren, darunter solche, deren Namen nicht nur für die damalige Zeit Gewicht hatten. Zur sonstigen Intelligenz gehörten rund die Hälfte der Vorstandsmitglieder, und 13 % waren Beamte.

„Alles genauso, wie es für eine Propagandaorganisation des Monopolkapitals, die unter dem Bürgertum, vor allem auch unter dem Klein- und Mittelbürgertum wirken soll, nicht geschickter ausgesucht sein kann.“

Das heißt, Führung und Mitgliedschaft setzten sich vor allem aus solchen Personen zusammen, die auf Grund ihrer Stellung einen ganz besonderen Einfluß auf die Bildung und Formung einer Ideologie haben können.<sup>5</sup>

Schon daraus ergibt sich, daß der Alldeutsche Verband niemals eine Massenorganisation werden, aber andererseits auf die Politik des Deutschen Reiches wie auf die Meinungsbildung

4 Kuczynski, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, B. II, S. 13

5 Kuczynski, a. a. O., S. 19

des deutschen Bürgertums einen Einfluß ausüben konnte, der im Vergleich zur Mitgliederzahl unverhältnismäßig groß war. Diese Einflußnahme wurde noch verstärkt durch die Zugehörigkeit von Reichstagsabgeordneten verschiedener bürgerlicher Parteien zum Alldeutschen Verband — 1908 waren es nach einer Aussage des langjährigen Vorsitzenden des Verbandes, Justizrat Heinrich Claß, über 33 Abgeordnete — und die korporative Mitgliedschaft von „völkischen“ oder „nationalen“ Vereinen und Verbänden mit der gleichen aggressiven Zielsetzung, wie „Wehrverein“, „Flottenverein“, „Deutscher Schulverein“, der spätere „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), „Ostmarken-Verein“, „Hammerbund“, „Deutschbund“, „Kolonialgesellschaft“ und viele andere mehr, deren Name vielfach schon ein Programm war.

Die Ziele des Verbandes waren so ziemlich das Größenwahninnigste, das je von Imperialisten erdacht wurde, teilweise noch versteckt hinter der Fassade einer verhältnismäßig unverfänglich klingenden „nationalen“ Phraseologie. Der tragende Pfeiler war der wildeste Chauvinismus, die durch nichts begründete Behauptung von der „Überlegenheit“ der „germanischen Rasse“. Die Propagierung dieser Ziele war ausgerichtet auf die völlige Vernebelung des ohnehin gering entwickelten politischen Bewußtseins des betont „unpolitischen“ deutschen Bürgers, dessen ganze „Erziehung“ durch Schule und Wehrdienst bereits darauf abgestellt war, auf der einen Seite seine nationalistische Überheblichkeit zu wecken und zu pflegen und ihn andererseits zum gehorsamen „Untertanen“ heranzubilden“.

Welches waren die Ziele des Alldeutschen Verbandes, und was verbarg sich hinter ihnen? — In der ersten Fassung des Statuts waren sie folgendermaßen formuliert:

„Der Allgemeine Deutsche Verband ist gegründet zur Förderung deutsch-nationaler Interessen im In- und Auslande und verfolgt als Zwecke:

1. Belebung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimat und Bekämpfung aller der nationalen Entwicklung entgegen gesetzten Richtungen.
2. Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer nationalen Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.
2. Förderung einer tatkräftigen deutschen Interessenpolitik in Europa und über See. Insbesondere auch Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen.“<sup>6</sup>

Was unter diesen Programmpunkten wirklich zu verstehen war, erläuterte ein Kommentar zu diesen Satzungen, in dem besonders folgender Passus interessant ist, da er die Breite

6 ebenda, S. 25

der Begriffsbestimmung „Deutsche“ zeigt, wie sie der Alldeutsche Verband verstand:

„Der Verband fragt auch im Ausland nicht nach dem Unterschiede zwischen ‚Reichsdeutschen‘ und ‚andern‘ Deutschen.“ (Der Faschismus setzte dafür den Terminus ‚Volksdeutsche‘; d. Vf.) „Er kennt nur ‚Deutsche‘ und anerkennt alle als Landsleute, die germanischer Abstammung sind und an deutscher Sprache und Sitte treu festhalten, gleichgültig, welchem Staatswesen sie als Bürger oder Gäste angehören. Das Ziel ist nur eins: die Zusammenfassung des gesamten Deutschtums zu gemeinsamem Bewußtsein.“<sup>7</sup>

Wie entledigte sich nun der Alldeutsche Verband seiner Aufgabe, das deutsche Volk für die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus zu gewinnen und es psychologisch auf den im Verfolg dieser Pläne unausbleiblichen Krieg vorzubereiten? – Einen breiten Raum in der Propaganda nahm die These von der deutschen „Überlegenheit“ gegenüber anderen Völkern und der darauf gegründeten besonderen Berufung der germanischen Rasse zur Weltherrschaft ein. Besonders deutlich werden diese Auffassungen in den Ausführungen eines alldeutschen Publizisten, der die Menschheit in „Führerrassen“ und „Folgerassen“ einteilt und den Führerrassen, an deren erste Stelle er selbstverständlich die germanische Rasse setzt, das Recht des Eroberns zugesteht. Noch eindeutiger erweist er sich als echter Vorläufer des Faschismus, wenn er schreibt:

„Die Eroberer handeln biologisch nur folgerichtig, wenn sie die fremde Sprache zu verdrängen und das fremde Volkstum zu zertrümmern trachten. Darum keine Versöhnungsversuche, sondern kühles Herrenbewußtsein, möglichste Machtentfaltung und strenge Vorbehaltung aller politischen Rechte!“<sup>8</sup>

Es ist das der gleiche Geist, aus dem die überhebliche Losung entsprang: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“ Die Welt sollte zwei Jahrzehnte später mit Schauern erleben, wohin dieser Wahnsinn ein Volk, das immerhin große humanistische Traditionen zu wahren hatte, führte.

Auch die „Volk-ohne-Raum“-Theorie, die später Hitler die Grundlage für seine Aggressionen bot, fand in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes bereits ihre Apologeten. So erklärte der Baron von Vietinghoff-Scheel in einer Begrüßungsansprache an den Alldeutschen Verbandstag in Erfurt 1912:

„Unsere Grenzen sind zu eng. Wir müssen landhungrig (!) werden, neue Siedlungsgebiete erwerben, sonst werden wir ein sinkend Volk, eine verkümmerte Rasse. Aus echter wahrer Liebe müssen wir an unser Volk und seiner Kinder Zukunft denken, wenn man uns auch Kriegs- und Rauflust vorwirft. Wäre das germanische Volk kriegsfürchtig, so hätte es ausgelebt. Wenn im Reiche sich Unzufriedenheit breitmacht, so ist der Landhunger die Ursache davon.“<sup>9</sup>

<sup>7</sup> ebenda, S. 26

<sup>8</sup> „Alldeutsche Blätter“, 23. Jahrgang, Nr. 35, S. 283–85, zit. nach: Kuczynski, a. a. O., S. 36

<sup>9</sup> ebenda, S. 41/42

Kuczynski stellt mit Recht die merkwürdige Tatsache fest, daß das deutsche Volk von sich aus gar nicht landhungrig zu sein scheint, sondern daß dieser Landhunger „erst geweckt werden müsse“. – Ähnlich wie Vietinghoff-Scheel brachte auch Claß in einer Rede auf dem Breslauer Verbandstag 1913 zum Ausdruck:

„Der Hunger nach Land drückt unserer Zeit den Stempel auf: er will und muß befriedigt werden. Seine Befriedigung stellt unser Volk vor Aufgaben, die einen großen Zug in unser nationales Leben bringen werden, für den eine wirklich regierende Regierung dem Schicksal dankbar sein müßte. Unsere“ (d. h. des Alldeutschen Verbandes, d. Vf.) „Aufgabe ist es, daran zu arbeiten, daß aus dem instinktiven Landhunger, wie er auch in den Massen vorhanden ist, ein fester klarer Wille, ein elementar wirkender Entschluß wird, unserem Volke zu verschaffen, was es zum Fortbestehen, zu seiner Gesundheit braucht.“<sup>10</sup>

Was das „deutsche Volk“, d. h. das deutsche Monopolkapital nach Ansicht der Alldeutschen „zu seinem Leben, zu seiner Gesundheit“ brauchte, fand seinen Niederschlag in den Kriegszielen des deutschen Imperialismus, als der „elementar wirkende Entschluß“ zum Kriege eine blutige Realität geworden war. Es war nicht mehr und nicht weniger als die Eroberung von Gebieten in allen fünf Erdteilen. Dieser Auffassung huldigten aber nicht nur die alldeutschen Interessenvertreter des deutschen Imperialismus.

Der Nationalökonom Gustav Schmoller, nach Fischer „der Erzieher einer ganzen Generation von Nationalökonomien, Verwaltungsbeamten und Diplomaten“<sup>11</sup>, gab bereits um die Jahrhundertwende den imperialistischen Weltmachtbestrebungen dahingehend Ausdruck, daß die Staaten wieder wie im Zeitalter des ersten Merkantilismus mit seinen Machtkämpfen „einheitliche . . . starke reiche mächtige Wirtschaftskörper“ seien, die „in dem neuen Kampf um Raum für die Menschen, Raum für das zinstragende Kapital und Raum für den gewinnbringenden Absatz“ kämpfen<sup>12</sup>.

Aber auch die Historiker des wilhelminischen Deutschland eiferten den Nationalökonomien nach.

„Für sie war die Ausweitung der Nationalstaaten zu Weltstaaten nicht nur bestimmt von ‚Wirtschaftsinteressen‘, sondern vor allem vom ‚Streben nach Macht‘ . . . Jedoch sahen sie Deutschland weniger ‚im wirtschaftlichen Schlepptau der großen Mächte‘ als vielmehr – wie etwa Hans Delbrück erklärte – zur ‚Weltmission‘ berufen kraft des durch Heer und Flotte gesicherten ‚gebührenden Anteil(s) an jener Weltherrschaft, die das Wesen der Menschheit und ihre höhere Bestimmung den Kulturvölkern zuweist‘. Gegen das ‚Kulturmonopol‘ des Angelsachsentums – Englands und Nordamerikas – und die russisch-

<sup>10</sup> „Alldeutsche Blätter“, 23. Jahrgang, Nr. 37, S. 299, zit. nach: Kuczynski, a. a. O., S. 42

<sup>11</sup> Fischer, a. a. O., S. 19

<sup>12</sup> ebenda, S. 18

moskowitzische Welt setzten die deutschen Professoren den Auftrag: die Behauptung der deutschen kulturellen und politischen Eigenart zu sichern und damit zugleich die Vielheit und Individualität der Völker sowie das Gleichgewicht in einem neuen Weltstaatensystem (das nach ihrer Vorstellung das europäische ablösen wird) zu garantieren. Diese von Hans Delbrück 1905 ausgesprochene Deutung der Weltlage und der zukünftigen deutschen Stellung in ihr“ (wie sie sich die deutschen Imperialisten erträumten, d. Vf.) „nahm Otto Hintze im Weltkrieg wieder auf, indem er als Ziel des Kampfes erklärte, daß ‚das Antlitz unserer Erde weder angelsächsische noch moskowitzische Züge tragen‘ dürfe, denn es sei Deutschlands Auftrag, dafür zu sorgen, daß die Kultur der neueren Völker nicht in den Polypennarmen eines weltbeherrschenden England oder Rußland erstickt.“<sup>13</sup>

Damals – 1915 – war es „Deutschlands Auftrag, die europäische Kultur zu retten“; jetzt fühlen sich die deutschen Imperialisten zu „Rettern des christlichen Abendlandes“ berufen. Die Apologeten des deutschen Imperialismus beweisen – wie sich zeigt – kein besonders großes Geschick im Erfinden von Variationen der Propaganda, mit der das Weltherrschaftsstreben ihrer imperialistischen Auftraggeber verschleiert werden soll.

Deutlicher noch prägte sich der Anspruch der deutschen Imperialisten auf Weltmachtstellung aus in der Forderung nach einer breiten europäischen Basis als Grundlage eines deutschen überseeischen Imperiums. Schon damals tauchte die Forderung nach einem europäischen Staatenbund unter deutscher Führung auf, die „als Grundlage eines deutschen Kolonialreiches noch vor 1914 volle Zustimmung weiter politischer und wissenschaftlicher Kreise“<sup>14</sup> fand. Unter diesem Zeichen entwickelte Bethmann-Hollweg seine Mitteleuropapläne, „denn ‚Mitteleuropa‘ war nichts anderes als die feste Basis auf dem Kontinent für die deutschen Bestrebungen über See“.<sup>15</sup>

Sie sollten durchgesetzt werden auf dem Wege über eine mitteleuropäische Zollunion. Zu diesem Zwecke bildeten sich bereits vor dem ersten Weltkriege zwei große Interessenvereinigungen: der „Mitteleuropäische Wirtschaftsverein“ und der „Deutsch-Österreichische Wirtschaftsverband“. In beiden spielten die deutschen Imperialisten eine führende Rolle. Beide vertraten demzufolge die Interessen des deutschen Monopolkapitals, der erstere auf europäischer Grundlage, während der zweite sich auf die Vereinigung des österreich-ungarischen mit dem deutschen Markt orientierte.

Einer der entschiedensten Vertreter einer mitteleuropäischen Zollunion war der spätere deutsche Außenminister Walter Rathenau, Generaldirektor der AEG, dessen Vorschläge – bereits 1913 in einer Denkschrift dem deutschen Reichskanzler vorge-

13 Fischer, a. a. O., S. 19

14 ebenda, S. 20

15 ebenda, S. 20

legt und am 1. August 1914 diesem erneut übermittelt – der Grundgedanke der europäischen Politik Bethmann-Hollwegs wurden.

Das eigentliche Ziel dieser europäischen „Wirtschaftseini-gung“ wurde von dem Direktor der Disconto-Gesellschaft, der zweitgrößten deutschen Bank, Max Schinckel – das Bankkapital war neben der Schwerindustrie, der verarbeitenden Industrie, der Schifffahrt und dem Großgrundbesitz führend im „Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein“ beteiligt –, dahingehend fixiert, daß es deren Aufgabe sei,

„im Rahmen der deutschen Gesamtpolitik die als ‚notwendig‘ erkannte ‚breitere Basis in Europa‘ für Deutschland zu erstreben, um ‚die volkswirtschaftliche Grundlage der deutschen Welt-politik zu legen.“<sup>16</sup>

Und damit schließt sich der Kreis: Deutsche Weltpolitik war nicht möglich ohne eine starke Flotte. Zur Unterstützung der auf die Entwicklung einer solchen Flotte gerichteten Politik hatte sich das deutsche Monopolkapital ebenfalls eine eigene Propagandaorganisation geschaffen: den Flottenverein.

„Ursprünglich eine rein industrielle Gründung des Centralverbandes deutscher Industrieller, der in einer Flottenrüstung vornehmlich einen auf Jahre hinaus gesicherten Auftragsbestand sah, wurde der Flottenverein zum ersten großen Beispiel staatlich gelenkter Propaganda. Gefördert in den preußischen Provinzen von den Oberpräsidenten, in den Bundesstaaten von den Fürsten, war der Flottenverein mit seiner Mitgliedschaft aus der hohen Bürokratie, den mittleren Beamten (Lehrern usw.) durchgegliedert über den Land- und Schulrat bis in jedes Dorf und von da aus wieder auf die großen Parteien wirkend, jedenfalls bis zum Jahre 1908, ein ‚Staatsverein‘, in dem sich Industrie und Verwaltung an dem gleichen nationalen (!) Ziel begeisterten.“<sup>17</sup>

Daß die Einschätzung des Flottenvereins als einer „rein industriellen Gründung“ zur Sicherung des Auftragsbestandes nur eine Seite der Angelegenheit darstellt, ergibt sich u. a. auch aus dem expansiven Vordringen des deutschen Monopolkapitals in anderer Richtung. Im Westen waren es die großen Erzvorkommen von Longwy–Briey und in der Normandie, in denen die deutschen Imperialisten durch den „Aufkauf von Gruben, durch Erwerb von Konzessionen, durch Beteiligungen, durch Unterwanderung, durch Zerstörung des Absatzmarktes der fremden Betriebe“ Fuß fassen konnten. In Rumänien lockte das Öl, im Osten die polnische Kohle und das polnische Erz sowie die ukrainischen und kaukasischen Rohstoffgebiete von Kriwoi Rog und Tschiaturi mit ihren reichen Vorkommen.

„Aus Sachsen griff die deutsche Industrie nach Böhmen hin-über und verband das industrielle Hauptzentrum Österreich-Ungarns mit dem mitteleuropäischen. Zugleich bewirkte dieses Ein-

16 ebenda, S. 21

17 ebenda, S. 33



dringen der deutschen Handelsbetätigung in die noch agrar-ökonomisch ausgerichtete Doppelmonarchie für deren Wirtschaft eine ständig deutlicher werdende kapitalmäßige Abhängigkeit von Deutschland... Österreich-Ungarn selbst aber war nur eine Brücke zu Südosteuropa, wo sich die deutsche ‚Kommerzialisierung‘, wie Conrad sie nennt, in immer stärker werdendem Umfange gegenüber der österreich-ungarischen, französischen, englischen und belgischen Konkurrenz durchsetzte... Im Osten selbst stieß vor allem die obereschlesische Industrie vor, die, angewiesen auf einen kontinentalen Absatzmarkt, sich Ost- und Südosteuropa erschloß. Ihr Ziel war es, und bis zum Weltkrieg hatte sie dies auch mit ihrer starken Kapitalbeteiligung an polnischen Gruben erreicht, polnische Gruben und polnisches Erz bis hinauf nach Radom unter ihre Kontrolle zu bringen.“ (Hervorhebung von mir, G. I.)<sup>18</sup>

Es wird weiterhin nachzuweisen sein, daß diese wirtschaftliche Expansion mit Hilfe eines starken Kapitalexports nur die Vorbereitung der politischen Herrschaft über diese Gebiete sein sollte.

Aber nicht nur auf Europa erstreckte sich das Interesse des deutschen Imperialismus. Etwa seit der Jahrhundertwende entdeckten die deutschen Monopole ihr Herz für China, das mit seiner Millionenbevölkerung und seinen reichen, fast unerschöpflichen Bodenschätzen ein besonders leckerer Bissen für die internationalen Monopole zu sein schien. Wenige Jahre nach dem japanisch-chinesischen Krieg 1894/95 begann die Aufteilung Chinas in Interessensphären der internationalen Monopole. Dabei machte auch der deutsche Imperialismus seine Ansprüche in wachsendem Maße geltend, nachdem bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts deutsche Handelsfirmen den Boden vorbereitet hatten. Deshalb beteiligte sich Deutschland an der gemeinsamen militärischen Niederschlagung der anti-imperialistischen Massenbewegung des chinesischen Volkes durch die imperialistischen Großmächte. Damals entstanden

„neue Formen und Methoden der Kapitalexpansion, die für den Ausgang des 19. und den Beginn des 20. Jahrhunderts charakteristisch waren, als der vormonopolistische Kapitalismus durch den Imperialismus abgelöst wurde und als das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus sowohl im ökonomischen als auch im politischen Bereich besonders heftig und offenkundig zu wirken begann.“<sup>19</sup>

In seine Untersuchungen über den Imperialismus als letztes und höchstes Stadium des Kapitalismus bezog Lenin Entstehungsform, Methoden und Ziele jenes neuen Typs von Monopolen ein, die ihr Interesse speziell den kolonialen und halbkolonialen Ländern zuwandten. Dabei untersuchte er besonders sorgfältig die Rolle und die Konzentration des Bankkapitals bei dieser imperialistischen Expansion nach China, u. a. auch die Tätigkeit der Deutsch-Asiatischen Bank,

18 ebenda, S. 35

19 Jerussalimski, A. S., Das Eindringen der deutschen Monopole in China . . . , in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 8/1960, S. 1833

„die Ende des 19. Jahrhunderts gegründet worden war und die bald eine der Haupttriebkraft für das Eindringen des damals noch jungen, jedoch bereits überaus aggressiven deutschen Imperialismus in China wurde.“<sup>20</sup>

Der sowjetische Historiker A. S. Jerussalimski weist mit Recht auf die besondere Aktualität dieser Untersuchung der expansionistischen Methoden und Ziele gegenüber den kolonialen und halbkolonialen Ländern hin,

„weil diese Methoden und Ziele auch vom heutigen westdeutschen Neokolonialismus angewendet und angestrebt werden, der bemüht ist, den alten imperialistischen Charakter seiner Politik in Asien und Afrika mit der ideologischen Flagge einer ‚demokratischen Erneuerung‘ zu verdecken.“<sup>21</sup>

Ein besonders typisches Beispiel für die „Arbeit“ der deutschen Monopole in China bietet die schon oben erwähnte Deutsch-Asiatische Bank, hinter der nicht nur ein mächtiges Bankenconsortium – an der Spitze die drei D-Banken (Deutsche Bank, Darmstädter Bank und Disconto-Gesellschaft) –, sondern auch die entscheidenden Kreise der deutschen Schwerindustrie und – charakteristisch für den Einfluß des Monopolkapitals auf die Politik – die deutsche Regierung standen. Das Interesse der hinter dieser mächtigen Finanzgruppe stehenden Kreise richtete sich besonders auf die Ausplünderung der chinesischen Provinz Schantung, für die von der deutschen (!) Regierung die Konzessionen erteilt wurden, während China, die am meisten interessierte Seite, von den deutschen Monopolen überhaupt nicht berücksichtigt wurde.<sup>22</sup>

Neben der Ausbeutung der Naturschätze ging es den deutschen Monopolherren um den Bau von Eisenbahnen, wie überhaupt der Erwerb von Konzessionen für den Bahnbau in den Expansionsplänen der deutschen Imperialisten eine große Rolle spielte. Das zeigte sich sowohl in Afrika wie auch im Vorderen Orient, wobei sich mit allen diesen Projekten selbstverständlich auch andere wirtschaftliche und politische Interessen verbanden. War es in Afrika besonders Katanga, dessen reiche Bodenschätze die Raubgier des deutschen Imperialismus reizten – und das aus den gleichen Gründen auch heute wieder zum Angelpunkt amerikanischer und westdeutscher Expansionsbestrebungen geworden ist –, so stießen in der Türkei beim Kampf um den Bau der Bagdadbahn englische, russische und deutsche Erdölinteressen aufeinander.

Im Kampf um das mesopotamische Öl allerdings mußte der deutsche Imperialismus – in diesem Falle vertreten durch die Ölkonzessionen der Deutschen Bank – vor dem englischen zurückweichen, da ihm hier die deutsche Regierung im Interesse ihrer Bemühungen um die englische Neutralität im Falle der

20 ebenda

21 ebenda

22 Näheres darüber ist in dem vorher angezogenen Beitrag von A. S. Jerussalimski zu finden. G. I.

von ihr für notwendig gehaltenen kriegerischen Auseinandersetzung auf dem Kontinent die sonst stets gewährte Unterstützung versagte.

Niemals aber war die Gefahr eines Krieges in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts näher gewesen als in der ersten und zweiten Marokkokrise (1905/06 und 1911), deren Ursache der Versuch des Mannesmann-Konzerns war, sich in Marokko festzusetzen. Dieser hatte vom Sultan von Marokko Konzessionen zur Ausbeutung der Bodenschätze des Landes erhalten, obwohl der französische Imperialismus Marokko als seine Einflusssphäre beanspruchte und dieser Anspruch bei Abschluß des Entente-Vertrages zwischen England und Frankreich 1904 von ersterem anerkannt worden war. Der Zeitpunkt des Vorstoßes nach Nordafrika erschien den deutschen Imperialisten insofern besonders günstig, als der zweite Bündnispartner Frankreichs, das zaristische Rußland, in den Krieg mit Japan verwickelt war und mit inneren Schwierigkeiten infolge der Revolution zu kämpfen hatte. England aber hoffte, die deutsche Diplomatie auf der auf ihre Veranlassung einberufenen Konferenz der Großmächte mit Hilfe Amerikas überspielen zu können. Der Verlauf der Algeciras-Konferenz 1906 zeigte die Haltlosigkeit der deutschen Hoffnungen.

Inzwischen hatte sich nämlich die internationale Lage wesentlich verändert. Die Rechnung der deutschen Diplomaten auf den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Rußland und England war durch die Unterstützung, die England dem Zarenreiche bei der Beendigung des russisch-japanischen Krieges gewährt hatte, zunichte gemacht worden. Diese hatte vielmehr eine Annäherung zwischen den beiden Staaten bewirkt, die durch den Beitritt Rußlands zur Entente gefestigt wurde. Erleichtert wurde das Zustandekommen dieser Mächtekonstellation durch die Befürchtungen, die Rußland wegen der Ansprüche der deutschen Imperialisten auf seine baltischen Provinzen hegte. Damit stand Deutschland auf der Konferenz einer geschlossenen Mächtegruppierung gegenüber. Seine Isolierung wurde noch besonders deutlich durch die Risse, die sich im Dreibund zeigten; während nämlich Österreich-Ungarn Deutschland nur zögernd unterstützte, hatte sich Italien bereits damals auf die Seite der Entente gestellt.

Das Ergebnis der Algeciras-Konferenz war demzufolge für Deutschland äußerst mager. Statt Einfluß in Nordafrika zu gewinnen, brachte es lediglich einen Gebietszuwachs im französischen Kongo nach Hause, der in keiner Weise den Erwartungen und dem Riesenappetit des deutschen Imperialismus entsprach.

Die steigende Kriegsgefahr, die von der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus ausging, hatte aber auch die internationale Arbeiterklasse auf den Plan gerufen. Ihre Vertreter hatten auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart eine Resolution angenommen, die dem Kampf

gegen das imperialistische Kriegsstreben den Weg wies, während das offizielle Deutschland aus der Enttäuschung von Algeciras die Schlußfolgerung zog, „fürderhin keiner Konferenz mehr als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten zuzustimmen“.<sup>23</sup>

Der Versuch Deutschlands, sich für die Niederlage von Algeciras zu entschädigen und in Direktverhandlungen mit Frankreich als „Kompensation“ für ein deutsches Desinteressement in Marokko das ganze französische Kongogebiet als Grundlage eines geschlossenen zentralafrikanischen Kolonialbesitzes zu erhalten, führte zur zweiten Marokkokrise 1911/12. Die unverhüllte deutsche Aggression zeigte sich in dem sog. „Panthersprung“ nach Agadir am 1. 7. 1911, der von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, dem Sprachrohr der Schwerindustrie, folgendermaßen kommentiert wurde:

„Panthersprung! Vor Agadir liegt nun ein deutsches Kriegsschiff. Die Verständigung mit uns über die Aufteilung Marokkos steht den Franzosen frei; wollen sie nicht, dann mag der ‚Panther‘ die Wirkung der Emser Depesche haben.“<sup>24</sup>

Und der Unterstaatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amt, einer der führenden Vertreter der deutschen Expansionsabsichten, schrieb an den Vorsitzenden des „Alldeutschen Verbandes“, Justizrat Heinrich Claß:

„... jetzt in einer Viertelstunde platzt die Bombe. Um 12 Uhr teilen unsere Botschafter usw. den fremden Regierungen mit, daß zur selben Zeit ein deutsches Kriegsschiff vor Agadir erscheint, das Kanonenboot ‚Panther‘. Wir haben deutsche Firmen und Unternehmer (!) veranlaßt, uns Bescherden und Hilferufe zu schicken... Agadir haben wir gewählt, weil dort weder Franzosen noch Spanier sind. Es bildet den Zugang zum Sus, dem an Erzen reichsten und dabei landwirtschaftlich wertvollsten Teile Südmarokkos... Wir legen Hand auf dieses Gebiet, um es zu behalten, da wir unbedingt eine Siedlungskolonie brauchen.“<sup>25</sup>

Die Erwartungen der deutschen Imperialisten erfüllten sich allerdings wieder nicht, da die englische Reaktion auf diesen zweiten deutschen Anschlag auf Marokko noch weitaus entschiedener und härter war als 1906 und da auch die Arbeiterklasse sich auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Basel erneut auf den Boden der Resolution von Stuttgart stellte. England begegnete dem Versuch einer Schwächung Frankreichs

„mit einer öffentlichen Intervention zugunsten Frankreichs mit der berühmten Mansion-House-Rede von Lloyd George und ihrer unverhüllten Kriegsdrohung, durch französisch-englische militärische Absprachen von großer Tragweite und durch den Abzug englischer – gleichzeitig auch starker französischer –

23 Fischer, a. a. O., S. 38

24 Zit. nach: A. Schreiner, Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945, Berlin 1952, S. 244

25 Zit. nach: E. Paterna, Das historische Recht auf Führung der Nation, S. 38

Kapitalien vom deutschen Markt, wodurch eine Börsenpanik und ein Sparkassensturm ausgelöst wurde. Daraufhin gab Deutschland im Herbst nach und begnügte sich mit dem „Prestigeerfolg“ einer in ihrem Werte umstrittenen Ausdehnung Kameruns.<sup>26</sup>

Der deutsche Imperialismus hatte in der Marokkofrage eine zweite entscheidende Niederlage einstecken müssen. Das bestärkte ihn jedoch nur in seinem Bestreben, die deutsche Rüstung so auszubauen, daß er seine Weltherrschaftspläne auf dem Wege einer kriegerischen Auseinandersetzung durchführen konnte, nachdem

„die deutsche Diplomatie der ‚Kompensationen‘, die in der Sprunghaftigkeit und Vielfältigkeit ihrer Interessen alle Mächte außerhalb des eigenen Bündnissystems irritiert und zuletzt gegen Deutschland zusammengeführt hatte, zu Ende war. Die Politik Englands, Ausgleich mit konkurrierenden Mächten zu suchen, hatte sich Deutschland bis 1911 nicht zu eigen zu machen verstanden, da Bescheidung als Unterordnung empfunden wurde, die der erstrebten Weltmachtstellung nicht entsprechen würde; vielmehr mußte sie durch eine Generation von Politikern abgelehnt werden, die, aufgewachsen im Widerspruch gegen Bismarcks ‚Saturiertheit‘, Deutschlands Expansion als seinen Auftrag in der Welt vertraten und nun die führenden Positionen in der Reichskanzlei, im Auswärtigen Amt und in den preußischen Ministerien innehatten.“<sup>27</sup>

Die Folgen, die diese Unfähigkeit des deutschen Imperialismus, sich zu „bescheiden“, für das deutsche Volk in den nächsten Jahren hatte, sollten sich bald schrecklich zeigen.

## 2. Die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschland unmittelbar vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges

*„Im ersten Weltkrieg unternahm die deutsche Bourgeoisie den Versuch, die Weltherrschaft zu erobern. Schon damals bewies sie ihre völlige Unfähigkeit, das Kräfteverhältnis in der Welt richtig einzuschätzen, die nationalen Interessen des Volkes zu wahren und Deutschland zu führen. Die Kosten der Raubgier und dieser historischen Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie hatte das deutsche Volk mit seiner schweren Niederlage zu tragen.“*

Mit dieser lapidaren Feststellung erhärtet das Nationale Programm die Erkenntnis, daß der deutsche Imperialismus ohne Bedenken die Interessen der deutschen Nation seinen eigenen Klasseninteressen, seinen Raubinteressen opferte. Als der von ihm militärisch und psychologisch seit Jahren vorbereitete Krieg am 1. August 1914 ausbrach, hatten es die deutschen Imperialisten sehr eilig, ihre „Ansprüche“ auf einen nach ihrer Meinung angemessenen Anteil an der neu aufzuteilenden Welt

26 Fischer, a. a. O., S. 40

27 ebenda, S. 41

anzumelden und die deutsche Regierung zu bestimmen, diese Pläne zu den ihrigen zu machen und vor der Welt zu vertragen.

Die Machtverteilung in Deutschland, die ihren sichtbaren Ausdruck in der persönlichen Einflußnahme von Männern wie Krupp, Ballin (Hapag), Warburg (Bankier), Gwinner (Deutsche Bank), Rathenau (Berliner Handelsgesellschaft und AEG) auf den Kaiser und die Regierung fand, machte es den deutschen Imperialisten möglich, in ihrer Propaganda ihre ureigensten „wirtschaftlichen“, d. h. Profitinteressen als mit den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes identisch auszugeben.

„Charakteristisch für die deutsche Unternehmerschicht aber ist es, daß diese Männer keineswegs, wie so oft behauptet worden ist, vollkommen abseits von den politischen Belangen und Zielsetzungen der Reichspolitik standen, sondern daß sie aktiv in die politische Meinungs- und Willensbildung einzugreifen vermochten . . .

Über die persönliche Ausnutzung der Einflußmöglichkeiten hinaus – nicht zuletzt in Abwehr der Arbeitnehmerverbände, der Gewerkschaften usw. – schlossen sich die Arbeitgeber in neuen Vereinen zusammen, die nach Lösung ihrer innenpolitischen Aufgabe“ (d. h. nachdem es ihnen gelungen war, die Gewerkschaftsführung zu korrumpieren, G. I.) „außenpolitisch zu pressure groups wurden. Bueck, Roetger, die Sekretäre des Centralverbandes deutscher Industrieller, der mächtigen Organisation der Schwerindustrie, Stresemann als Syndikus im Bund der Industriellen, Volz als Sekretär des Vereins der deutschen Berg- und Eisenhüttenleute, Rießer als Präsident des Bankiertages – um nur wenige zu nennen – sind Ausdruck der engen Verbindung von politischer Zielsetzung und Interessenvertretung. Sieht man die Listen der Abgeordneten der Parteien im Reichstag und noch mehr die des Preußischen Abgeordnetenhauses, der Konservativen, Freikonservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums durch, so erscheint der hohe Prozentsatz interessengebundener Vertreter von Landwirtschaft“ (selbstverständlich Großgrundbesitz, G. I.), „Industrie, Handel usw. fast eine Identität von Wirtschaft und Politik darzustellen (waren doch z. B. die Vertreter der Interessengruppen in den meisten Fällen zugleich Abgeordnete, am häufigsten als Nationalliberale).“<sup>28</sup>

Hier aber drängt sich ohne weiteres der Vergleich mit der Zusammensetzung des westdeutschen Bundestages auf, bei dem die gleiche „Identität von Politik und Wirtschaft“ festzustellen ist; sind doch auch hier die meisten Abgeordneten – einschließlich der der SPD – zugleich die Interessenvertreter der Monopole.

Welches waren nun die konkreten Forderungen, die die deutschen Imperialisten bei Ausbruch des ersten Weltkrieges als die angeblichen „Kriegsziele des deutschen Volkes“ ausgaben? – Bereits 1912 hatte der General Friedrich von Bernhardi in einem Buche, betitelt „Deutschland und der nächste Krieg“,

28 ebenda, S. 31/32

diese Forderungen dargelegt – ein Beweis dafür, wie eng in Preußen-Deutschland Militarismus und Imperialismus in einer gemeinsamen Front verbunden waren. Dieses Buch,

„von der (bürgerlichen, G. I.) deutschen Geschichtschreibung gemeinhin als Ausstreuung eines disziplinlosen Alldeutschen abgetan und in weiter Distanz zu den Plänen des Generalstabes als auch der Reichsleitung gesehen – trifft mit großer Präzision die Intentionen des offiziellen Deutschland, wenn der Verfasser die Summe seiner Überlegungen und Forderungen zusammenfaßt unter der Überschrift ‚Weltmacht oder Niedergang‘. Den Durchstoß Deutschlands zur Weltmacht sieht Bernhardi in drei Punkten gesichert:

1. Ausschaltung Frankreichs: wie es der Generalstab in seinem militärischen Feldzugsplan als unbedingtes und nächstes Ziel bei einem kommenden Zweifrontenkrieg vorsah und wie es die politische Reichsleitung vom Kaiser über den Reichskanzler bis hin zu den preußischen Ministern seit dem Ausgang der zweiten Marokkokrise als unabdingbare Aufgabe erfaßte, charakterisiert Bernhardi den ersten Schritt zur deutschen Weltmacht: Frankreich muß ‚völlig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann‘ – eine Formulierung, die fast wörtlich auf das wenige Wochen nach Kriegsausbruch aufgestellte Septemberprogramm Bethmann-Hollwegs hinweist (das seinerseits wiederum auf der Denkschrift Rathenaus basierte! G. I.).
2. Gründung eines mitteleuropäischen Staatenbundes unter Deutschlands Führung. Bernhardis Erwartung, daß die kleineren Staaten, die ‚schwächeren Nachbarn‘, den Schutz der deutschen Waffen und den ‚Anschluß an Deutschland‘ suchen würden, wird im Krieg von weiten Kreisen der deutschen Reichsspitze geteilt. Seine Forderung, daß sich der Dreibund zu einem mitteleuropäischen Bunde erweitern müsse – eine Machtkonzentration, die zugleich ein Abgehen von dem Prinzip des europäischen Gleichgewichts bedeutet –, wird ebenso Maxime des deutschen Handelns werden. Und schließlich
3. Deutschlands Ausbau als Weltmacht durch Gewinnung neuer Kolonien. Im Einklang stehend mit den führenden Historikern, Nationalökonomern, den tätigen Wirtschaftsführern sowie den Leitern der ‚Weltpolitik‘ formuliert Bernhardi seine letzte Forderung: ‚Nicht um ein europäisches Staatensystem kann es sich heute handeln, sondern um ein Weltstaatensystem, in dem das Gleichgewicht auf wirklichen Machtfaktoren aufgebaut ist.‘ Das sieht er gewährleistet durch ‚eigene Kolonien und überwiegenden politischen Einfluß in den Abnehmerstaaten.‘<sup>30</sup>

Mit diesen eindeutigen Feststellungen entlarvt der bürgerliche Hamburger Historiker alle diejenigen unter seinen westdeutschen Fachgenossen, die sich bemühen, die Schuld der herrschenden Kreise Deutschlands am Ausbruch des ersten Weltkrieges zwar nicht völlig zu negieren – das ist angesichts des erdrückenden Beweismaterials über die Antreiberrolle, die die

29 ebenda, S. 50

deutsche Regierung gegenüber den chauvinistischen Kreisen Österreich-Ungarns spielte, nicht gut möglich –, wohl aber sie nach Möglichkeit zu verkleinern und damit der Lüge vom „nationalen Verteidigungskrieg Deutschlands“ neuen Raum zu schaffen.

Der von der deutschen Reichsregierung auf die österreichische Regierung ausgeübte Druck, die durch Sarajewo gebotene „Chance“ zur Entfesselung des ersten Weltkrieges nicht vorübergehen zu lassen, beleuchtet auf das deutlichste die damalige Situation in Deutschland und zeigt, wie weitreichend der Einfluß der Imperialisten auf die Politik des Reiches war; denn

„selbst auf die Gefahr eines kontinentalen Krieges hin stärkten Kaiser, Reichskanzler, Staatssekretär und Generalstab die kriegerische österreichisch-ungarische Haltung. Man sah sich sowohl militärisch und finanziell als auch vor allem diplomatisch durch die erwartete Neutralität Englands besser vorbereitet als vor drei Jahren.“<sup>30</sup>

Die Gewißheit, daß Deutschland so oder so auf den Krieg zusteuerte, und die Befürchtungen Österreichs, in den Augen der deutschen Regierung seine Bündnisfähigkeit einzubüßen, versteiften die Haltung Österreichs gegenüber Serbien. Wilhelm II., der sich so gern als „Friedenskaiser“ feiern ließ – wozu allerdings seine meistens sehr säbelrasselnden Tiraden wenig Veranlassung boten –, ermächtigte den österreich-ungarischen Botschafter zu der Mitteilung an Kaiser Franz Joseph,

„daß Österreich-Ungarn selbst im Falle einer ‚ernsten europäischen Komplikation‘ auf die ‚volle Unterstützung Deutschlands rechnen‘ könne; in gewohnter Bundestreue‘ würde Deutschland, auch wenn es über den serbischen Konflikt zum Kriege zwischen Österreich-Ungarn und Rußland kommen sollte, an der Seite Wiens stehen.“<sup>31</sup>

Damals wie heute also kalkulierte das deutsche Monopolkapital das „letzte Risiko“ in seine Pläne ein. Es bedurfte selbstverständlich nur dieser „Blankovollmacht“ des „großen Bruders“, um auch dem österreichischen Chauvinismus Auftrieb zu geben. Wie hätte Österreich bei seiner starken Abhängigkeit vom deutschen Imperialismus auch zögern dürfen, wenn sein Botschafter seinem Bericht über die Unterredung mit dem Kaiser beim Frühstück (!) hinzufügen konnte,

„daß Wilhelm II. es ‚bedauern‘ würde, ‚wenn wir (Österreich-Ungarn) den jetzigen, für uns so günstigen Moment unbenutzt lassen‘.“<sup>32</sup>

Mit welcher Leichtfertigkeit Wilhelm II. so schwerwiegende Probleme wie die Entfesselung eines Krieges behandelte, geht daraus hervor, daß er die verfassungsmäßig erforderliche Zu-

30 ebenda, S. 55

31 ebenda, S. 59

32 ebenda, S. 60

stimmung des Reichskanzlers „auf einem nachmittäglichen Spaziergang im Schloßpark zu Potsdam“ zu der von ihm beim Frühstück gefällten Entscheidung einholte und danach am 5. Juli abends und am 6. Juli morgens mit den Militärs „für alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für den Krieg“ besprach.

Bei allen diesen Besprechungen spielte die Überlegung, daß Rußland und Frankreich noch nicht kriegsbereit seien und daß der Krieg auf alle Fälle zu diesem Zeitpunkt provoziert werden müsse, um die Rüstungsüberlegenheit Deutschlands zu einer schnellen, siegreichen Beendigung der Kampfhandlungen auszunützen, eine entscheidende Rolle. Zu diesen Erwägungen gesellte sich die Überzeugung Bethmann-Hollwegs, die er auch dem österreich-ungarischen Botschafter beizubringen verstand, daß

„England sich derzeit nicht an einem wegen eines Balkanlandes ausbrechenden Kriege, selbst dann nicht, wenn er zu einem Waffengang mit Rußland, eventuell auch Frankreich, führen sollte, beteiligen wird... Nicht nur, daß sich das deutsch-englische Verhältnis so weit gebessert hat“ (eine Auffassung, an der Bethmann-Hollweg trotz der Warnungen des deutschen Botschafters in London bis zur englischen Kriegserklärung festhielt, G. I.), „daß Deutschland eine direkt feindliche Stellungnahme Englands nicht mehr befürchten zu müssen glaubt, sondern vor allem ist England zur Zeit nichts weniger als kriegslüsternd und gar nicht gewillt, für Serbien oder im letzten Grunde für Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen.“<sup>33</sup>

Deshalb konnte auch der Botschafter „die politische Konstellation (als) für uns so günstig wie irgend möglich“ bezeichnen. Um aber ja zu vermeiden, daß der Friede doch noch erhalten bleibe könnte, wurde von Kaiser und Reichsregierung empfohlen, das Ultimatum an Serbien so scharf wie möglich zu formulieren, um eine Annahme der österreichischen Forderungen zu verhindern.

Daß hinter dieser deutschen „Pressionspolitik“ – wie nicht anders zu erwarten – außer den Militaristen auch vor allem „die deutschen Industriellen, deren Spezialität Kriegslieferungen sind“, standen, zeigt eine Versicherung Krupps, die der belgische Botschafter in Berlin, Beyens, mitteilte,

„daß die russische Artillerie... weit davon entfernt (sei), gut und vollständig zu sein, während die deutsche niemals besser gewesen sei.“<sup>34</sup>

Sie, die im Kriege schon seit langem das einzige Mittel gesehen hatten, ihre historische „Verspätung“ aufzuholen und eine Neuaufteilung der Welt zu ihren Gunsten zu erzwingen, setzten jetzt alles daran, jegliche Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Friedens illusorisch zu machen. Zu diesem Zweck lief ihre Propagandamaschine auf Hochtouren, um dem

33 ebenda, S. 64

34 zit. nach: Fischer, a. a. O., S. 66

deutschen Volk die Lüge vom „Überfall“ auf Deutschland und vom „nationalen Verteidigungskrieg“ glaubhaft und schmackhaft zu machen. Während auf der einen Seite die Nordlandreise des Kaisers, die Ferienreisen der Generalstabschefs lediglich zu dem Zwecke in Szene gesetzt wurden, Europa und die Welt in Sicherheit zu wiegen, ergoß sich über das deutsche Volk eine Flut chauvinistischer Hetztiraden, waren deutsche Regierungskreise bemüht, Österreich klarzumachen, daß der „milde Kurs nicht etwa fälschlicherweise als deutsches Abrücken von der dortigen Entschlossenheit gedeutet“ werden dürfe.

Alle privaten wie auch offiziellen Verlautbarungen deutscher amtlicher Kreise aus den schicksalsschweren Tagen des Juli 1914 sind, wie Prof. Fischer anhand der vorliegenden Akten und des politischen Handelns nachweist, ein eindeutiger Beweis dafür, daß „weder von einem politischen Vorgehen Deutschlands im ‚Schlepptau‘ Österreich-Ungarns noch von einem ‚Überfallenwerden‘ ernstlich die Rede sein“ kann. Vielmehr gingen die Hoffnungen der deutschen Imperialisten, als deren Interessenvertreter und Sachwalter Kaiser und Reichskanzler letzten Endes fungierten, dahin, daß durch die serbische Krise die kontinentalen Mächteverhältnisse nach ihren Wünschen umgruppiert würden. Auf diese Wünsche war die Taktik der deutschen Regierung abgestimmt:

„Die deutsche Reichsleitung wünschte von vornherein eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien, zur Kräftigung der Donaumonarchie, zur Sicherung des uneingeschränkten Einflusses auf dem Balkan und damit zur Stärkung des deutschen Bündnissystems gegenüber der Entente. Sie hoffte, den Krieg lokalisieren zu können, war sich aber ebenso der Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Konflagration bewußt, wobei sie dieses Risiko aus der Vorstellung von dem günstigen Augenblick, der militärischen Rüstung und der politischen Konstellation auf sich nahm.“ (Hervorhebungen vom Vf.)<sup>35</sup>

In gleicher Weise drängen auch heute wieder die gleichen Kreise zur Übernahme des „letzten Risikos“, wobei freilich die Voraussetzungen für sie in der Gegenwart viel ungünstiger sind als 1914, da eine „Politik der Stärke“ infolge der grundlegenden Veränderungen des Kräfteverhältnisses, die seit jenen Julitagen stattgefunden haben, noch aussichtsloser geworden ist.

Angesichts der unwiderlegbaren Tatsachen erscheinen die diplomatischen Bemühungen der deutschen Regierung, vor der Welt den Anschein der Friedensliebe zu erwecken, als die vollendetste Heuchelei, so, wenn der bayrische Geschäftsträger Wilhelm Freiherr von Schoen nach München mitteilt,

„Deutschland wolle sich den Anschein geben, als wäre es an der Aktion Wiens nicht beteiligt und auch nicht über sie informiert...“

35 ebenda, S. 69

„Im Interesse der Lokalisierung des Krieges wird die Reichsleitung sofort nach der Übergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Großmächten einleiten. Sie wird mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des Generalstabs sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten (!), durch die Aktion Österreichs genauso überrascht worden zu sein wie die anderen Mächte.“<sup>36</sup>

Wie wenig Erfolg aber dieser Versuch hatte, der Welt über die wahren Hauptschuldigen an dem aufkommenden Krieg Sand in die Augen zu streuen, zeigt der Bericht des deutschen Botschafters in London, Fürst Lichnowsky, daß man dort zumindest an eine „moralische Mitverantwortung“ des kaiserlichen Deutschlands an dem Vorgehen Österreichs glaube, so daß

„ohne Beteiligung an vermittelnder Aktion das Vertrauen in uns und unsere Friedensliebe hier endgültig erschüttert sein (wird)“<sup>37</sup>.

Trotz der Warnungen Lichnowskys, der den dringenden Rat gab,

„unsere Haltung einzig und allein von der Notwendigkeit leiten zu lassen, dem deutschen Volke einen Kampf zu ersparen, bei dem es nichts zu gewinnen und alles zu verlieren habe“<sup>38</sup>,

sabotierte die deutsche Regierung die englischen Vermittlungsvorschläge. Erhofften doch die deutschen Imperialisten trotz der hier zum Ausdruck gebrachten Meinung erhebliche Gewinne aus einem Krieg – wenn auch nicht für das deutsche Volk, so doch für sich selbst. Für sie ging es lediglich noch um die Frage, einen Sündenbock für den von ihnen vom Zaune gebrochenen Krieg zu finden. Es sind sowohl innen- wie außenpolitische Gesichtspunkte, die in immer stärkerem Maße das Bestreben der Reichsregierung bestimmten, Rußland als den Alleinschuldigen am Kriegsausbruch hinzustellen.

Außenpolitisch war es die Vage und nach den Telegrammen Lichnowskys durch nichts begründete Hoffnung auf die englische Neutralität für den unwahrscheinlichen Fall, daß es gelang, Rußland als den Angreifer darzustellen. Innenpolitisch aber waren diese Bestrebungen darauf gerichtet, der rechten SPD-Führung, die schon lange im Fahrwasser der Imperialisten segelte, eine Rückendeckung gegenüber ihrer Mitgliedschaft zu verschaffen. In der deutschen Arbeiterklasse waren die Beschlüsse von Stuttgart und Basel noch weithin lebendig. Der rechten SPD-Führung mußte deshalb daran gelegen sein, ihre Zustimmung zur Kriegspolitik der Regierung mit einer Aggression des zaristischen Rußland, in dem die deutsche Arbeiterklasse den Hort der finsternen Reaktion in Europa sah, zu motivieren.

36 ebenda, S. 70  
37 ebenda, S. 73  
38 ebenda, S. 75

Diese Tendenz, Rußland mit dem Odium des Hauptschuldigen am Ausbruch des ersten Weltkrieges zu belasten, kommt in den letzten Tagen vor Ausbruch des Krieges in allen amtlichen Verlautbarungen der deutschen Regierung zum Ausdruck. So schloß der Runderlaß, den Bethmann-Hollweg als preußischer Ministerpräsident den preußischen Gesandten an den deutschen Höfen am 28. Juli zugehen ließ, mit den Sätzen:

„Sollte indes wider Erhoffen durch ein Eingreifen Rußlands der Brandherd eine Erweiterung erfahren, so würden wir, getreu unserer Bundespflicht, mit der ganzen Macht des Reiches die Nachbarmonarchie zu unterstützen haben. Nur gezwungen werden wir zum Schwert greifen, dann aber in dem ruhigen Bewußtsein, daß wir an dem Unheil keine Schuld tragen (!), das ein Krieg über Europas Völker bringen müßte. Rußland trägt allein die Verantwortung, wenn ein europäischer Krieg entsteht.“<sup>39</sup>

Auch ein Telegramm, das Bethmann-Hollweg für den Kaiser an den Zaren entwarf, sollte,

„wenn es dann doch noch zum Kriege kommen sollte, die Schuld Rußlands in das hellste Licht setzen.“<sup>40</sup>

Nachdem am 28. Juli mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien die Katastrophe bereits ausgelöst worden war, sollte vor der Welt und besonders vor dem deutschen Volke noch immer der Anschein festgehalten werden, daß sich Deutschland um die Verhinderung des Krieges bemühe. Das geht sowohl aus dem Begleittext zu dem zweiten Telegrammentwurf an den Zaren vom 30. 7. hervor als auch aus einem Telegramm an den deutschen Botschafter in Wien. In dem ersteren begründete der Kanzler diese Politik folgendermaßen:

„Da auch dieses Telegramm ein besonders wichtiges Dokument für die Geschichte werden wird, so möchte ich allertüchtigst empfehlen, daß Ew. M. in demselben – solange die Wiener Entscheidung ansteht“ (die, wie der Kanzler wußte, negativ ausfallen würde), „noch nicht zum Ausdruck bringen, daß Allerhöchstdero Mediatorrolle“ (d. h. Vermittlerrolle) „bereits aus ist.“<sup>41</sup>

In dem Telegramm an Tschirschky aber heißt es – nachdem österreichische Ministerpräsident, Graf Berchtold, Berlin davon in Kenntnis gesetzt hatte, daß Österreich „praktisch“ erst am 12. August mit dem Kriege beginnen könne –:

„Die K. (aiserliche) Regierung kommt infolgedessen in die außerordentlich schwierige Lage, daß sie in der Zwischenzeit den Vermittlungs- und Konferenzvorschlägen der anderen Kabinette ausgesetzt bleibt, und wenn sie weiter an ihrer bisherigen Zurückhaltung solchen Vorschlägen gegenüber festhält, das Odium, einen Weltkrieg verschuldet zu haben, schließlich auch in den Augen des deutschen Volkes auf sie zurückfällt.“

39 ebenda, S. 81  
40 ebenda  
41 ebenda, Anm. 76

Auf einer solchen Basis aber läßt sich ein erfolgreicher Krieg (!) nach drei Fronten nicht einleiten und führen. Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft.“<sup>42</sup>

Nicht die Verhinderung der nationalen Katastrophe eines Weltkrieges, sondern lediglich die Wahrung des Gesichts war also das Ziel der Politik der deutschen Regierung.

Es gab freilich Kräfte in Deutschland, die dieses verräterische Spiel mit den Lebensinteressen der deutschen Nation durchschauten, und nichts dokumentiert deutlicher die gewachsene Macht der Arbeiterklasse als die Tatsache, daß die deutschen Imperialisten gezwungen waren, ihre Aggressivität hinter der Maske einer heuchlerischen Friedensliebe zu verstecken.

Die Führer des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, an ihrer Spitze Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, hatten ebenso wie August Bebel Militarismus und Imperialismus als die Todfeinde der deutschen Nation entlarvt. „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ hatte August Bebel der deutschen Arbeiterklasse eingeschärft, und Karl Liebknecht hatte in seinen gewaltigen Anklagereden von der Tribüne des Reichstags aus die deutschen Arbeiter über die verbrecherischen Manipulationen der deutschen Rüstungsindustriellen, deren vielgerühmter „Patriotismus“ beim Geschäft aufhörte, aufgeklärt.

Wenn es trotz dieser intensiven Aufklärungsarbeit der deutschen Linken möglich war, bei Kriegsausbruch einen großen Teil der deutschen Arbeiterschaft zu desorientieren, so ist das in erster Linie auf das Schuldkonto der rechten SPD-Führung zu schreiben, die – vor allem nach dem Tode Bebels in ihrer Mehrheit revisionistisch verseucht – mit den Methoden der Parteidisziplin auch die Vertreter der Linken im Reichstag zwang, ihrer „Burgfriedenspolitik“ zuzustimmen. Damit löste sie das der Reichsregierung gegebene Versprechen ein, daß von ihrer Seite im Falle einer Kriegserklärung Rußlands „nichts zu befürchten sei und von einem Generalstreik oder Partialstreik oder einer Sabotage keine Rede sein werde“.

Während noch wenige Tage vor Kriegsausbruch die Arbeiterschaft dem Aufruf der Parteiführung zu Antikriegsdemonstrationen Folge leistete – im guten Glauben, daß es auch dieser ernst sei mit dem Willen zur Verhinderung des Krieges –, schätzte ein Vertreter der herrschenden Klasse, der bayrische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, die kapitulantenhafte Haltung der rechten SPD-Führung viel richtiger ein. Er kommentierte diese Massendemonstrationen, indem er am 31. 7. „zynisch, aber erleichtert“ nach München berichtete, „daß die Sozialdemokraten ‚für den Frieden pflichtmäßig demonstriert‘ hätten, ‚sich aber jetzt ganz still‘ hielten“.<sup>43</sup>

42 ebenda, S. 82  
43 ebenda, S. 95

Obwohl die von den deutschen Imperialisten so sehnlich erwartete und durch den Druck auf Österreich-Ungarn so stark provozierte Kriegserklärung Rußlands ausblieb, war es nach wie vor das Bestreben der deutschen Reichsleitung – und ist es noch heute das Bestreben der von den deutschen Imperialisten inspirierten Historiographie –, Deutschlands Schuld am Ausbruche des ersten Weltkrieges vor der Öffentlichkeit zu negieren oder wenigstens zu verkleinern. Dieser Geschichtsklitterung widersprechen jedoch eine ganze Reihe von Äußerungen offizieller Persönlichkeiten, die diese freilich in den Akten der Archive begraben wähten.

„Bei der angespannten Weltlage des Jahres 1914, die nicht zuletzt als Folge der deutschen Weltpolitik – die 1905/06, 1908/09 und 1911/12 bereits drei gefährliche Krisen ausgelöst hatte –, mußte jeder begrenzte (lokale) Krieg in Europa, an dem eine Großmacht unmittelbar beteiligt war, die Gefahr eines allgemeinen Krieges unvermeidbar nahe heranrücken. Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewußt auf einen Konflikt mit Rußland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges.“<sup>44</sup>

Wie groß diese „historische Verantwortung“ des imperialistischen Deutschland war, zeigen Äußerungen, „die, bar jeder propagandistischen Absicht (da sie ja nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt waren, G. I.), ein enthüllendes Schlaglicht auf die tatsächliche Verantwortung werfen.“<sup>45</sup> In der ersten schweren militärischen Krise wenige Wochen nach Kriegsausbruch, in der Marneschlacht und während des russischen Einfalls in Galizien, gab der ungarische Ministerpräsident, Graf Tisza, seinem österreichischen Kollegen den Rat, die „moralische Pflicht“ Deutschlands auf militärische Unterstützung – die von Deutschland abgelehnt worden war – damit zu begründen,

„daß wir den Krieg auf die klipp und klare Äußerung sowohl Kaiser Wilhelms wie des deutschen Reichskanzlers beschlossen haben, daß sie den Moment für geeignet halten und es mit Freude begrüßen, wenn wir ernst machen.“<sup>46</sup>

Drei Jahre später konnte der österreich-ungarische Außenminister, Graf Czernin, als zwischen den „Verbündeten“ eine hitzige Auseinandersetzung um die Fortführung des Krieges zur Erreichung der deutschen (!) Kriegsziele entbrannt war, den Deutschen zurufen:

„Krieg ist damals nicht von Österreich allein begonnen! Deutschland hat strenge Form des Ultimatus an Serbien...“

44 ebenda, S. 97 ff.  
45 ebenda  
46 ebenda

Der Hamburger Historiker, der diese Äußerung nach den Akten des Deutschen Zentralarchivs Potsdam mitteilt, stellt dazu fest, daß

„hier das amtliche deutsche Protokoll der Reichskanzlei für diesen zentralen Satz bezeichnenderweise abbricht und auch nichts von einem Widerspruch der deutschen Staatsmänner Michaelis, Kühlmann und Helfferich berichtet. Jedoch hat der Protokollant der OHL den Satz zu Ende geführt: Deutschland hat strenge Form des Ultimatum ‚gefordert‘.“<sup>47</sup>

Und einer, der es wissen mußte, der deutsche Admiral von Müller, der zur Umgebung des Kaisers gehörte, kommentierte in seinem Kriegstagebuch die Antwortnote der Entente auf das deutsche Friedensangebot von 1916 dahingehend, daß sie „einige bittere Wahrheiten über unsere Regie des Kriegsausbruches“ enthalte.

Wenn man jedoch bedenkt, in wessen Interesse dieses ungeheure Verbrechen an der deutschen Nation von den deutschen Staatsmännern angezettelt wurde, dann erscheint es als der Gipfel der Heuchelei, wenn einer der mächtigsten Vertreter eben dieser am Krieg interessierten Kreise, Albert Ballin, enger politischer Vertrauter Bethmann-Hollwegs und Jagows, persönlicher Freund Wilhelms II., – indigniert über die Tatsache, daß er, von dem Staatssekretär des Äußern von Jagow nach Berlin gerufen, von ihm dann nicht empfangen wurde –, an Jagow schreibt:

„Ich habe jede Nachsicht für einen Mann, der wie E. E. (Euer Exzellenz) so schwer belastet ist und die entsetzliche Verantwortung zu tragen hat für die Inszenierung dieses Krieges, der Deutschland Generationen prächtiger Menschen kostet und es für 100 Jahre zurückwirft.“<sup>48</sup> (Hervorhebungen von mir, G. I.)

Von besonderer Aktualität aber erscheint angesichts der seit 1914 eingetretenen Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt die Tatsache, daß heute die westdeutschen Imperialisten den gleichen „Fehler“ begehen, der 1916 von einem der für die Politik des kaiserlichen Deutschland vor der Welt verantwortlichen Interessenvertreter des deutschen Monopolkapitals, Bethmann-Hollweg, „selbstkritisch“ zugegeben wurde:

„Seit Anfang des Krieges sind wir dem Fehler nicht entgangen, die Kraft unserer Feinde zu unterschätzen. Wir haben diesen Fehler aus der Friedenszeit übernommen. Bei der stauenswerten Entwicklung unseres Volkes in den letzten 20 Jahren erlagen weite Schichten der Versuchung, unsere gewiß gewaltigen Kräfte im Verhältnis zu den Kräften der übrigen Welt zu überschätzen... in der Freude über das eigene Emporkommen (haben wir) die Verhältnisse in anderen Ländern nicht genügend berücksichtigt...“<sup>49</sup>

47 ebenda

48 ebenda

49 zit. nach: Fischer, a. a. O., S. 99

### 3. Die Kriegsziele der deutschen Imperialisten im ersten Weltkrieg

„Gefährlichster Feind des deutschen Volkes war immer und immer wieder jene kleine herrschende Schicht, die sich die Früchte der Arbeit des Volkes aneignete und seinen Fleiß und sein Talent mißbrauchte, um Raubkriege gegen andere Völker zu führen.“  
(Nationales Programm)

Im Gegensatz zu den Erkenntnissen der marxistischen Geschichtswissenschaft stellten und stellen die reaktionären bürgerlichen Historiker die These auf, daß die expansive Kriegszielpolitik, mehr oder minder modifiziert durch die jeweilige Kriegslage, erst nach dem Ausbruch des Krieges der Leitfaden der deutschen Regierung geworden sei, wobei die bereits vor Kriegsausbruch erhobenen alldeutschen Forderungen als unerheblich und die deutsche Politik in keiner Weise beeinflussend abgetan werden. Ebenso war man bestrebt (und ist es in Westdeutschland noch heute), jeglichen Einfluß der Monopole auf die Politik in Deutschland zu leugnen – eine im Hinblick auf die gleichgearteten Verhältnisse in Westdeutschland sehr durchsichtige Taktik! – Dabei ergibt sich folgendes Bild:

„Die Einschätzungen der Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus differieren im Akzent, den der jeweilige Autor zum Hauptakzent macht, unterscheiden sich jedoch nur unwesentlich. Das Bild ist einheitlich.

Zweitens: Die Historiker stehen durchweg in der ideologischen Auffangstellung der ‚Gemäßigten‘, die Meinecke, Delbrück u. a. schon in den Jahren des Krieges durch ihre politische Haltung vorbereitet hatten. Ludendorff und die Alldeutschen finden keine Befürwortung mehr, sie werden kritisiert, gleichzeitig als angeblich überspannte Hitzköpfe aber bagatellisiert.

Drittens: Positiv gewertet wird das Mitteleuropa-Programm des deutschen Imperialismus, wobei man die gegen die westlichen und nördlichen Nachbarn Deutschlands, die heutigen NATO-Verbündeten der Bundesrepublik, gerichtete Seite des Programms kaum erwähnt, um desto breiter die angebliche Zukunftsträchtigkeit dieser imperialistischen Neuordnung Europas für den Osten und Südosten des Kontinents auszumalen.

Viertens: Die Hauptverantwortung für die imperialistischen Kriegsprogramme wird den Ententemächten zugeschoben, deren aggressive Vernichtungswut die angeblich immerhin von Deutschland gemachten Friedensversuche von vornherein zum Scheitern verurteilt hätte.“<sup>50</sup>

Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß diese Thesen durchaus den aktuellen politischen Bedürfnissen der westdeutschen Imperialisten entsprechen und diese Übereinstimmung zwischen Politik und Geschichtsschreibung nicht zufällig ist, sondern

50 Klein, Fritz, Die westdeutsche Geschichtsschreibung über die Ziele des deutschen Imperialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 8/1962, S. 1821



„ein notwendiges Element des politischen Systems, das seinen Bestand auch durch ideologisch-historische Absicherung seitens renommierter Geschichtswissenschaftler zu erhalten trachtet.“<sup>51</sup>

Es ist unter diesem Gesichtspunkt keineswegs verwunderlich, daß bereits die erste Veröffentlichung des Hamburger Ordinarius für neuere Geschichte, Fritz Fischer, die die Legende vom „nationalen Verteidigungskrieg“ Deutschlands widerlegte, eine wütende Polemik seiner Fachgenossen heraufbeschwor, die sich nach dem Erscheinen seines Buches, dessen Titel „Griff nach der Weltmacht“ bereits die Kriegsziele des deutschen Imperialismus eindeutig charakterisiert, noch verstärkte. Wenn es Fischer auch vermeidet, die Hauptschuld des deutschen Monopolkapitals am Ausbruch des ersten Weltkrieges klar herauszustellen, ja, wenn er mit der Überschrift des 5. Kapitels seines Buches, „Das Drängen der Nation“, der Auffassung, daß es sich um einen Krieg für gesamt-nationale Belange gehandelt habe, Konzessionen zu machen scheint, geht aus seinen detaillierten Ausführungen zu den Kriegszielplänen der deutschen „Wirtschaft“ doch deutlich genug hervor, daß der erste Weltkrieg seine Hauptursache in dem Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus hatte.

Zwei Gesichtspunkte sind es, die diesem „Weltmachtstreben“ sein Gepräge geben: die Ausweitung des Industriepotentials, die vor allem ein Anliegen der Schwerindustrie war, und die „Eroberung neuen Lebensraums für das deutsche Volk“, ohne daß dieser Terminus damals bereits angewandt wurde. Schon in seiner ersten Veröffentlichung zu diesem Problem hebt Fischer hervor,

„daß die traditionelle Gleichung von Kriegszielen und territorialen Annexionen im engsten Sinn unzureichend ist. Es handelt sich vielmehr um Ausbau und Sicherung einer deutschen Weltmachtstellung als Ertrag des mit so ungeheuren Opfern als Verteidigungskrieg – wie er vom Volk“ (d. h. mit Ausnahme der deutschen Linken, die ihn als das erkannten, was er wirklich war: als imperialistischen Raubkrieg – G. I.) „empfundene, von der Regierung feierlich proklamiert wurde – begonnenen Weltkrieges, wobei die überseeischen und Orientziele als Fortsetzung der seit 1890 im Zuge eines vollbejahnten Imperialismus betriebenen ‚Weltpolitik‘ erscheinen.“<sup>52</sup>

Hier findet sich allerdings ein Widerspruch in Fischers eigener Darstellung, wenn er einerseits nachweist,

„daß die deutsche Politik seit Beginn des Weltkrieges und während seiner Dauer als fest umrissene Konzeption ein expansives Programm in Europa verfolgt habe, ohne dabei während des ersten Weltkrieges die ‚vorwiegend kommerziell bestimmte, auf überseeische, koloniale und vorderasiatische Ziele‘ ausgerichtete Orientierung der Jahre vor 1914 aufzugeben“.<sup>53</sup>

51 ebenda

52 Fischer, Fritz, Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918, in: Historische Zeitschrift, Bd. 188, Heft 2, S. 251

53 Klein, a. a. O., S. 1822

während er andererseits als „maßgebendes Motiv für die Aufstellung von Kriegszielen den Gedanken der Sicherung Deutschlands in Ost und West gegen einen neuen ‚Überfall‘“ gelten läßt. Der Auffassung, daß sich erst dabei „der Übergang vom Defensiv- zum Offensivgedanken“ vollzogen habe, widersprechen nicht nur die vorher seit Jahren bereits aufgestellten Forderungen der Alldeutschen, die mehr oder weniger modifiziert allen deutschen Kriegszielplänen des ersten Weltkrieges zugrunde lagen, sondern auch die Tatsache, daß Dr. Walter Rathenau dem deutschen Reichskanzler bereits in den ersten Augusttagen sein „Mitteleuropa-Programm“ zustellte.

Worauf es den deutschen Imperialisten bei der Entfesselung des ersten Weltkrieges ankam, war nicht mehr und nicht weniger als die Erringung der Vorherrschaft auf allen Kontinenten.

„Was mit der Betonung der ‚Garantien‘ und ‚Sicherungen‘ (wie sie in den offiziellen Verlautbarungen und Reden von Kaiser und Reichskanzler zum Ausdruck kommt – G. I.) zunächst nur als eine unwesentliche Akzentverschiebung erscheint, erweist sich bei Kenntnis der inneren Vorgänge jedoch als eine Verhüllung des Willens der deutschen Führung, diesen Krieg zum Durchbruch Deutschlands zur Stellung einer Weltmacht zu benutzen . . .

Im Westen wurde die wirtschaftliche Durchdringung des französischen und des angrenzenden belgisch-luxemburgischen Erzgebietes mit anderen, durch den Krieg möglich gewordenen Mitteln fortgesetzt mit dem Ziel, Deutschland eine weitgehende Selbstversorgung und Unabhängigkeit (und daneben den deutschen Monopolen der Schwerindustrie riesige Mehrgewinne! – G. I.) zu sichern. Im Osten wurde die schon durch deutsche Beteiligung in der Vorkriegszeit eingeleitete wirtschaftliche Expansion in benachbarte Rohstoff- und Industriezonen, wie Polnisch-Oberschlesien, Mittelpolen, Rumänien, Südrußland, fortgesetzt. Hinzu traten die in der Vorkriegszeit bereits erörterten, durch die Kriegssituation aber dringlich gewordenen strategischen und besonders für den Osten auch agrar-, bevölkerungs- und nationalpolitischen Gesichtspunkte . . .

Überblickt man die deutschen Kriegsziele auf dem Kontinent als Ganzes, so ergibt sich ein abgestuftes System politischer und wirtschaftlicher Herrschaft in direkter und indirekter Form. Von begrenzten unmittelbaren Annexionen an den Grenzen des Reiches in Ost und West reichten sie über ‚Mitteleuropa‘ – als zumindest wirtschaftlicher Einheit unter deutscher Führung – und die Errichtung einer Reihe Deutschland vorgelagerter Pufferstaaten bis zur Sicherung wirtschaftlicher Einflußsphären in weiter entfernten Gebieten.“<sup>54</sup> (Hervorhebungen von mir – G. I.)

Zunächst freilich mußte schon mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie und deren Rückendeckung gegenüber ihren Mitgliedern die Fiktion aufrechterhalten bleiben, daß Deutschland keinerlei expansive Kriegsziele verfolge. Denn wenn Bethmann-

54 Fischer, a. a. O., S. 103

Hollweg auch über die Haltung der rechten SPD-Führung beruhigt sein konnte, so mußte diese mit einer verstärkten Opposition ihrer Mitglieder rechnen, sobald es zu einer offiziellen Verlautbarung über die expansiven Kriegsziele kam. Traf doch die Feststellung des Reichskanzlers, daß

„auch von der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Parteivorstand nichts Besonderes zu befürchten (sei), wie er aus Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum glaube schließen zu können“<sup>55</sup>,

zumindest für den linken Flügel der Reichstagsfraktion unter Führung von Karl Liebknecht nicht zu. Auch sprachen die Antikriegsdemonstrationen der deutschen Arbeiterschaft eine zu beredete Sprache, als daß man es hätte wagen können, die Katze zu früh aus dem Sack zu lassen. Trotz der beruhigenden Zusage Südekums, daß

„von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage keine Rede sein werde“<sup>56</sup>,

bedurfte es bekanntlich der Anwendung des Fraktionszwangs, um von Karl Liebknecht und seinen Freunden die Zustimmung zu der Erklärung der SPD am 4. August 1914 zu erpressen. Es widerspricht allerdings der von Fischer vertretenen Auffassung, daß die antimilitaristischen und antiimperialistischen Kreise der deutschen Arbeiterklasse eine „quantité négligeable“ gewesen seien und keinen entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik nehmen konnten, wenn er andererseits feststellen muß, daß es nur „das Zurückweichen der Sozialdemokratie dem Reichskanzler ersparte, schon damals in der Annexionsfrage Stellung beziehen zu müssen“. Ja, die Rücksicht auf die Arbeiterklasse zwang den Kanzler, Ende 1914 die öffentliche Kriegszieldebatte ausdrücklich zu verbieten, obwohl

„auch er im Grunde der Sache nach ein entschiedener Vertreter deutscher Weltmachtstellung war und deshalb den Kräften einer Politik deutscher Machtsteigerung näher stand als den Gegnern jeglicher Annexionen und Machterweiterungen“<sup>57</sup>.

Von dieser Einstellung Bethmann-Hollwegs zeugt nicht nur ein Schreiben an den Münchner Historiker Erich Marcks vom März 1916, in welchem er erklärt, selbst den Augenblick herbeizusehnen, „wo eine Führung in diesem Sinne, die Aufstellung konkreter Ziele, möglich sein wird“. Bereits im September 1914, als auf dem Höhepunkt der Marneschlacht der erhoffte Blitzsieg über Frankreich errungen zu sein schien, wurden im Hauptquartier in Gegenwart des damaligen Direktors der Deutschen Bank, Karl Helfferich, in dem bekannten Kriegszielprogramm die wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen der deutschen Imperialisten formuliert.

55 Fischer, a. a. O., S. 105

56 ebenda, S. 106

57 ebenda, S. 106

„Den Kern des Septemberprogramms von Bethmann-Hollweg bildet die Mitteleuropa-Idee mit ihrem hegemonalen Anspruch Deutschlands. Diese Idee hatte bei einem Teil führender deutscher Bankiers und Industrieller schon vor dem Kriege Wurzeln geschlagen und konkretisierte sich bei Kriegsausbruch zu einem gegenüber dem alldutschen Eroberungsprogramm als mäßigend gedachten und als wirtschaftlich notwendig (!) und erreichbar empfundenen Kriegsziel.“<sup>58</sup> (Hervorhebungen von mir – G. I.)

Dieser Gedanke eines „gemäßigten“ Kriegszielprogramms fand seine Vertreter vorwiegend in den Kreisen des Finanzkapitals, die mit den USA enge wirtschaftliche Beziehungen hatten, während in der zweiten Gruppe neben den Militaristen vorwiegend die Schwerindustrie führend beteiligt war. Es muß jedoch betont werden, daß die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen nicht in der Zielsetzung bestanden; darin bestand vielmehr voll Einmütigkeit: Beide strebten nach einer Neuverteilung der Welt, wobei lediglich

„über den Umfang des Anteils, den Deutschland bei dieser Neuverteilung erhalten müsse, Meinungsverschiedenheiten im einzelnen (bestanden), im übrigen aber herrschte grundsätzlich Einmütigkeit darüber, daß dieser Anteil gar nicht groß genug sein könne“<sup>59</sup>.

Als Konzeption lag dem Mitteleuropa-Plan, wie er von Rathenau in den ersten Augusttagen an Bethmann-Hollweg übermittelt wurde, der uneingeschränkte Zollanschluß Österreich-Ungarns an Deutschland und ein enger Zusammenschluß mit Frankreich zugrunde, wobei das letztgenannte Ziel in dem Bethmann-Hollwegschen Septemberprogramm als wirtschaftliche Unterwerfung Frankreichs konkretisiert wird. Daß auch Österreich einschließlich seiner nichtdeutschen Gebiete bei seiner bereits bestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeit vom deutschen Monopolkapital früher oder später in diesem „Mitteleuropa“, d. h. in einem „Großdeutschen Reich“ aufgehen würde, wurde zwar damals nicht offen ausgesprochen. Es ist jedoch aus der späteren Entwicklung klar ersichtlich, als nämlich Hitler die Europapläne der deutschen Imperialisten zu realisieren begann, daß dieses „Großdeutschland“, damals noch umschrieben als „Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Machtbasis Deutschlands“, durchaus den Intentionen des deutschen Finanzkapitals in allen seinen Gruppen entsprach.

In das Septemberprogramm Bethmann-Hollwegs flossen neben dem Mitteleuropa-Projekt noch zwei andere Konzeptionen ein: die Kolonialziele, die eine Abrundung und Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika bezweckten, und das Kriegszielprogramm des Alldutschen Verbandes, das am 28. August 1914 von dessen Geschäftsführendem Ausschuß be-

58 Fischer, a. a. O., S. 107

59 Theodor. Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, Berlin 1957, S. 130

geschlossen wurde und bezeichnenderweise die Zustimmung so „prominenter“ Vertreter der Schwerindustrie wie Krupp und Stinnes fand, wobei der letztere teilweise noch über die Forderungen der Alldeutschen hinausging. Die Übereinstimmung der „Denkschrift zum deutschen Kriegsziel“ des Justizrats Claß mit den wichtigsten Punkten des Septemberprogramms der deutschen Regierung ist gerade dann besonders charakteristisch für den weit fortgeschrittenen staatsmonopolistischen Charakter des damaligen Deutschen Reiches, wenn Bethmann-Hollweg – wie Fischer angibt – zur Zeit der Bekanntgabe des Septemberprogramms diese „Denkschrift“ noch nicht bekannt war und er trotzdem die darin enthaltenen Forderungen der deutschen Schwerindustrie als die „Kriegsziele des deutschen Volkes“ (!) proklamierte.

Wie stellte sich nun den verschiedenen Gruppen des deutschen Monopolkapitals im Rausch der ersten Kriegswochen die künftige Stellung Deutschlands im einzelnen dar? – Die Grundzüge des Mitteleuropa-Plans, der – großräumig gedacht und vorwiegend wirtschaftlich bestimmt – jede Möglichkeit der Erweiterung des deutschen Einflusses nach Osten und Südosten offenließ, wurden bereits erwähnt. Die hauptsächlichsten Befürworter dieses Programms hielten es auch für opportun, für einen sog. „Verständigungsfrieden“ zu plädieren, ohne selbstverständlich ihr Ziel aufzugeben. Nur wollten sie dieses Ziel mit anderen Mitteln erreichen als die säbelrasselnden Alldeutschen und Militaristen, die das Heil von einem „Siegfrieden“ erhofften und diese Hoffnung noch nicht einmal zu einer Zeit aufgaben, als alle Voraussetzungen dafür – sofern sie überhaupt jemals bestanden hatten – endgültig geschwunden waren. Sprecher dieser „amerikanischen Fraktion des deutschen Finanzkapitals“ – wie sie von Gertrud Theodor genannt wird – waren der Erste Direktor der Deutschen Bank, Arthur von Gwinner, Rathenau und weiterhin Friedrich Naumann. Gwinner wandte sich

„auf der ersten Sitzung der Mittwochsgesellschaft im Krieg, einem Treffpunkt führender Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kulturleben, in Berlin am 2. September dagegen, ‚blindlings eine Politik der Annexionen zu beginnen‘. Entgegen einer krasen und problematischen Annexionspolitik trat er für weniger auffällige, dafür aber um so wirksamere Methoden ein, nämlich ‚Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft (in Europa) zu etablieren.‘“<sup>60</sup> (Hervorhebungen von mir – G. I.)

Auch hier drängt sich ohne weiteres der Vergleich mit den gegenwärtigen Methoden des Monopolkapitals in Westdeutschland auf, mit den Mitteln der „pénétration pacifique“, der „friedlichen Durchdringung“, die politische und militärische Vormacht des deutschen Monopolkapitals ökonomisch vorzubereiten und zu sichern.

60 Fischer, a. a. O., S. 109

Bemerkenswert sind bei der Betrachtung der deutschen Kriegsziele 1914 auch die sehr weitgehenden Kolonialansprüche der deutschen Imperialisten. Bei der Aufstellung der angeforderten Vorschläge in dieser Richtung ging der Staatssekretär im Reichskolonialamt, Solf,

„von dem Standpunkt aus, daß von deutscher Seite eine größere territoriale Expansion in Europa nicht beabsichtigt sei, dafür aber in Afrika eine erhebliche Vergrößerung des Kolonialbesitzes angestrebt werde.“<sup>61</sup>

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß ein hoher Reichsbeamter so ahnungslos über die deutschen Kriegsziele in Europa sein sollte, zumal Solf dem Alldeutschen Verband in seinen Kolonialforderungen zumindest sehr nahe kam, denn er forderte – anknüpfend an die deutsch-englischen Vorkriegsverhandlungen über die Verteilung der portugiesischen Kolonien – als Grundlage eines geschlossenen deutschen Kolonialreiches in Mittelfrika von Portugal (das damals noch neutral war!) Angola und den nördlichen Teil von Moçambique, ferner Belgisch-Kongo und Französisch-Äquatorialafrika bis zum Tschadsee, die Vergrößerung Togos durch Dahomey und den südlichen Teil Senegambiens bis nach Timbuktu.

„Der Besitz des Minengebietes von Katanga, die Herrschaft über die Eisenbahnverbindung Katanga – Atlantischer Ozean und die Sicherung der Häfen von Portugiesisch-Angola waren die wirtschaftlich wichtigsten Objekte in diesem Plan.

Diese Konzeption war ganz auf die Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden Sieges über Frankreich aufgebaut. Von englischem Besitz sieht Solf zu dem Zeitpunkt ab, weil er den Optimismus breiter deutscher Schichten, England bald und vollständig auf die Knie zwingen zu können, nicht teilt. Was Solf aber im Falle eines Sieges auch über England fordern würde, äußert er später (1916), als er unter anderem den Erwerb des wirtschaftlich ergiebigen Nigeria als Verbindungsglied zwischen den künftigen deutschen Westbesitzungen Togo-Timbuktu und dem östlicher gelegenen Gebiet am Tschadsee befürwortet, wodurch erst die volle Abrundung des neuen Gesamtbesitzes erreicht worden wäre.“<sup>62</sup>

Bescheiden waren die Forderungen der deutschen Imperialisten also auch in kolonialer Hinsicht nicht gerade.

Obwohl dieses „Kolonialprogramm“ Solfs gewissermaßen ein Gegengewicht gegen allzugroße Expansions- und Annexionsgelüste der deutschen Imperialisten in Europa darstellen sollte, verband Bethmann-Hollweg den „Mittelfrika“-Plan der Kolonialimperialisten, als deren Experte Solf zu betrachten ist, mit dem „Mitteleuropa-Programm“ der deutschen Bankiers und Industriellen zu seinem Kriegsziel-Programm, so daß

„dieses große Überseeprojekt grundsätzlich fortan ein Bestandteil der amtlichen deutschen Kriegsziele (blieb)“.<sup>63</sup>

61 ebenda

62 Fischer, a. a. O., S. 110

63 ebenda

Das „allgemeine Ziel des Krieges“, wie es von Bethmann-Hollweg in seinem als „vorläufige Aufzeichnung über die Richtlinien unserer Politik beim Friedensschluß“ bezeichneten Programm aufgestellt wurde, sah somit folgendermaßen aus:

„Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“<sup>65</sup>

Ist hierbei die „Neuregelung im Osten“ vorläufig nur angedeutet, so wurden in bezug auf den Westen, insbesondere Frankreich, und auf die Kolonien schon konkretere Forderungen gestellt:

„1. Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhanges der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist.

In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbekken von Briey.

Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten achtzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel für Rüstung anzuwenden.

Des weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und es ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten. Dieser Handelsvertrag muß uns finanzielle und industrielle Bewegungsfreiheit in Frankreich schaffen – so, daß deutsche Unternehmungen nicht mehr anders als französische behandelt werden können.

2. Belgien. Angliederung von Lüttich und Verviers (Zentren der belgischen Industrie – G. I.) an Preußen, eines Grenzstriches der Provinz Luxemburg an Luxemburg.

Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist.

Gleichviel, jedenfalls muß Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen ein Besatzungsrecht zugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung stellen, wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden. Bei einer solchen Lösung, die die Vorteile der Annexion, nicht aber ihre innerpolitisch nicht zu beseitigenden Nachteile hat, kann Franz.-Flandern mit Dünkirchen, Calais und Boulogne mit großenteils flämischer Bevölkerung diesem unveränderten Belgien ohne Gefahr angegliedert werden. Den militärischen Wert dieser Position England gegenüber werden die zuständigen Stellen zu beurteilen haben.

64 ebenda

3. Luxemburg. Wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes (Hervorhebungen bei Fischer – G. I.) durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen (!) (Ausrufungszeichen ebenfalls bei Fischer – G. I.) und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.

5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft.

Als Grundlage der mit Frankreich und Belgien zu treffenden wirtschaftlichen Abmachungen ist eine kurze provisorische für einen eventuellen Präliminarfrieden geeignete Formel zu finden.

6. Holland. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres (!) Verhältnis zu dem Deutschen Reich gebracht werden kann.

Dies engere Verhältnis müßte bei der Eigenart der Holländer von jedem Gefühl des Zwanges für sie frei sein, an dem Gang des holländischen Lebens nichts ändern, ihnen auch keine veränderten militärischen Pflichten bringen, Holland also äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns bringen. Vielleicht ein die Kolonien einschließendes Schutz- und Trutzbündnis (!), jedenfalls enger Zollanschluß, eventuell die Abtretung von Antwerpen an Holland gegen das Zugeständnis eines deutschen Besatzungsrechtes für die Befestigung Antwerpens wie für die Scheldemündung wäre zu erwägen.“<sup>65</sup> (Hervorhebungen, soweit nicht gekennzeichnet, von mir – G. I.)

In diesem „6-Punkte-Programm“ des deutschen Reichskanzlers ist besonders Punkt 4 auch heute noch aktuell, da in ihm die Kontinuität des Vormachtstrebens der deutschen Imperialisten am deutlichsten hervortritt.

Aber selbst die doch bereits sehr weitgehenden Kriegsziele des Septemberprogramms – die, wie erwähnt, im Hinblick auf einen „Siegfrieden“ mit Frankreich aufgestellt worden waren und die nach Bethmann-Hollwegs eigener Überzeugung nur unter dem Druck politischer Überlegenheit erreichbar sein würden – erschienen einem großen Teil der deutschen Imperialisten noch nicht als ausreichend. Der Alldeutsche Verband machte sich – wie natürlich – zum Sprecher dieser Kreise. In seiner oben angeführten „Denkschrift zum Deutschen Kriegsziel“ ging

65 zit. nach: Fischer, a. a. O., S. 111/112 (Hervorhebungen, soweit nicht gekennzeichnet, von mir – G. I.)

Claß in den territorialen Forderungen sowohl im Westen als auch im Osten weit über das Programm Bethmann-Hollwegs hinaus. So verlangte er außer den bereits im Programm aufgeführten Gebieten in Frankreich die Abtretung des Landes bis zur Somme, außer Belfort die ganze ostfranzösische Festungslinie bis Verdun und die Abtretung von Toulon als deutschen Kriegshafen! Die deutschen Kriegsziele im Osten, deren Erörterung von Bethmann-Hollweg im Hinblick auf die dort bestehende ungünstige Kriegslage zurückgestellt worden war, wurden von Claß bereits konkretisiert:

„Rußlands Gesicht muß . . . gewaltsam wieder nach Osten umgewandt und dazu muß es im wesentlichen in den Grenzen vor Peters des Großen Zeit zurückgeworfen werden.“<sup>66</sup>

Die von ihm zur Erreichung dieses Zieles aufgestellte Forderung nach Eingliederung der polnischen Grenzgebiete, der russisch-litauischen Gouvernements und der Ostseeprovinzen machte auch Bethmann-Hollweg im wesentlichen zur Grundlage seiner Kriegszielpolitik im Osten, auch wenn er nicht alle überspannten Ansprüche der Alldeutschen übernahm, z. B. die Einverleibung Petersburgs (!) ablehnte und die Eingliederung von Livland und Estland nur unter der Voraussetzung in Erwägung zog, daß auch Finnland von Rußland abgetrennt wurde. Trotzdem

„hat er doch mit der noch von ihm eingeleiteten Randstaatenpolitik einen Weg beschritten, der, wenn schon in anderen Formen, doch im Ergebnis zum gleichen Ziel der Schwächung Rußlands, der ‚Sicherung‘ Deutschlands führen sollte.“<sup>67</sup>

Ist schon aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich, daß weder Reichskanzler noch Reichsregierung vor dem ersten Weltkrieg und während des Krieges eine Politik im Interesse der deutschen Nation und des deutschen Volkes betrieben, sondern die vorgeschobenen Strohpuppen des deutschen Monopolkapitals waren<sup>68</sup>, so zeigt dies die weitere Erörterung um die Kriegsziele noch deutlicher. Dabei ist es besonders aufschlußreich, daß uns in dieser Periode genau die gleichen Namen begegnen, die in der Gegenwart in Westdeutschland dieselbe verhängnisvolle Rolle spielen, auch wenn ihre Träger inzwischen teilweise gewechselt haben.

Es wurde bereits gezeigt, daß hinter den Forderungen des Alldeutschen Verbandes vor allem die Schwerindustrie stand,

66 Fischer, a. a. O., S. 114

67 Fischer, a. a. O., S. 115

68 „Einmal stellt es (das Septemberprogramm) keine isolierte Konzeption des Kanzlers dar, sondern repräsentiert Ideen führender Köpfe in Wirtschaft und Politik – und auch der Militärs – des damaligen Deutschland. Zum andern waren, wie sich zeigen wird, die in dem Programm niedergelegten Richtlinien im Prinzip Grundlage der deutschen Kriegszielpolitik bis zum Ende des Krieges, wenn sich auch je nach der Gesamtlage einzelne Modifikationen ergaben.“ (Fischer, a. a. O., S. 113; Hervorhebungen v. Vf.)

deren mehr oder weniger weitgehende (meist mehr!) Annexionswünsche von allen bürgerlichen Parteien, ja bis in die Reihen der rechten SPD hinein in der Folgezeit unterstützt wurden, auch wenn die letztere – vornehmlich, um das Gesicht zu wahren – durch eine Interpellation im Reichstag die Kriegszieldebatte vom 9. Dezember 1915 auslöste.

Ihr Verhalten war geeignet, das deutsche Volk in den Augen der Welt mit dem üblen Odium der Eroberungslust zu belasten, obwohl es immer nur seine herrschenden Kreise, die Junker und das Monopolkapital, waren, die an einer Erweiterung ihrer Macht interessiert waren. Sie haben es freilich vor 1945 immer verstanden, die nationalen Gefühle eines großen Teiles unseres Volkes für ihre antinationalen Belange zu mißbrauchen. Das zeigte sich besonders eklatant bei der Zielsetzung des ersten Weltkrieges, denn welches Interesse hatte die Mehrheit des deutschen Volkes an der Eroberung von Belgien? Welche Verbesserungen ihrer Lebenslage konnte die deutsche Arbeiterklasse von der Inbesitznahme großer Teile Frankreichs oder von einem Vordringen der deutschen Imperialisten bis weit nach Rußland hinein erhoffen? Welche Vorteile erwachsen aus der Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes für diejenigen Schichten der deutschen Bevölkerung, die sich nicht an der Ausbeutung der reichen Bodenschätze Afrikas beteiligen konnten, ganz abgesehen von der übergroßen Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, die sich aus Prinzip gegen die koloniale Ausbeutung wandte?

Trotzdem stimmte mit Ausnahme der Vertreter der deutschen Linken die Mehrzahl der sog. „Volksvertreter“ im Reichstag der annexionistischen Kriegspolitik der deutschen Imperialisten zu, ebenso wie bisher trotz aller formalen Meinungsverschiedenheiten die „Volksvertreter“ im Bonner Bundestag, einschließlich der SPD, gegen den oft genug bereits zum Ausdruck gekommenen Willen ihrer Wähler der ebenso volksfeindlichen und antinationalen Politik der Ultras ihre Zustimmung gaben.

Eine der Hauptursachen dafür liegt damals wie heute in der engen Verbindung zum Monopolkapital, das die Politik staatsmonopolistisch ausgerichteter Staaten bestimmt. Für die Zeit des ersten Weltkrieges unterstreicht das etwa als ein Beispiel unter vielen die Verbindung Erzberger–Thyssen. Erzberger hatte nicht nur Verbindung zu einer der großen D-Banken (Disconto-Gesellschaft), sondern war als Aufsichtsratsmitglied der zum Thyssen-Konzern gehörenden „Gewerkschaft Deutscher Kaiser“ ein enger Vertrauter von August Thyssen – ein Vertrauen, das er durch sein Eintreten für die annexionistischen Ziele des durch Thyssen repräsentierten Flügels der Schwerindustriellen zu rechtfertigen wußte. In einer eigenen Denkschrift forderte Erzberger über die bereits genannten „Eroberungen“ hinaus noch eine Kriegsentschädigung in solcher Höhe, daß nicht nur die Kriegskosten einschließlich der Kriegsschäden Deutschlands dadurch gedeckt, sondern auch alle Reichs-

schulden von den besiegten Ländern bezahlt würden. Da für ihn das nur „das Mindestmaß dessen darstellte, was das deutsche Volk in allen seinen Teilen (!) als Forderung beim Friedensschluß ansah“<sup>69</sup>, konnte sein Herr und Meister Thyssen seine Forderungen in einer ebenfalls von Erzberger der Regierung übergebenen Denkschrift noch höher schrauben.

„Auch für Thyssen war der Diktatfriede in Ost und West die einzige Möglichkeit eines deutschen Friedens und zugleich die unerläßliche Voraussetzung zur Verwirklichung seiner Wünsche: die Einverleibung Belgiens und der französischen Departements Du-Nord und Pas-de-Calais mit Dünkirchen, Calais und Boulogne, ferner das Departement Meurthe-et-Moselle mit dem französischen Festungsgürtel und Maas sowie im Süden die Departements Vosges und Haute-Saône mit Belfort.“<sup>70</sup>

Bis dahin decken sich diese Wünsche Thyssens allerdings vielfach mit denen anderer Schwerindustrieller, wie sie in den verschiedenen Denkschriften und Programmen ihren Niederschlag gefunden haben. Dagegen stellt er für den Osten Kriegsziele auf, die weit über die bisherigen hinausgingen. Dort

„verlangte er die baltischen Provinzen, eventuell das Donegebiet mit Odessa (was gleichbedeutend war mit dem Anspruch auf die Ukraine – G. I.) sowie das Gebiet um Asow und den Kaukasus. (Die deutsche Regierung griff diese Forderungen bei den „Friedensverhandlungen“ in Brest-Litowsk auf und versuchte sie in erpresserischer Weise zu realisieren – G. I.) Thyssen begründete seine Forderung mit der Notwendigkeit, das deutsche Rohstoffpotential für die Zukunft sicherzustellen.“<sup>71</sup>

Entsprungen waren diese Pläne dem Interesse Thyssens an den französischen und russischen Erzen und an der belgischen Kohle, aber auch dem Wunsche nach Ausschaltung Englands als Gegner einer deutschen Weltmachtstellung. Mittels der Einbeziehung dieser Gebiete in den deutschen Machtbereich sollte eine Landbrücke über Südrußland, Kleinasien und Persien gebildet werden, die es ermöglichen sollte, das englische Weltreich an zwei neuralgischen Punkten – Indien und Ägypten – entscheidend zu treffen. Fischer hebt in diesem Zusammenhang als besonders bedeutsam hervor,

„daß mit Thyssen die Schwerindustrie und die verarbeitende Industrie auf die Regierung einwirkten und von ihr als Faktor in Rechnung gesetzt werden mußten. Aufschlußreich für diese enge Verzahnung von Wirtschaft und Politik ist der Besuch der Syndici der beiden führenden Industrieorganisationen Deutschlands, Roetger und Stresemann, am 8. Dezember 1914 bei Bethmann-Hollweg, ein Schritt, bei dem, wie Stresemann es sah, ‚im großen und ganzen‘ die Ansichten beider Seiten ‚nicht sehr weit auseinander‘ gingen.“<sup>72</sup>

Nun ist zwar die Tatsache, daß die Politik imperialistischer Staaten vom Willen der Monopolherren abhängig ist, für die

69 Fischer, a. a. O., S. 116

70 Fischer, a. a. O., S. 116

71 ebenda

72 Fischer, a. a. O., S. 117

marxistische Wissenschaft eine Binsenwahrheit; von den Historiker-Apologeten des Imperialismus jedoch wurde und wird sie bestritten, und es ist immerhin erfreulich, festzustellen, daß auch ein bürgerlicher Historiker durch sein eingehendes Studium der Zusammenhänge zu keiner anderen Erkenntnis kommen konnte.

Wenn Erzberger in einem vertraulichen Schreiben vom 2. September 1914 es als „dringende Pflicht“ ansah,

„die Folgen des Sieges so auszunutzen, daß Deutschlands militärische Oberhoheit auf dem Kontinent für alle Zeiten gesichert ist“,<sup>73</sup>

so entsprach das nicht nur seiner persönlichen Auffassung, sondern der offiziellen Meinung der Zentrumsfraktion, die mit Ausnahme einer kleinen einflußlosen Gruppe grundsätzlich für Gebietserwerbungen eintrat. Der Führer der Zentrumsfraktion, Spahn, war

„der Wortführer der Kriegszielmehrheit im Reichstagsplenum (die, wie bereits erwähnt, fast alle Vertreter der bürgerlichen Parteien bis in die zentristischen Kreise der SPD umfaßte – G. I.) und gab am 2. Dezember 1914 (bei der Abstimmung über die neuen Kriegskredite, denen als einziger Karl Liebknecht ein konsequentes Nein entgegengesetzte – G. I.) und am 10. März 1915 die Erklärung aller bürgerlichen Parteien ab ...“<sup>74</sup>

Aber nicht nur der politische Katholizismus in Gestalt des Zentrums setzte sich für die Kriegsziele der deutschen Imperialisten ein. Einer der extremsten Verfechter annexionistischer Kriegszielpolitik war der Führer des „Protestantenbundes“, Lic. Gottfried Traub, dessen publizistisches Organ, die „Eisernen Blätter“, in dieser Hinsicht mit den „Alldeutschen Blättern“ wetteiferte. Die Tatsache, daß Traubs „Eiserne Blätter“ als Beilage zu der von Friedrich Naumann herausgegebenen „Hilfe“ erschienen, kann durchaus als Beweis dafür gelten, daß auch die anscheinend gemäßigtere Naumannsche Mitteleuropa-Konzeption annexionistischen Charakter trug, obwohl dieser hier nicht so offen in Erscheinung trat, sich vielmehr hinter der Fassade einer weitgehenden europäischen „Zoll-Union“ verbarg.

Von besonderem Interesse aber ist die Haltung der SPD-Führung zu den Kriegszielen des deutschen Imperialismus, vor allem im Hinblick auf die gegenwärtigen Anbiederungsversuche der westdeutschen SPD-Führung an die Adenauer-CDU als an die Partei, die heute in Westdeutschland die Interessen des Monopolkapitals vertritt. Denn nichts vermag deutlicher zu beweisen, daß die rechte SPD-Führung es nicht versteht oder nicht verstehen will, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Waren es doch nicht zuletzt ihre Kapitulation und ihre Unterstützung der imperialistischen Politik während des ersten

73 zit. nach: Fischer, S. 207

74 ebenda, S. 206

Weltkrieges und in der Nachkriegszeit, die für das deutsche Volk und für ihre Partei so schreckliche Folgen zeitigte!

Für die Haltung der rechten SPD-Führung, die sich besonders in der Reichstagsfraktion verkörperte, ist charakteristisch, daß sie zwar nach außen, d. h. in ihren für die anti-annexionistisch eingestellten überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse (deren Sprecher im Reichstag vorwiegend Karl Liebknecht war) bestimmten offiziellen Verlautbarungen, sich hütete, den Eroberungsplänen der deutschen Imperialisten offiziell zuzustimmen. Welche Einstellung jedoch die Mehrheit des Parteivorstandes wirklich besaß, geht aus einer Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten von Jagow an den Reichskanzler vom 18. 8. 1915 hervor, daß diese Mehrheit durchaus für Annexionen in Flandern und Polen zu haben sei.

Wie tief sich der Bazillus des Revisionismus bereits bei der rechten SPD-Führung eingefressen hatte, beweist der Versuch einiger Fürsprecher der imperialistischen Kriegspolitik in diesem höchsten Parteigremium, ihre partei- und volksfeindliche Einstellung mit dem Argument zu rechtfertigen, „daß eine grundsätzliche Gegnerschaft zum Annexionismus unvereinbar sei mit dem Sozialismus“. So schrieb Albert Südekum, der ja bereits vor Kriegsausbruch dem Reichskanzler zugesichert hatte, daß die SPD nichts gegen den Krieg unternehmen werde, am 19. 7. 1915 im „Hamburger Echo“:

„Wahrscheinlich ist die Mehrheit unseres ganzen Volkes, sicher die Mehrheit der unserer Gedankenwelt anhängenden Masse, gegen die Unterjochung fremder Völker; aber deshalb kann man doch gegen die rein negative Behauptung jener Oppositionellen (gemeint ist die entschiedene Opposition der deutschen Linken, die grundsätzlich jeden Gedanken der Annexion irgendwelcher Gebiete ablehnten – G. I.) mit vermutlich viel größerer Berechtigung die andere wagen, daß gegen notwendige Grenzsicherungen unseres Landes und gegen selbst recht weitgehende wirtschaftliche Verbindungen zwischen den europäischen Staaten, auch als Teile von Friedensbedingungen, ernsthaft nichts eingewendet wird.“<sup>75</sup>

Und in einer Sitzung der Reichstagsfraktion wurde von Otto Landsberg die rhetorische Frage gestellt:

„Wenn wirklich zur besseren Verteidigung Deutschlands im Osten die Annexion der Narew-Linie verlangt würde, dürfte irgendein Deutscher dagegen Widerspruch erheben?“<sup>76</sup>

Die Zweideutigkeit und Heuchelei in der Haltung der rechten SPD-Führung veranlaßte selbst Georg Ledebour, der als späterer Mitbegründer der – in der Führung – scheinrevolutionären USPD ganz gewiß nicht zu den entschiedenen Anhängern der Linksopposition zu rechnen ist, zur Kritik:

„Soweit ist es also nun glücklich gekommen, daß die Wortführer der Fraktionsmehrheit hinter verschlossenen Türen sich mit

Annexionsplänen verderblicher Art hervorwagen, während in der Öffentlichkeit die Mehrheitsvertreter versichern, sie seien auch gegen Annexionen.“<sup>77</sup>

Wie weit die SPD-Führung in ihrem Sozialchauvinismus die Verbindung zu den Massen ihrer Mitgliedschaft verloren hatte, zeigte sich vorwiegend in dem wachsenden Einfluß von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Wilhelm Pieck und der anderen Führer der deutschen Linken auf die deutsche Arbeiterklasse. Trotz der strengen Zensur hatten sie es verstanden, selbst aus dem Gefängnis heraus, in dem sie zum großen Teil sich seit 1916 fast ständig befanden, den Weg zu den deutschen Arbeitern zu finden und so zum Scheitern der Kriegszielpolitik der deutschen Imperialisten beizutragen.

Wenn auch das allgemeine Kriegsziel des deutschen Imperialismus – die Erringung der deutschen Weltherrschaft – im ganzen während des Krieges konstant blieb, trat doch im Verlauf der vier Jahre der eine oder andere Gesichtspunkt der bei Kriegsausbruch allgemein formulierten Kriegsziele stärker in den Vordergrund. In diesen Abstufungen spiegelten sich nicht nur die Veränderungen in der Kriegslage wider, sondern auch die Interessengegensätze der verschiedenen Gruppen des Finanzkapitals, als deren Sprecher auch die von ihnen abhängigen Politiker – Abgeordnete wie Regierungsmitglieder – in Erscheinung traten.

Allerdings erließ die Reichsregierung schon sehr bald nach der Verkündung „ihrer“ offiziellen Kriegsziele im Septemberprogramm ein Verbot der öffentlichen Kriegszieldebatte, da sie von einer allzu offenen Aussprache über die Kriegsziele sowohl innen- wie außenpolitische Rückschläge befürchtete. Obwohl also diese Maßnahme rein taktischen Erwägungen entsprang, erregte sie doch Unwillen und Widerspruch in den führenden industriellen Kreisen, die in ihr einen Verzicht auf die von ihnen angestrebten Kriegsziele zu erblicken glaubten. Die Folge dieser Befürchtungen, die noch genährt wurden von durchgesickerten Gerüchten über eine „Friedensbereitschaft“ der Regierung, war die Formierung einer organisierten „Kriegszielbewegung“, deren Kern die Schwerindustrie, d. h. die führenden Monopole, war.

Die von „führenden Männern der westdeutschen Industrie, unter aktiver Beteiligung von Hugo Stinnes“ aufgestellten Forderungen entsprachen trotz der sich bereits abzeichnenden militärisch ungünstigen Lage des kaiserlichen Deutschlands den schon früher von einzelnen Persönlichkeiten dieses Kreises vorgebrachten Wünschen: Annexion oder zumindest wirtschaftliche Beherrschung Belgiens, Gewinnung des Erzbeckens von Longwy–Briey und ausgedehnter Landerwerb im Osten. Auch die im „Bund der Industriellen“ vertretene verarbeitende Industrie rührte sich und meldete bei dem schon oben<sup>78</sup> erwähnten

75 zit. nach: Fischer, a. a. O., S. 210  
76 ebenda

77 ebenda  
78 vgl. S. 40

Besuch Stresemanns bei Bethmann-Hollweg ihre großenteils gleichgerichteten Ansprüche an; hierbei tauchte auch wieder die Forderung nach Errichtung eines mitteleuropäischen Zollverbandes auf. Selbstverständlich spielte bei der Erörterung der Kriegsziele auch der Alldeutsche Verband eine wichtige Rolle. Er

„erhielt gerade durch das Verbot der öffentlichen Kriegsziel-diskussion eine führende Stellung in der Formulierung der Kriegsziele und vermochte, dank seiner weitreichenden Beziehungen, das Preußische Abgeordnetenhaus zu mobilisieren, wo die Anhänger der Kriegszielbewegung durch das preußische Dreiklassenwahlrecht eine überwältigende Mehrheit besaßen.“<sup>79</sup>

Der „entscheidende Einfluß der Alldeutschen innerhalb der deutschen Wirtschaft“ zeigte sich aber auch bei Gelegenheit der Ausarbeitung der Eingabe der großen Wirtschaftsverbände an den Reichstag vom 20. Mai 1915 mit den Kriegszielforderungen des Centralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Bundes der Landwirte, des Deutschen Bauernbundes, des Reichsdeutschen Mittelstandsverbands und der Christlichen deutschen Bauernvereine. Diese Denkschrift war unter maßgeblichem Einfluß von Hugenberg und Stinnes auf der Grundlage der „Kriegszieldenkschrift“ des Justizrats Claß erarbeitet, und sie ist charakteristisch für die Maßlosigkeit des Weltherrschaftsanspruchs der deutschen Imperialisten, von dem damals auch breite bäuerliche und bürgerliche Mittelschichten ergriffen waren.

„Neben der Forderung nach einem den deutschen wirtschaftlichen Interessen voll genügenden Kolonialreich, nach zoll- und handelspolitischer ‚Sicherheit‘ und einer ‚in zweckmäßiger Form gewährten Kriegsentschädigung‘ stehen als ‚Hauptziel‘ territoriale Ansprüche im Westen wie im Osten. Die Verbände verlangten die militärische und wirtschaftliche Beherrschung Belgiens, ohne der belgischen Bevölkerung im Verband des Deutschen Reiches politische Rechte einzuräumen. Sie erhoben Anspruch auf die belgische und französische Kanalküste, um den ‚Ausweg zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage für unsere künftige Seegeltung‘ sicherzustellen, zugleich auch um ein Druckmittel gegen England in der Hand zu haben.“ (Es folgen dann die immer wiederholten Forderungen nach strategischen Grenzverbesserungen und dem Erzbecken. — G. I.) „Nach den Vorschlägen der Wirtschaftsverbände würde die einheimische Bevölkerung dort ebenfalls sämtliche politischen Rechte verlieren, und außerdem sollten die vorhandenen ‚wirtschaftlichen Machtmittel, einschließlich des mittleren und größeren Besitzes‘ in deutsche Hand übergehen. Für die Annexionen im Osten war der Gedanke maßgebend, zu dem erwarteten industriellen Machtzuwachs im Westen ein ‚agrarisches‘ Gegengewicht im Osten zu erhalten. Deshalb dachte man mindestens an den Erwerb von Teilen der Ostseeprovinzen und nicht näher bezeichneten südlich angrenzenden Gebieten, die zugleich einen besseren Grenzschutz gewähren sollten.“<sup>80</sup>

79 Fischer, a. a. O., S. 192

80 Fischer, a. a. O., S. 194 f.

Bei einem gemeinsamen Vortrag von westdeutschen Industriellen (Hugenberg, Stinnes, Kirdorf und Thyssen!) und „prominenter“ Wissenschaftler bei dem für das Ruhrgebiet zuständigen Kommandierenden General legten sich diese Herren allerdings weniger Zurückhaltung bei der Konkretisierung der imperialistischen Kriegsziele im Osten auf. Hier sprachen sie schon von der Eroberung der Ukraine und der Annexion des gesamten Baltikums. Auch das Mitteleuropa-Programm spielte hier wieder eine Rolle, vorwiegend im Hinblick auf die Stellung Österreich-Ungarns, die sich im Verlauf der Jahre 1915/17 immer mehr als das Schlüsselproblem des gesamten Mitteleuropa-Komplexes herauskristallisieren sollte.

Bei diesen Vorschlägen anläßlich der Unterredung in Münster ist es im Hinblick auf die revanchistischen Angriffe auf die nach dem zweiten Weltkrieg entstandene Oder-Neiße-Friedensgrenze besonders interessant, daß dort auch Erörterungen über die „Aussiedlung der Polen aus dem neu zu bildenden Grenzstreifen“ gepflogen wurden und daß diese Forderungen die gleichen Kreise erhoben, von denen heute in Westdeutschland die revanchistischen Landsmannschaften gehegt und gepflegt und selbstverständlich auch finanziert werden.

Daß in diesem „erlauteten“ Kreise des deutschen Monopolkapitals und seiner Apologeten aus den Kreisen der Intellektuellen auch der profilierteste Vertreter des deutschen Imperialismus nicht fehlen durfte, nämlich Krupp von Bohlen und Halbach, ist eigentlich selbstverständlich, ebenso, daß sich sein im November 1914 formuliertes Kriegszielprogramm im wesentlichen mit den Forderungen der Wirtschaftsverbände deckt, auch wenn für ihn die bekannten Ansprüche im Westen im Vordergrund stehen. Das schließt jedoch nicht aus, daß er auch Annexionen im Osten nicht ablehnend gegenübersteht. Dabei stellte er sich die „Neuordnung im Osten“ dergestalt vor, daß ein selbständiges Polen dort als „Pufferstaat“ entstehen sollte, dem durch einen germanisierten polnischen Grenzstreifen „ein fester Riegel vorgeschoben“ werden sollte, um „ihm ‚Gelüste‘ auf ehemals polnische, jetzt preußische Gebietsteile zu nehmen“.

„Auch er denkt an Bauernsiedlungen im Osten, wobei er hier — wie bei den anderen von ihm gewünschten Annexionen — durch Verweigerung politischer Gleichberechtigung und durch weitgehende Ausschaltung der unterworfenen Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben ganz im Sinne der völkischen Ideologie die annektierten Gebiete germanisieren möchte, um zu vermeiden, daß das Deutsche Reich seinen Charakter als ‚rein deutscher Volksstaat‘ (!) verlieren würde...“<sup>81</sup>

Selbstverständlich ist nach seiner Auffassung ein „in sich gesichertes Kolonialreich in Afrika“ und die Schaffung einer „Brücke nach Afrika“ in Gestalt von Flottenstützpunkten und Kohlenstationen im Mittelmeer zur Sicherung und Abrundung der deutschen Machtstellung in der Welt unabdingbare Vor-

81 Fischer, a. a. O., S. 198



aussetzung. Auf diese Weise würden „der Industrieabsatz wie die Rohstoffversorgung wie auch die Erweiterung der ganzen deutschen Kulturgeltung in der Welt“ gesichert – und auf das erstere kam es ja den deutschen Imperialisten an, wenn sie diese Ziele auch mit dem ideologischen Mäntelchen von der „deutschen Kulturmission“ in der Welt zu verdecken suchten, wie es Krupp am Schlusse seines „Kriegszielprogramms“ tat:

„Werden diese Ziele erreicht, so bestimmt sich der Fortschritt der Menschheit nach deutscher Kultur und Zivilisation; für ein solches Ziel zu kämpfen und zu siegen, ist des Blutes der Edlen wert.“<sup>82</sup>

Um den Eindruck zu verwischen, daß es sich bei den weitgehenden Forderungen ausschließlich um die materiellen Interessen der deutschen Großbourgeoisie handele, wurden auch damals schon führende deutsche Wissenschaftler aus den Kreisen des deutschen Bürgertums als dekorativer Vorspann benutzt.

„Auch hier wieder führte Claß vom Alldeutschen Verband im Hintergrund die Regie. Die beiden aktivsten Männer zur Formulierung der neuen Kundgebung (der sogen. ‚Intellektuelleneingabe‘ – G. I.) waren der Berliner Theologe Reinhold Seeberg und der Bremer Kaufmann Andreas Gildemeister, von dem auch der Entwurf für eine neue Eingabe zum größten Teil stammt. Die Verbindung zur Industrie war in der Person Kirdorfs hergestellt. Für die allgemeine Richtung ist kennzeichnend, daß neben Seeberg, Kirdorf und Gildemeister in der entscheidenden Besprechung am 20. Juni 1915 auch Admiral a. D. von Grumme-Douglas, ein Alldeutscher und Verbindungsmann zum Kaiserhaus, ferner der bisherige Gesandte in Stockholm, von Reichenau, der Berliner Althistoriker Eduard Meyer – in der U-Boot-Kampagne von 1916 ein erbitterter Verfechter des unbeschränkten U-Boot-Krieges – und schließlich Schwerin, der Exponent der völkischen Siedlungsbewegung und der Ratgeber des Kanzlers in Ostfragen, teilnahmen.“<sup>83</sup>

Besonders die Anwesenheit des Letztgenannten zeigt die Linie der sog. Intellektuelleneingabe: Ostsiedlung „als Ventil für den sozialen Druck im Innern“ und das Bestreben, „dem Anwachsen der slawisch-russischen Bevölkerungsmassen durch die ‚Dekomposition‘ Rußlands, durch einen germanisierten ‚Grenzwall‘ im Osten und durch eine eigene aktive Bevölkerungspolitik zu begegnen, wozu sich im Osten eine einzigartige Möglichkeit böte“.<sup>84</sup> Dieser Gedanke des „deutschen Lebensraums im Osten“, der in der faschistischen Zeit, in der nazistischen Ideologie eine so verhängnisvolle Rolle spielen sollte, wurde damals vor allem im Zusammenhang mit Friedrich Naumann in seinem Werke „Mitteleuropa“ vertreten.

1347 Unterschriften, darunter allein 352 von Professoren, der Rest von führenden Wirtschaftlern, Parlamentariern, Lehrern,

<sup>82</sup> zit. nach: Fischer, a. a. O., S. 198

<sup>83</sup> ebenda, S. 199

<sup>84</sup> ebenda

Geistlichen und Künstlern, trug die „Intellektuellen-Eingabe“ – ein Beweis dafür, in welchem Ausmaß der deutsche Imperialismus mit seinem Weltmachtsanspruch weite Kreise des Bürgertums angesteckt hatte. Zugleich geht aber daraus auch hervor, welcher Mittel er sich bediente, um glaubhaft erscheinen zu lassen, daß diese seine ureigensten Ansprüche der Wille des deutschen Volkes seien. Unter dem Druck der von ihm gesteuerten „öffentlichen Meinung“ sollte der Reichskanzler, der wider den Stachel zu lücken schien, wieder gefügig gemacht werden und die von ihm aus rein opportunistischen Erwägungen verbotene öffentliche Kriegszieldiskussion freigeben ohne Rücksicht auf deren innen- und außenpolitischen Auswirkungen.

Die durch die Kriegslage und durch die erzwungene Rücksichtnahme auf die deutsche Arbeiterklasse und das neutrale Ausland bedingte spätere Zurückhaltung Bethmann-Hollwegs in der Kriegszieldebatte brachte ihm übrigens den ungerechtfertigten Ruf ein, keine Kriegsziele zu haben, obwohl eine derartige Auffassung eigentlich schon durch sein in dieser Hinsicht wahrlich nicht bescheidenes Septemberprogramm ebenso widerlegt sein sollte wie durch seine großbürgerliche Herkunft aus einem Zweig einer alten Frankfurter Bankiersfamilie.

Daß bei der Eigenart des Bismarck-Reiches als föderativer Bundesstaat und dem herrschenden junkerlich-bourgeois Klassenbündnis auch die deutschen Fürsten als die hervorragendsten Vertreter der historisch eigentlich längst überlebten Feudalklasse mit eigenen Kriegszielpänen hervortraten, sei hier nur am Rande erwähnt, denn

„die wesentliche Einheit des Kriegszielwillens der Nation (?) wurde durch die Kriegsziele der Einzelstaaten, dargestellt durch ihre Fürsten, Minister, Gesandten und Parlamente, nicht wesentlich modifiziert, zumal der mächtigste Bundesstaat, Preußen, in seiner Ordnung bestimmt durch König, Heer, Beamenschaft, Grundadel und Schwerindustrie, ganz auf Machtverbreitung ausgerichtet war und in seinem Abgeordnetenhaus, dessen Zusammensetzung auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhte, durch die Politik der gerade hier besonders eng mit den führenden Verbänden von Industrie und Landwirtschaft verzahnten Parteien der Konservativen und Nationalliberalen während des Krieges an entscheidenden Punkten mit förmlichen Beschlüssen in die Willensbildung des Reiches einzugreifen suchte“.<sup>85</sup>

Gewisse Modifikationen – nicht im Gesamtcharakter, wohl aber, wie bereits erwähnt, in den Einzelzielen bzw. deren Vorrangigkeit – ergaben sich allerdings aus der jeweiligen Kriegslage. Angesichts der durch das Fehlschlagen der Blitzsieg-Hoffnungen über alle drei Gegner akut gewordenen Gefahr eines „Erschöpfungskrieges“ sah sich der deutsche Imperialismus gezwungen, seine expansiven Ziele gegenüber einer Seite zeitweilig zurückzustecken. Um die für die Fortführung des Krieges

<sup>85</sup> Fischer, a. a. O., S. 216

notwendigen Rohstoffgebiete in die Hand zu bekommen, plädierte die OHL für die Westfront und entsprach damit weitgehend den Interessen und Hauptforderungen der westdeutschen Schwerindustrie.

Eine erfolversprechende Weiterführung der Operationen im Westen hatte jedoch zur Voraussetzung, daß Rußland durch einen Sonderfrieden aus der Triple-Entente ausschied. Das bedeutete aber nicht nur den wahrscheinlichen Bruch mit Österreich-Ungarn und der Türkei, für die Rußland der Hauptgegner des Krieges war, sondern auch die sichere Preisgabe der deutschen Monopolinteressen auf dem Balkan und im Vorderen Orient, um derentwillen letzten Endes der Krieg gegen Rußland von den deutschen Imperialisten provoziert worden war. Trotzdem streckte die Reichsregierung Sonderfriedensfühler nach Rußland aus, wobei es sich aber zugegebenermaßen um eine rein taktische Maßnahme zur Sprengung der Entente handelte, die zudem noch durch die zwar etwas verminderten, aber immer noch recht weitgehenden Gebietsforderungen der deutschen Imperialisten belastet und zum Scheitern verurteilt war.

Als sich daher im Juni 1915 — trotz des Kriegseintritts Italiens auf der Seite der Entente — die militärische Lage Deutschlands etwas günstiger anzulassen schien und Rußland unter dem Druck Englands den „Verrat“ an seinen Verbündeten ablehnte, kam erneut das Mitteleuropa-Projekt auf den Plan, das bedeutende „Kompensationen“ im Osten einschloß, wenn auch Bethmann-Hollweg hierin nicht in vollem Umfange den maßlosen Forderungen der Imperialisten und Militaristen zustimmte, die Kurland, das Baltikum und einen großen Teil Polens annektieren wollten. Aber auch diese scheinbare Beschränkung findet ihre Erklärung in dem Bemühen des Reichskanzlers, Rußland trotz der mehrfachen Ablehnung für einen Sonderfrieden reif zu machen, um die Ziele „im Westen, Süden und Südosten“, in Belgien, auf dem Balkan und im Orient, leichter erreichen zu können.

Eine Schlüsselstellung nahm in den Erwägungen der Regierung, die selbstverständlich hier wie überall stellvertretend für das deutsche Monopolkapital handelte, die künftige Gestaltung Polens ein. Es ging hierbei nicht allein um die Frage einer direkten oder indirekten Beherrschung des zu bildenden polnischen Staates, sondern auch um eine austro-polnische oder germano-polnische Lösung. Dabei stand es für die deutschen Regierungskreise fest, daß eine Eingliederung Polens in Österreich-Ungarn früher oder später zum Zerfall der Donaumonarchie beitragen würde, so daß damit der Weg frei gemacht wurde für die Annexion zumindest der deutschsprachigen Gebiete Österreichs bei völliger Zurückdrängung des tschechischen Elements. Das spätere sog. „Großdeutsche Reich“ spukte also bereits damals in den Köpfen der deutschen Imperialisten.

Bei der Behandlung der polnischen Frage, d. h. bei den Auseinandersetzungen über die Verteilung der Kriegsbeute, zeigte

sich, welchen Konfliktstoff diese Frage in sich barg. An die austro-polnische Lösung knüpfte die deutsche Regierung solche Forderungen, daß damit faktisch Österreich-Ungarn bereits ein bloßes Anhängsel Deutschlands in dem geplanten Mitteleuropa sein würde. Auf einer Konferenz vom 11. 11. 1915 zwischen den führenden Staatsmännern Deutschlands und Österreich-Ungarns wurde deutlich, wie stark der deutsche Hegemonieanspruch in Europa durch die verbesserte Kriegslage gegenüber Ende 1914 gewachsen war. Neben einem energischen Vorstoß in bezug auf den Mitteleuropaplan — „nur durch Bildung eines unüberwindlichen mitteleuropäischen Blocks könne Deutschland . . . alle Entwicklungsmöglichkeiten einer gesicherten Friedensperiode eröffnen“ — präzierte Bethmann-Hollweg gegenüber dem österreichischen Kanzler Baron Burian die deutschen Forderungen als Voraussetzung der austro-polnischen Lösung. Diese Bedingungen,

„die Deutschland unter allen Umständen bei der Überlassung Polens (das für Deutschland ‚vitales Interesse‘ besitze, nicht nur als wirtschaftliches Absatzgebiet und Durchfuhrgebiet nach Rußland, sondern auch als militärisches Glacis gegenüber Rußland) zu erhalten verlangt, würden ihm die entscheidende Stellung in Austro-Polen geben. So fordert Bethmann-Hollweg: 1. strategische Grenzberichtigungen (außer den zur Verbesserung seiner Grenze benötigten Landstrichen im Gouvernement Suwalki und anschließend an Kurland und Litauen auch noch einige für Deutschland wirtschaftlich sehr wertvolle Gebiete unseres Polen‘), 2. sehr vielfältige und weitgehende Sicherungen, die die verkehrswirtschaftliche Grundlage der polnischen Volkswirtschaft in absolute deutsche Abhängigkeit bringen sollten: ebenso wie in Belgien wird die Organisationsfrage für Polen in der privatwirtschaftlichen Lösung gesehen<sup>86</sup>. Die Eisenbahnlinien wie die Wasserstraßen sollen in eine von Deutschland zu finanzierende Privatgesellschaft übernommen werden; damit würde Deutschland verkehrspolitisch die Kontrolle über alle Bahnen in seine Hand bekommen. Daneben erscheinen die schon bekannten Forderungen betreffend Siedlungsland für die aus dem deutschen Grenzstreifen Ausgesiedelten, freier Arbeiterzug aus Polen und dergleichen. Burian erkannte sofort die verschleierte Absichten Deutschlands, den polnischen Wirtschaftsraum ganz zu seiner Verfügung zu haben, die sozialen und politischen Probleme jedoch, die mit einer vollen Übernahme des Landes verbunden sein würden, auf Österreich abzuwälzen, so daß er andeutete, es sei ihm zweifelhaft, ob dann der Besitz für die Monarchie überhaupt begehrenswert sei.“<sup>87</sup>

Auch die Sicherung des deutschen Hegemonieanspruchs auf dem Balkan mit Hilfe des beherrschenden Einflusses auf Öster-

<sup>86</sup> Ende 1915 zeichnete sich die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Belgien auf Grund von Verhandlungen mit dem belgischen König ab, die in den Plänen der deutschen Imperialisten den Gedanken einer direkten Annexion Belgiens zeitweilig zugunsten einer indirekten Beherrschung durch das deutsche Monopolkapital zurückdrängten. Diesen zu erwartenden Gebietsverlust im Westen wollten die deutschen Imperialisten nach der wohl zutreffenden Auffassung Burians durch Kompensationen im Osten ausgleichen.

<sup>87</sup> Fischer, a. a. O., S. 254

reich-Ungarn ist Gegenstand der Verhandlungen bei dieser entscheidenden Konferenz. Auch in diesem Punkte meldete Deutschland „überall bestimmte Wünsche und Einschränkungen“ an, die das im allgemeinen anerkannte Recht Österreich-Ungarns, die Verhältnisse auf dem Balkan nach seinen überwiegenden Interessen einzurichten, nach der Auffassung Burians stark beeinträchtigten. So ist es verständlich, daß der Vertreter Österreich-Ungarns über den Verlauf der Konferenz nicht die gleiche „hohe Befriedigung“ empfand, wie sie Bethmann-Hollweg, der die Interessen des deutschen Monopolkapitals hier der derzeitigen Kriegslage entsprechend so gut vertreten hatte, zum Ausdruck bringen konnte. Das erzielte „volle Einverständnis in allen wesentlichen Fragen“ lief letzten Endes auf eine Niederlage Österreichs hinaus.

„Das Spezifische in der Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn liegt darin, daß auch die Monarchie selbst zum Kriegsziel wird, weil sie in der angestrebten engen Bindung an Deutschland sich in den vom Reich beherrschten Gesamttraum einfügen muß.“<sup>88</sup>

Das deutsche Mitteleuropa-Programm, das in Gestalt eines Promemoria des Staatssekretärs des Auswärtigen von Jagow zwei Tage nach Abschluß der Konferenz an die Wiener Regierung übermittelt wurde, ist völlig auf der Konzeption, die die deutschen Monopolkapitalisten bereits vor dem Kriege in dieser Richtung entwickelt hatten, aufgebaut. Obwohl es in der Form langfristiger Verträge „formell und materiell“ seine Verwirklichung finden sollte, bedeutete es nicht mehr und nicht weniger als die völlige politische, wirtschaftliche und militärische Unterwerfung Österreichs unter die Vorherrschaft des deutschen Monopolkapitals. Da aber ohne ideologische Verbrämung dieser Absicht die Durchführung dieses Programms kaum möglich erschien, mußte die angebliche Rolle Österreichs als „germanische Ostmark“ (!) gegen den als Schreckgespenst heraufbeschworenen „Panslawismus“ dazu dienen.

Bereits damals verstanden es also die deutschen Imperialisten, ihre Weltherrschaftspläne dem vorgeschobenen „Sicherheitsbedürfnis Europas“ gegenüber der vorgeblichen „Gefahr“ aus dem Osten zu verstecken. Damals Kampf des „Germanentums“ gegen das Slawentum — heute Sicherung der sog. „freien Welt“ gegen den Kommunismus — der gleiche Gedanke verschleierte die gleichen Ziele!

Der wirtschaftliche Grundgedanke des Mitteleuropa-Planes war ein enges „Zollbündnis mit gegenseitiger Zollbevorzugung“, um „die Verschmelzung des ganzen Gebietes zu einer wirtschaftlichen Einheit anzubahnen“. Auch hier also der gleiche Gedankengang, wie er bei der Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ähnlicher „europäischer“ Organisationen maßgebend ist: auf dem Umweg über die wirtschaftliche Be-

herrschaft zur politischen und militärischen Vormachtstellung!

Auf der politischen Ebene wird eine Neugestaltung des Bündnisvertrages vorgeschlagen und dabei als Grundlage jeder weiteren Verhandlung „die Garantierung des gegenseitigen Besitzstandes, und zwar auf Grund der abzuschließenden Friedensverträge und einer entsprechenden Ausdehnung des Bündnisfalles“. Die deutsche Regierung wünschte als noch während des Krieges „eine gegenseitige Garantie der künftigen Erwerbungen des neuen Besitzstandes . . .“, um so eine tiefgehende Verketzung der beiden Reiche auch für die Zukunft zu schmieden“.<sup>89</sup>

Bis zum Ende des Krieges blieb der Mitteleuropa-Plan in verschiedenen Variationen Kernpunkt der imperialistischen Kriegsziele, da die deutschen Imperialisten der verschiedenen Gruppierungen hofften, ihn in seinen Grundzügen selbst bei Abschluß eines sog. „Verständigungsfriedens“ durchsetzen zu können. Je geringer die Aussichten auf die Erreichung der imperialistischen Kriegsziele im Westen wurden, um so größer wurden die Forderungen im Osten. Zwar wird noch im Jahre 1916 versucht, durch eine Friedensvermittlung Japans eine möglichst große Beute in Ost und West zu erschnappen — selbst auf Kosten der eigenen Verbündeten Deutschlands: Österreichs und der Türkei. Bei diesen Sondierungen geht es außer um die europäischen auch wieder um die afrikanischen Kriegsziele des deutschen Imperialismus, um das zentralafrikanische Kolonialreich unter Einschluß von Belgisch-Kongo (Katanga!). Besonders interessant aber ist die hier erstmals konzipierte Achsenpolitik als Bestandteil der „Bündnis- und Neutralitätsverträge“ in dem deutschen Vertragsentwurf, auf dessen Grundlage Japan die Friedensvermittlung übernehmen sollte. Dieser zweite Teil des Vertragsentwurfs

„ist ein System von Geheimabmachungen, das, auf der Basis der gegenseitigen japanisch-russisch-deutschen Verständigung aufgebaut, Deutschland gegen England und Frankreich absichern soll, ebenso aber gegebenenfalls auch gegenüber Österreich-Ungarn und Rußland. . . Die hier formulierte Konzeption ist zumindest eine Form der erstrebten künftigen Weltmachtstellung Deutschlands, ganz aus dem Blickwinkel eines erwarteten zweiten Krieges mit England. . .“<sup>90</sup>

Der wiederholte Versuch, über Japan mit Rußland zu einer Sondervereinbarung zu kommen, entsprang den Bemühungen von Stinnes und Fritz Warburg, einem Bruder des Bankiers Max Warburg, zwei führenden Vertretern der entscheidenden Gruppen des deutschen Finanzkapitals also. Dabei erscheint Stinnes als treibende Kraft,

„der auf ein Bündnis mit Rußland drängte, damit Deutschland die Sicherung seiner Westziele erzwingen könnte — und so seine eigenen geschäftlichen Interessen gewahrt waren.“<sup>91</sup>

88 ebenda

89 ebenda, S. 257

90 Fischer, a. a. O., S. 287

91 ebenda, S. 280

In Anbetracht der Tatsache, daß die deutsche Politik sowieso nichts anderes darstellte als die direkte Interessenvertretung des deutschen Monopolkapitals, erscheint die ärgerliche Reaktion Jagows auf das Drängen Stinnes' etwas absurd, wenn er in einem Schreiben an den deutschen Gesandten in Stockholm die Politik des Reiches als eigenständig zu rehabilitieren sucht:

„Der Knabe Stinnes ist ein Gewaltmensch, der unsere Politik ganz in seine Interessensphären hineinzwängen möchte. Daher Bündnis mit Rußland, um uns in einen grundsätzlichen Gegensatz zum Westen zu bringen.“<sup>92</sup>

Da aber Japan es ablehnte, auf Sonderfriedensverhandlungen einzugehen, Deutschland jedoch in einem allgemeinen Frieden eine „Gefahr“ sah, weil dadurch die Durchsetzung der deutschen Kriegsziele zumindest in Frage gestellt worden wäre, mußten die deutschen Imperialisten die Hoffnung begraben, mit Hilfe Japans ihr Ziel, wenn auch mit einigen Abstrichen, zu erreichen.

In dieser Situation gewann Polen erneut eine größere Bedeutung, jetzt allerdings ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der germano-polnischen Lösung, da Österreich die deutschen Forderungen, die auf eine Zurückdrängung des Slawentums in der Donaumonarchie hinielten und damit eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs darstellten, nicht akzeptiert hatte. Dabei mutet es geradezu grotesk an, daß Deutschland, in dem seit der Reichsgründung die nationalen Minderheiten aufs schärfste unterdrückt wurden und – wie die Polen in Preußen – rigorosen Germanisierungsmaßnahmen ausgesetzt waren, sich jetzt als Verteidiger der von Rußland unterdrückten Nationalitäten aufspielt.

„Die deutsche Ostpolitik, die auf direkte Annexionen und die Gründung von Vasallenstaaten gerichtet war, wurde vom Kanzler in seiner Reichstagsrede vom 5. April (1916) im Sinne der Befreiungsthese der ‚Liga‘<sup>93</sup> ideell verbrämt und erhöht, gerade auch im Blick auf Amerika...“ (infolge der für Deutschland sich wieder einmal günstiger anlassenden Kriegslage) „nannte der Kanzler erstmals beim Namen, was er im Dezember 1915 nur bildhaft angedeutet hatte: Belgien, Polen, Kurland, Litauen. Jetzt lehnte Bethmann-Hollweg unter Berufung auf das von Asquith in Anspruch genommene Prinzip der Nationalität emphatisch ab, daß

„Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den wohnlichen Sümpfen wieder dem Regiment des reaktionären Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein...“

Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. Auch hier gibt es keinen status quo ante.“<sup>94</sup>

92 zit. nach: Fischer, ebenda

93 Im Zuge der „Revolutionierungs“-Bestrebungen war vom Auswärtigen Amt eine „Liga der Fremdvölker Rußlands“ aufgezogen worden.

94 Fischer, S. 291

Trotz dieser hochtönenden Worte konnten die „befreiten“ Polen aus dem Los ihrer Landsleute nur allzu leicht ihr künftiges Schicksal erkennen. Selbst wenn dieser sog. „Nationalstaat“ als ein „autonomer Staat“ firmieren würde, war unschwer vorauszusehen, daß die „politische, militärische und wirtschaftliche... engste Verbindung mit dem zu bildenden mitteleuropäischen Staatenbund“, die von dem Generalgouverneur von Beseler als Voraussetzung gefordert wurde, diesen unter Mißachtung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes geschaffenen Staat völlig in die Hand der deutschen Monopole geben würde.

An dem Kriegsziel „Polen“ traten in dieser Epoche die Gegensätze zwischen den Mittelmächten am deutlichsten hervor; denn wenn auch als „bundesfreundliche“ Geste die deutsche Regierung die polnische Krone einem österreichischen Erzherzog offerierte, war Österreich noch immer nicht gewillt, eine Lösung zu akzeptieren, die Fischer in die treffenden Worte kleidet: „Für Österreich den Erzherzog, für Deutschland das Erz!“ Das kommt auch in den geheimen „Aufzeichnungen über die uns bekannt gewordenen deutschen Wünsche betr. die zukünftige Zugehörigkeit Polens“ zum Ausdruck. Danach

„bildete sich, wie der österreichische Botschafter wahrnahm, sowohl bei den ‚Agrariern‘ wie bei den ‚Industriellen‘ ein immer stärker werdendes Interesse ‚für den Besitz des ressourcenreichen Landes‘ heraus (das freilich, wie die Vorgeschichte des Krieges zeigt, schon immer bestand, so daß der Akzent höchstens auf dem ‚Stärkerwerden‘ liegen kann – G. I.), das immer ‚verlockender und gewinnversprechender‘ erschien; so auch im Reichsamt des Innern und in den preußischen Wirtschaftsressorts. Auf alle Fälle, beobachtete der Botschafter, zielen die deutschen Interessen auf die wirtschaftlich wertvollsten Teile von Kongreßpolen – Warschau, Lodz, Radom, Petrikom, Kielce, Dombrowa-Becken – ab. Bei einer möglichen Aufteilung des Landes würde Deutschland immer das industrie- und kohlenreiche Gebiet links der Weichsel beanspruchen; das in letzter Zeit aufgetauchte Projekt eines Kondominiums tritt, wie er sagt, hinter den in der deutschen Allgemeinheit (?) nur interessierenden wirtschaftlichen Fragen zurück... Durch Zölle und Begünstigung der ungestörten Durchfuhr nach Rußland, durch Sicherstellung der Rohstoffe aus Polen, durch Gleichstellung der polnischen Eisenbahn und der Binnenschifffahrt, unter ausschließlicher Führung deutscher ‚Kapitals‘ strebt Deutschland die tatsächliche Versicherung eines wie immer sich gestaltenden polnischen Staates für seine Zwecke an. Neben der Verfügung über Eisenbahnen, Straßen, Wasserstraßen, Post und Telegraphen hoffen die Deutschen, die ausschließliche Militärhoheit zu behalten.“<sup>95</sup> (Hervorhebungen vom Vf.)

Jeder kann sich selbst ausrechnen, was unter solchen Bedingungen von der „Selbständigkeit“ selbst eines dem Namen nach autonomen Staates noch übrigblieb. Es ist deshalb nur zu ver-

95 Fischer, S. 297

ständig, daß alle Versuche, unter den Polen selbst eine prodeutsche Bewegung zur Unterstützung der germano-polnischen Lösung zu schaffen, von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Demzufolge wurde auch die „Aufstellung eines polnischen Heeres“ auf der Basis der Freiwilligkeit ein völliger Fehlschlag. Diese Forderung war von den österreichischen und deutschen Militaristen bereits seit langem erhoben worden, um aus dem polnischen „Menschenreservoir“ Nachschub für die Verheerung auf den Schlachtfeldern im Interesse der deutschen Imperialisten zu gewinnen, da besonders Österreichs „Menschenmaterial“, wie Bethmann-Hollweg es bezeichnenderweise nannte, nahezu erschöpft war. Die Hoffnungen, die diese Kreise an die am 5. November 1916 verkündete Proklamation Polens als „einen selbständigen Staat im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte“ knüpften, erfüllten sich nicht; 370 Freiwillige waren das mehr als magere Ergebnis der Aufstellung einer „polnischen Armee“.

Bei aller Flexibilität der Kriegsziele, die bestimmt war durch die jeweilige Kriegslage und die zeitweise sich eröffnenden oder vermuteten Aussichten auf einen Sonderfrieden im Osten oder im Westen, war ein Ziel nahezu unverändert während des ganzen Krieges festgehalten worden: der von führenden Vertretern des deutschen Monopolkapitals, Rathenau und von Gwinner, konzipierte Plan eines unter deutscher Herrschaft geeinten Mitteleuropas, das als neuer „Weltwirtschaftsraum“ neben – oder richtiger gegen – Amerika, Rußland und das Empire errichtet werden sollte. Dieser Mitteleuropa-Plan kann ohne weiteres als der Ausgangspunkt der EWG angesehen werden, zumindest in der Rolle, die die westdeutschen Imperialisten diesem „Gemeinsamen Markt“ zugeacht haben, und etwas modifiziert durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt.

Als Ganzes spiegelte der Mitteleuropa-Plan die Machtansprüche des deutschen Imperialismus wider, wenn auch in Einzelheiten der Realisierung die Ansichten vor allem der Politiker etwas auseinandergingen. Sie schwankten zwischen der vollen Zollunion, dem Zollbund mit geringen Zwischenzöllen und dem Abschluß gegen Dritte und – schließlich – Ausbau der Handelsverträge und Zusammenwirken in handelspolitischen Aktionen. Der Fürsprecher der zweiten Auffassung, der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern Delbrück, präziserte am 13. September 1914 die Konzeption des zukünftigen festländischen Europa, wie sie sich in den Plänen eines Teiles der deutschen Imperialisten darstellte:

„Während wir bisher die ‚nationale Arbeit‘ durch hohe Zölle und Tarifverträge mit allen europäischen Staaten zu schützen suchten, soll in Zukunft auf dem großen Gebiete von den Pyrenäen bis zur Memel, vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee, vom Mittelmeer bis Ostsee in der Hauptsache das freie Spiel der Kräfte walten... Die Voraussetzungen, auf denen unsere bisherige Wirt-

schaftspolitik beruhte, liegen nicht mehr vor, wir kämpfen nicht mehr um die Herrschaft auf dem inneren Markte, sondern um die Herrschaft auf dem Weltmarkte, und den übermächtigen Produktionsmöglichkeiten der transatlantischen Welt kann nur ein zollgeintes Europa mit dem nötigen Nachdruck gegenüberreten; wir sollen Gott danken, daß der Krieg uns den Anlaß und die Möglichkeit gibt (!), ein wirtschaftliches System zu verlassen, das den Höhepunkt seiner Erfolge zu überschreiten im Begriffe steht.“<sup>96</sup> (Hervorhebungen bei Fischer.)

Gott für den Krieg danken, der einer kleinen Minderheit eines Volkes die mit Millionen von Blutopfern erkaufte „Möglichkeit“ der Weltherrschaft eröffnet – das entspricht durchaus der Atomtheologie eines Jaspers, Dibelius und ähnlicher „christlicher“ Persönlichkeiten! – Ähnlich, wenn auch nicht mit „christlichen“ Vorzeichen, sieht der Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, von Falkenhäusen – übrigens ein Anhänger der vollen Zollunion –, Aufgabe und Ziel der deutschen Handelspolitik:

„den großen, in sich geschlossenen Wirtschaftskörpern der Vereinigten Staaten, des britischen und des russischen Reiches die Gesamtheit der europäischen, wenigstens der mitteleuropäischen Kontinentalstaaten unter deutscher Führung in gleicher wirtschaftlicher Geschlossenheit gegenüberzustellen; mit dem doppelten Zweck: 1. den Gliedern dieser Gesamtheit (?) vornehmlich Deutschland – die Vorherrschaft auf dem europäischen Markt zu sichern, 2. im handelspolitischen Kampf mit jenen Weltreichen um die Bedingungen der Zulassung zu beiderseitigen Märkten die Gesamtwirtschaft des verbündeten Europa als einheitliche Macht ins Feld führen zu können.“<sup>97</sup>

Der Unterschied zur Gegenwart dürfte bei diesen Versionen einzig und allein darin liegen, daß damals die Kampfansage der deutschen Monopole an Amerika offen ausgesprochen wurde, während der Konkurrenzkampf heute hinter den Kulissen eines „Bündnisses“ geführt wird. – Als Kompensation für den durch diesen Wirtschaftskrieg sich wahrscheinlich verschließenden Überseemarkt sieht Delbrück die „schrakenlose Erschließung des österreich-ungarischen Wirtschaftsgebiets für unsere Industrie“ an, wobei sich die deutschen Monopolherren freundlicherweise bereits zur Übernahme der österreich-ungarischen Industrie bereit erklärt hatten! Der wirtschaftliche Zusammenschluß Mitteleuropas sollte aber lediglich den politischen erleichtern und vorbereiten, da

„den drei etablierten Weltmächten gegenüber die zentraleuropäischen Staaten wirtschaftlich und politisch nur etwas sein (würden), wenn sie nicht mehr getrennt, sondern durch feste wirtschaftliche und staatsrechtliche (!) Bande geeint den Kampf bestehen könnten.“<sup>98</sup> (Ausrufungszeichen bei Fischer)

96 zit. nach: Fischer, S. 306

97 zit. nach: ebenda, S. 309

98 zit. nach: ebenda

Wenn dabei als „höheres Ziel“ vorgegeben wird, durch „die gemeinsamen Wirtschaftsinteressen die politischen Gegensätze innerhalb des Kontinents auf ein erträgliches Maß herabzumildern“, so erhebt sich demgegenüber die Frage – die für uns allerdings schon keine Frage mehr ist –, ob dieses Ziel durch die kapitalistische Wirtschaft in der Epoche des Imperialismus, d. h. der ökonomischen und politischen Herrschaft der nationalen und supranationalen Monopole und Monopolverbände, überhaupt erreichbar ist, da die „gemeinsamen Wirtschaftsinteressen“ unter diesen Bedingungen außerordentlich fragwürdiger Natur sind. Die Krise in der EWG, die ja einen solchen wirtschaftlichen Zusammenschluß imperialistischer Staaten darstellt, etwa anlässlich der Verhandlungen um den Eintritt Englands beweist, wie stark die Widersprüche und Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten sind!

Damit für den Uneingeweihten das deutsche Machtstreben nicht ohne weiteres erkennbar ist, wird es weiter propagandistisch verbrämt mit der angeblichen „Kulturmission“ Deutschlands und – auch das eine durchaus „moderne“ Terminologie! – mit einer Bezugnahme auf das erste deutsche Reich:

„Das Alte Reich lebt auch heute noch weiter. Ganz Südosteuropa ist kulturelles Kolonialland vor unseren Toren . . . Die Politik ist dazu da, den deutschen Werten auch äußerlich Raum zu verschaffen. Stärker wie durch seine Flotte wird England durch den Kulturzusammenhang geschützt, den die angelsächsische Welt darstellt. Einen solchen deutschen Kulturzusammenhang zu schaffen, das ist unsere Aufgabe.“<sup>99</sup>

Um das widerstrebende Österreich für den Zollbund reif zu machen, dessen Zweck „die Verschmelzung des gesamten Gebietes der vertragschließenden Teile zu einer wirtschaftlichen Einheit“ war, wie es Helfferich in einer Denkschrift vom 6. 11. 1915 formulierte, wurde es „mit schweren politischen Mitteln und der ganzen Wucht der Staatsautorität nach außen“ (so Delbrück) „den mitteleuropäischen Zielen in der Lösung der austro-polnischen Frage (wie sie damals noch auf dem Programm stand – G. I.) konfrontiert“. In den „Leitsätzen für die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über das Zollbündnis“ vom November 1915 werden als in den Zollraum aufzunehmende Staaten ausdrücklich die Balkanstaaten, die Türkei, Skandinavien, Belgien, Holland, Polen und Frankreich benannt, die damit praktisch direkt oder indirekt der Herrschaft der deutschen Monopole unterworfen werden sollten.

Der Mitteleuropa-Plan diente jedoch nur den Interessen einer Machtgruppe in Deutschland, die vorwiegend aus dem Bankkapital und der verarbeitenden Industrie bestand. Das Hauptinteresse der Schwerindustrie konzentrierte sich nach wie vor auf die Gewinnung der französischen Erze und der belgischen und französischen Industrie. Eine Liste der Namen und Konzerne, die in dem „industriellen Beirat“, der der „kaiserlichen

Schutzverwaltung“ der lothringischen Erzgruben nach der Eröberung des Gebietes beigegeben war, vertreten waren, ist nicht nur für die damalige Zeit äußerst aufschlußreich. In ihm waren alle Spitzen der deutschen Schwerindustrie vertreten: die Kommerzienräte Röchling, Klöckner, Springorum, die Geheimen Kommerzienräte von Oswald und Kirdorf, die Phoenix AG. für Bergbau und Hüttenbetriebe, Hörde; die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG.; die Rheinischen Stahlwerke Duisburg-Meiderich; die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Hamborn-Bruckhausen (August Thyssen); die Gute-Hoffnungs-Hütte-AG., Oberhausen; Friedrich Krupp AG., Essen; de Wendel & Co., Hayingen, und die Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Dücklingen.<sup>100</sup>

Da nach Ansicht dieser Herren „der Besitz oder Nichtbesitz dieses – außer Schweden – reichsten Erzgebietes des europäischen Kontinents über das Machtpotential an Eisen und Stahl und damit, im Zeitalter der Industrie, auch über die faktische politische und militärische Macht auf dem europäischen Kontinent“ entschied, sollte das 1871 im Frieden von Frankfurt Versäumte jetzt nachgeholt und dieses Gebiet annektiert werden. Welchen Wert die Annexion dieses Gebietes für die Herren von Kohle und Stahl hatte, geht aus einigen Förderungszahlen der Erzgewinnung Deutschlands und Frankreichs hervor:

Die Erzförderung von Longwy-Briey deckte mit 17,58 Millionen Tonnen 81 % der Gesamtförderung Frankreichs, so daß ein Verlust dieser Gebiete die französische Industrie auf Jahre hinaus zum Erliegen bringen mußte, während Deutschlands Schwerindustrie sich nicht nur von der Einfuhr ausländischer (schwedischer und französischer) Erze (jährlich 11 Millionen Tonnen) unabhängig machen würde, sondern selbst Ausfuhr treiben konnte. War es verschiedenen deutschen Monopolen gelungen, durch Beteiligung oder Erwerb sich dort festzusetzen<sup>101</sup>, so wollten sie jetzt alles schlucken. Deshalb

„drängten nun die Verbände der deutschen Schwerindustrie mit aller Macht auf den Erwerb des Gebietes. In immer neuen Eingaben an die Reichs- und preußische Regierung forderten sie die Annexion oder die wirtschaftliche Verfügung über Longwy-Briey. Bethmann-Hollweg hat dieses Ziel immer verfolgt und sich mit Recht im November 1916 gegen die Behauptung des Stahlwerkverbandes gewandt, er sei im Begriff, um jeden Preis mit Frankreich Frieden zu schließen, auch unter Verzicht auf Longwy-Briey. In einem persönlichen Schreiben an Kirdorf, den Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG., hat er gerade die gleichbleibenden Bestrebungen seiner Politik gegenüber Frankreich und Longwy-Briey bekräftigt . . . Als Michaelis Ende August 1917 einen Moment zu schwanken drohte und einen noch so vagen Ausgleich im Westen auf Kosten Longwy-Briey und Belgiens zu suchen beabsichtigte, haben die Sprecher der Industrie ihm versichert, daß sie bereit seien, um Longwy-Briey auch

99 zit. nach: Fischer, S. 311

100 vgl. Fischer, S. 316, Anm. 30

101 vgl. S. 13

noch zehn Jahre Krieg zu führen!“ (Hervorhebung vom Vf.)<sup>102</sup>

Wie im Osten die „Abrundung“ der zu erobernden Gebiete durch die Ostseeprovinzen Rußlands erfolgen sollte, so sollte die Gebietserweiterung im Westen durch Belgien vervollständigt werden, sei es als „Tributärstaat in enger Anlehnung an Deutschland“, sei es in der Form der vollständigen oder teilweisen Annexion. Als Beispiel dafür, wie sich die Schwerindustrie die „Angliederung Belgiens“ dachte, sei hier das Programm, das in einer Eingabe der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie“, des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ (Langnamverein), des „Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Essen-Ruhr“ und der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks dem Reichskanzler übermittelt wurde, wiedergegeben. Darin heißt es:

„Nach siegreichem Kriege ist im Hinblick auf die militärische Sicherung unserer Grenzen und mit Rücksicht auf die Vermehrung unserer Seegelung die Angliederung Belgiens eine unumgängliche Notwendigkeit.“

Nachdem so wieder einmal die Wahrung „gesamtnationaler“ Interessen als Präambel vorangestellt worden war, kommen die konkreten Forderungen, die diesen angeblichen nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes Rechnung tragen sollten:

- „1. Die sozialen Lasten, die von deutschen Erwerbsständen getragen werden, sind den belgischen Erwerbsständen in gleicher Höhe aufzuerlegen.
2. Die sämtlichen Verkehrsmittel (Eisenbahnen, Wasserstraßen, Post, Telegraphen, Kabelwesen) müssen in den Besitz des Deutschen Reiches übergehen oder seinem unmittelbaren wirkungsvollen Einfluß unterstellt werden.
3. Es muß eine Überleitung der belgischen Industrie unter deutschen Einfluß oder in deutschen Besitz stattfinden.
4. Die deutsche Reichswährung und Münzeinheit muß in Belgien eingeführt werden.
5. Das belgische Rechtsleben ist dem deutschen unter voller Berücksichtigung des zunächst im Interesse der Sicherheit des Landes beizubehaltenden Ausnahmezustandes anzupassen.
6. Als Ausgleich für die Angliederung und zur weiteren Sicherung muß die Angliederung anderer fremdländischer Gebietsteile in Aussicht genommen werden, die
  - a) der industriellen Rohstoffversorgung (Eisenerze, Kolonialerzeugnisse) [Erläuterung von Fischer: Longwy—Briey und Kongo];
  - b) der Erzeugung eines erheblichen Überschusses an Nahrungsmitteln (Ostgebiete — d. Vf.);

102 Fischer, a. a. O., S. 319 f.

c) dem vermehrten Absatz industrieller Erzeugnisse;  
d) der Deckung des Bedarfs an ausländischen Arbeitern wegen der zweifellos in Zukunft vermehrten Schwierigkeiten dienen.

7. Belgien muß dem deutschen Zollgebiet angegliedert werden. Jedoch ist in den Zollverhältnissen ein Übergangsstadium vorzusehen, dessen Umfang und Dauer von einer bestimmten Warenliste abhängt, die unter Mitwirkung der beteiligten Erwerbskreise der Industrie, des Handels und der Schifffahrt aufzustellen ist. Bei der Durchführung dieser letzteren Forderung werden sich die deutschen Wirtschaftskörperschaften von dem Bewußtsein leiten lassen, daß die Notwendigkeit militärischer Sicherheit und vermehrter Seegelung unter Umständen Opfer fordert, die der einzelne willig zu tragen hat.“<sup>103</sup>

Selbstverständlich hätten es die Monopole verstanden, die für notwendig erachteten „Opfer“, „die der einzelne“ im Interesse der Durchsetzung ihrer Herrschaftsansprüche „zu tragen hat“, zur gegebenen Zeit auf die kleinen und mittleren Betriebe und auf die Schultern der breiten Massen der Werk tätigen „umzulegen“! In welchem Grade ihnen das möglich war, zeigte uns nicht zuletzt die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in der sich die Monopole noch stärker als in der „guten alten Zeit“ entwickeln konnten.

Noch 1918 (!) war jenes Programm in seinen Hauptzügen die Grundlage der deutschen Belgienpolitik.

Trotz der im allgemeinen sich ständig verschlechternden Kriegslage glaubten die deutschen Imperialisten 1917, noch einmal die Möglichkeit gewonnen zu haben, wenigstens ihre Ziele im Osten erreichen zu können. Als nach dem Siege der russischen Arbeiter und Bauern in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution Lenins Aufruf „An Alle!“ die Aussicht auf die Beendigung des Krieges an der Ostfront eröffnete, wuchsen ihre Ansprüche ins Ungemessene. Zwar hatte die rechte SPD-Führung aus opportunistischen Gründen — um den bereits durch die bürgerliche Februarrevolution in Rußland ausgelösten verstärkten revolutionären Aufschwung in der deutschen Arbeiterklasse abzufangen — die vom Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat bereits am 27. März 1917 verkündete Losung vom schnellsten Friedensschluß „ohne Annexionen und Kontributionen“ auch zu ihrem offiziellen Programm gemacht. Das genügte jedoch — in Verbindung mit dem kaiserlichen Versprechen einer Wahlrechtsreform in Preußen nach dem Kriege — den Imperialisten, ihre Anhänger aus dem Bürgertum und ihre irreführten Mitläufer aus den Reihen der Arbeiterklasse zu alarmieren.

In einem gemeinsamen Aufruf vom 3. 5. 1917, unterzeichnet vom Deutschen Landwirtschaftsrat, dem Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft, dem Bund der Landwirte, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, dem Deutschen Bauern-

103 Fischer, a. a. O., S. 330

bund, dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, dem Raiffeisenverband, dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, dem Mitteldeutschen Fabrikantenverein, dem Bayrischen Industriellenverband, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände, der Kirchlichsozialen Konferenz, dem Deutschen Ostmarkenverein, dem Deutschen Wehrverein, dem Alldeutschen Verband, dem Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden, dem Deutschen Flottenverein, dem Verband deutscher Eisenexporteure, dem Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands und dem Verband Katholischer Arbeitervereine Deutschlands, liefen sie gegen einen sogenannten „Verzichtfrieden“ Sturm:

„Nur ein Friede mit Entschädigungen, mit Machtzuwachs und Landerwerb kann unserem Volke sein nationales Dasein, seine Stellung in der Welt und seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit dauernd sicherstellen.“<sup>104</sup> (Hervorhebung v. Vf.)

In einer von dem Münchner Verleger J. F. Lehmann auf Veranlassung der OHL, d. h. Ludendorffs, herausgegebenen Broschüre „Deutschlands Zukunft bei einem guten und einem schlechten Frieden“, die Ludendorff zur psychologischen Beeinflussung der Truppen im Heere verteilen ließ, wurden die Perspektiven Deutschlands nach einem „Hindenburg-Frieden“ in den verlockendsten Farben gemalt.

„In dieser Schrift wird mit grotesker Verzerrung ‚bei einem deutschen Frieden‘ ‚ein freies Volk mit nur fünf Milliarden Schulden‘ (!) und bei einem ‚Scheidemann-Frieden‘ Deutschland als ‚ein Lohnsklave Englands mit 170 Milliarden Schulden‘ vorausgesagt. Farbige Karten über die Mittelmächte und die russischen Fremdvölker zeigen die deutsche Neuordnung Europas, die Siedlungsmöglichkeiten für das deutsche Volk . . . und die verbreiterte, die deutsche Autarkie sichernde Rohstoffbasis für Kohle, Eisen und Erdöl. Als Ergänzung der europäischen Basis gibt eine andere Karte den künftigen deutschen Kolonialbesitz eines geschlossenen Mittelafrikas wieder. Zu den Kriegskosten aber heißt es bündig: ‚Die Lasten trägt der Feind!‘“<sup>105</sup> (Hervorhebung v. Vf.)

Dem gleichen Zweck der Kriegszielpropaganda diente die ebenfalls im Verlag Lehmann (ab 1. 4. 1917, also zu einem Zeitpunkt, da der Krieg für das wilhelminische Deutschland faktisch bereits verloren war) erscheinende Monatschrift „Deutschlands Erneuerung“, „die einen völkischen Nationalismus in die Bildungsschichten trug und aufs entschiedenste einen ‚Verzichtfrieden‘ sowie eine innere Neuorientierung bekämpfte“<sup>106</sup>. Als Herausgeber fungierten der reaktionäre Historiker Georg

104 Fischer, a. a. O., S. 437

105 Fischer, S. 438

106 ebenda, S. 439

von Below, der naturalisierte Engländer Houston Stewart Chamberlain, der Führer der Alldeutschen, Claß, Geheimrat von Gruber, der Generallandschaftsdirektor a. D. Kapp (!) und der Theologe Reinhold Seeberg, der bereits als Initiator der Intellektuelleneingabe in Erscheinung getreten war.

Die konkreten Bedingungen eines solchen „guten Friedens“ im Sinne der Imperialisten enthüllten die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Bei dieser Gelegenheit enthüllte sich aber auch die Demagogie der platonischen Zustimmung der rechten SPD-Führung zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen; die deutsche Regierung hatte übrigens auf Grund ihrer Erfahrungen mit der „regierungssozialistischen Führerschaft“ deren Haltung durchaus richtig eingeschätzt, als sie die Zustimmung zur Teilnahme deutscher sozialdemokratischer Führer an einem „internationalen sozialistischen Friedenskongreß“ in Stockholm gab. Der Nachfolger Jagows als Staatssekretär des Auswärtigen, Zimmermann, bezweifelte,

„daß die sozialdemokratischen Führer selbst von der Stockholmer Konferenz eine unmittelbare Einwirkung auf die Herbeiführung des Friedens erwarteten. Er nimmt an, daß die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz für sie hauptsächlich propagandistischen Wert habe, um sich in den Augen ihrer Wählermassen immer wieder, dem Parteiprogramm entsprechend, als tätige Förderer des Friedensgedankens auszuweisen und so die Massen lenkbar in der Hand zu behalten. . . Die nationale Aufgabe (?) der Mehrheitssozialdemokratie werde durch das von Zimmermann sicher erwartete Fehlschlagen des Kongresses erleichtert, weil dadurch ihre Anhängerschaft von ihren pazifistischen Ideen geheilt werde: Kämen die Abgesandten aus Stockholm mit einem Mißerfolg zurück, so werde ‚die gesamte Partei dadurch im deutschen nationalen Sinne fester geschlossen und gekräftigt werden‘ . . .

„Im unmittelbaren Angesicht des Sieges wird auch die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr aufs Verzichten gestimmt sein. Bei günstiger Weiterentwicklung der militärischen Lage wird sie vielmehr desto sicherer für alle zum Wohle des Vaterlandes nötigen Forderungen an den Feind zu gewinnen sein, je schlechtere Erfahrungen sie inzwischen mit ihren fremden Parteigenossen gemacht hat.“<sup>107</sup>

Ein vernichtenderes Urteil kann wohl kaum über eine sogenannte „Arbeiterpartei“ gesprochen werden als dieses eines überzeugten Verfechters der imperialistischen Kriegsziele Deutschlands. Und doch zeigte die weitere Entwicklung, wie richtig diese Einschätzung war, als die revisionistische SPD- und Gewerkschaftsführung die Proteststreiks der Arbeiterklasse gegen die Forderungen, die die deutschen Imperialisten in den „Friedensverhandlungen“ in Brest-Litowsk stellten, abwürgte.

Die deutschen Friedensbedingungen, die der russischen Delegation vorgelegt wurden, standen in diametralem Gegen-

107 Fischer, S. 502



satz zu den Prinzipien, die Lenin und die Sowjets bei ihren Vorschlägen geleitet hatten und auf die Ludendorff als der damalige „starke Mann“ einging. Regierung und OHL ließen sich dabei nach ihren eigenen Stellungnahmen von dem Gedanken leiten, daß die Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der nichtrussischen Völker – die im europäischen Teil Rußlands zumeist bereits unter deutschem Okkupationsregime standen – durch die Bolschewiki die Durchsetzung der kaiserlich-deutschen Kriegsziele im Osten ermöglichen würde, sei es durch direkte Angliederung der Ostseeprovinzen, sei es unter dem Deckmantel nominell autonomer Staaten „unter engster Anlehnung an Deutschland“. Unter Ausnutzung der äußerst schwierigen Lage, der sich die Bolschewiki infolge der Desorganisation der Armee einerseits und der konterrevolutionären, von den Imperialisten geförderten Umtriebe andererseits gegenüber sahen, zwangen die deutschen Imperialisten dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat den Frieden von Brest-Litowsk auf. Dabei

„spielen in der Argumentation der Deutschen ideologische Momente keine oder höchstens eine sekundäre Rolle. Zu Erreichung ihres ‚Sicherungsprogramms‘ war es für die deutsche Reichspolitik nur von nachgeordneter Bedeutung, ob sie es mit dem Zaren oder mit Kerenski, mit Lenin oder einer konterrevolutionären Regierung zu tun hatte – die Hauptsache war, daß sich die jeweiligen Machthaber in Rußland einem Frieden nach den deutschen Bedingungen unterwarfen. Dabei konnte es im Sinne der deutschen Destruktions- und Revolutionspolitik in Rußland nur günstig sein, wenn dies Rußland in eine Vielzahl von schwachen, anlehnungsbedürftigen Einzelstaaten und einen geschwächten Reststaat zerbröckelte . . .“<sup>108</sup> (Hervorhebung v. Vf.)

Selbstverständlich hatten sich bereits in die vorbereitenden Verhandlungen der Regierung und der OHL über die Friedensbedingungen, die Rußland aufzuerlegen waren, die Konzernherren der Schwerindustrie eingeschaltet und ihre Forderungen angemeldet, die sämtlich darauf hinausliefen, Rußland zum ausschließlichen Ausbeutungsobjekt Deutschlands zu machen. Es würde hier zu weit führen, diese Forderungen noch einmal im einzelnen aufzuführen. Helfferich faßte diese in einer Erklärung an den Staatssekretär des Äußern vom 2. Januar 1918 dahingehend zusammen,

„daß in den Friedensvertrag mit Rußland Bestimmungen aufzunehmen seien, die nicht nur die Rohstoffquellen Rußlands sichern, sondern auch die englisch-amerikanische Konkurrenz vollständig ausschalten und den russischen Markt uneingeschränkt dem deutschen Kapital öffnen sollten.“<sup>109</sup>

Ebenso erklärte der deutsche Handelstag,

„daß Rußland, nachdem Polen, Finnland und die baltischen Länder durch Annexion abgetrennt sind, durch Oktroyierung

entsprechender wirtschaftlicher Verträge zum Ausbeutungsobjekt gemacht werden soll.“<sup>110</sup>

Neben dem klar ausgesprochenen Willen, Rußland zum Ausbeutungsobjekt des deutschen Imperialismus zu degradieren, wurde die deutsche Politik auch von der Absicht bestimmt – das trat besonders deutlich in der Ukraine-Politik Deutschlands zutage –, Rußland durch den Raub seiner wichtigsten Rohstoff- und Kornkammern entscheidend zu schwächen, der sich entwickelnden Arbeiter-und-Bauern-Macht den Boden zu entziehen und Rußland zum Spielball der imperialistischen Interessen Deutschlands zu machen.

Die Notwendigkeit, Rußland den Frieden zu geben, um die von der Arbeiter-und-Bauern-Macht errungenen Positionen zu festigen und weiter auszubauen, die Schäden des Krieges zu heilen und die Konterrevolution niederzuschlagen, zwang die Regierung Sowjetrußlands, die unverschämten Friedensbedingungen zu akzeptieren. Die deutschen Imperialisten glaubten sich im Osten am Ziel ihrer Wünsche, zumal sie sich durch den Friedensschluß keineswegs an dem Versuch hindern ließen, ihre Macht noch weiter auszubauen, und sich außerdem der trügerischen Hoffnung hingaben, daß die Sowjetmacht in Rußland nur von kurzer Dauer sein werde. Da aber stießen sie zum ersten Male auf den entschlossenen Widerstandswillen des russischen Volkes. Die Rote Armee zwang die imperialistischen Interventionen zum Rückzug.

Die deutschen Imperialisten sahen sich jedoch auch in der Erwartung getäuscht, daß die Beendigung des Krieges im Osten ihnen nun auch die Erreichung ihrer westlichen Kriegsziele möglich machen würde. Der Ausbruch der Novemberrevolution in Deutschland setzte dem Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus ein vorläufiges Ende; denn mit dem Ausgang des ersten Weltkrieges wurde der deutsche Imperialismus geschlagen, aber nicht vernichtet. Trotzdem mußte er seine wahnwitzigen Pläne vorläufig zurückstellen, dachte jedoch – wie die Folge zeigte – nicht daran, sie aufzugeben.

#### 4. Zwischen zwei Weltkriegen

„In ihrem blinden antikommunistischen Haß, in ihrer Gier nach Revanche und Eroberungen lieferten die deutschen Monopolkapitalisten schließlich die Weimarer Republik dem Abschau des deutschen Volkes, den chauvinistischen und faschistischen Kräften, aus.“

(Nationales Programm)

In der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatten die Völker Rußlands das Joch der in- und ausländischen Imperialisten zerbrochen und mit dem Aufbau einer neuen Welt, frei

108 Fischer, S. 631

109 Fischer, S. 635

110 ebenda, S. 634

von nationaler und sozialer Unterdrückung und Ausbeutung, begonnen. Die deutsche Arbeiterklasse hatte – durch dieses Beispiel angespornt – zumindest erreicht, daß dem vom deutschen Imperialismus entfesselten Völkermorden ein Ende gemacht wurde. Zugleich aber schufen die besten und fortschrittlichsten Männer und Frauen der deutschen Arbeiterklasse in der KPD die Führungskraft im antiimperialistischen und antimilitaristischen Kampf der deutschen Arbeiter.

Der Mißerfolg bei ihren Weltmachtbestrebungen, den die deutschen Imperialisten als Ergebnis des ersten Weltkrieges hinnehmen mußten, einerseits, das Entstehen eines sozialistischen Staates und die immer stärker werdenden Auswirkungen seiner Politik auf die deutsche Arbeiterklasse andererseits bestimmten die Politik der deutschen Imperialisten seit der Novemberrevolution bis zum heutigen Tage. Revanchismus und Antikommunismus wurden seitdem die tragenden Pfeiler ihres politischen Handelns, das ideologische Mäntelchen, unter dem sie ihre niemals aufgegebenen Weltherrschaftspläne zu verbergen suchten.

Die mangelnde Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse im revolutionären Kampf und die verräterische Politik der SPD-Führung, die es verstand, durch scheinsozialistische Parolen große Teile der Arbeiterklasse zu desorientieren, während sie mit dem Monopolkapital paktierte, hatten es dem deutschen Imperialismus und Militarismus ermöglicht, seine ökonomische Basis nahezu unangetastet über die Novemberrevolution hinwegzubringen. Wenn auch die deutschen Monopolherren einige Einbußen durch den Verlust Elsaß-Lothringens (Kali!) und Ostoberschlesiens (Kohle!) hinnehmen mußten, so verstanden sie es doch sehr bald, dieses Manko durch verstärkte Konzentration, verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und mit Hilfe ausländischen, besonders amerikanischen Kapitals auszugleichen.

Selbstverständlich konnten die Herren von Kohle und Stahl in der Zeit der Weimarer Republik ihre aggressiven Ziele nicht mehr mit der gleichen brutalen Offenheit propagieren wie in den „guten alten Zeiten“ Kaiser Wilhelms II. Gegenüber dem Westen verbot sich das schon durch ihre finanzielle Abhängigkeit vom amerikanischen Monopolkapital, das zwar den aggressiven deutschen Imperialismus als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ recht gern akzeptierte, aber keineswegs die Absicht hatte, ihn so weit erstarken zu lassen, daß er den amerikanischen Weltherrschaftsplänen erneut gefährlich werden konnte. Im Hinblick auf die sozialistische Sowjetunion aber mußte er zumindest in den ersten Jahren der Weimarer Republik sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen.

Das war einmal bedingt durch die ökonomischen Interessen eines Teiles der deutschen Großbourgeoisie, der im „Rußlandgeschäft“ Profitmöglichkeiten witterte. Der Hauptexponent dieser Richtung des deutschen Monopolkapitals war Dr. Walter Rathenau, der als Außenminister der Weimarer Republik

seine Unterschrift unter den Vertrag von Rapallo setzte, welcher die Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland regelte und wohl als erstes Beispiel friedlicher Koexistenz in die Geschichte eingegangen ist.<sup>111</sup> Daß es sich bei den Kreisen, die diese objektiv auch den Interessen Deutschlands dienende vernünftige Politik des deutschen Reichskanzlers Dr. Wirth begrüßten und unterstützten, wirklich nur um eine kleine Teilgruppe der deutschen Großbourgeoisie handelte, zeigte sich schon anlässlich der unmittelbar auf die Vertragsunterzeichnung einsetzenden Mordhetze, der zunächst Dr. Rathenau zum Opfer fiel. Auch Dr. Wirth mußte der verständigungsfeindlichen antisowjetischen Politik des mit der rechten SPD-Führung verbündeten deutschen Monopolkapitals weichen.

In noch weitaus größerem Maße aber als die großenteils von geschäftlichem Interesse diktierten außenpolitischen Erwägungen zwang die deutsche Arbeiterklasse mit der KPD an der Spitze die deutschen Imperialisten, ihre nie aufgegebenen expansiven Absichten zu tarnen. Das schloß allerdings nicht aus, daß sie – genauso wie einst – Organisationen finanzierten, deren Aufgabe es war, die gefährlichsten Gegner aus dem Wege zu räumen und dem deutschen Volke Chauvinismus, Revanchismus und Antikommunismus einzupumpfen. Der spätere Vorsitzende der „Antibolschewistischen Liga“, deren Terror am 15. Januar 1919 die besten Führer der deutschen Arbeiterklasse, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zum Opfer fielen, berichtete über die Gründungsversammlung dieser Vereinigung von Mördern und Terroristen:

„... Da erhob sich in der Ecke rechts hinter mir ein kleiner Mann... Ich kannte ihn nicht, aber die Anwesenden zeigten mir sofort durch ihr Verhalten, daß sie ihn nicht nur kannten, sondern respektierten, irgendwie als Autorität empfanden. Es war Hugo Stinnes. In die geheimnisvolle Stille des Saales hinein sagte er mit einem Minimum von rednerischem Aufwand, aber mit einer sehr klaren und bestimmten Stimme: „Ich bin der Meinung, daß nach diesem Vortrag jede Diskussion überflüssig ist. Ich teile in jedem Punkte die Ansicht des Referenten. Wenn deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie (!) von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann sind wir nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden. Ich beantrage Schluß der Sitzung und bitte die Herren Mankiewitz, Borsig, Siemens, Deutsch u. s. w. (er nannte etwa 8 Namen), sich mit mir in ein Nebenzimmer zu begeben, damit wir sofort über den Modus der Umlage klarwerden können.“

111 vgl. dazu: „Rapallo – gestern und heute“ (Als Manuskript gedruckt Halle 1962. Gekürztes Protokoll der Tagung des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle, des Bezirksverbandes Halle und der Hochschulgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft der Martin-Luther-Universität)

Der sog. „Antibolschewistenfonds“ floß nun durch alle möglichen Kanäle in die Anfang 1919 einsetzende gewaltige antibolschewistische Bewegung: Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus, „Antibolschewistische Liga“, „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“, „Bürgerratsbewegung“, „Werbebüros für die Freikorps“, „Selbstschutzorganisationen“, Studentenarbeitsstellen. Bis in die Kassen der aktiven Truppen, ja bis in die Kassen der Sozialdemokratischen Partei (!) hinein. Sofern die betreffende Gruppe „antibolschewistisch“ wirken wollte, mit welchen Mitteln auch immer, durfte sie auf Unterstützung aus dem Fonds rechnen.“<sup>112</sup>

Das Beispiel Dr. Rathenaus zeigt, daß das deutsche Monopolkapital jedoch nicht einmal vor seinen eigenen Klassengenossen haltmachte, sofern diese einmal wider den Stachel zu löken wagten, wobei hier noch ein weiterer Faktor wirksam wurde, der in immer stärkerem Maße das Gesicht all dieser sogenannten „völkischen“ und „nationalen“ Verbände, Vereinigungen und Organisationen prägte: der Antisemitismus.

Noch flossen die von den deutschen Monopolkapitalisten zur Bekämpfung der von ihnen klar erkannten „kommunistischen Gefahr“ den verschiedensten Organisationen zu. Doch erkannten bereits damals einige von ihnen, wie Kirdorf und Thyssen, daß in der NSDAP das Instrument für ihre offene Diktatur entstand. Je mehr diese sogenannte „Arbeiterpartei“ in die ihr zugedachte Rolle hineinwuchs, um so stärker konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der deutschen Imperialisten besonders auch in der Gestalt finanzieller Zuwendungen auf diese Partei, um so offener traten sie auch mit ihren aggressiven Absichten hervor.

Nachdem mit dem Vertrag von Locarno die Politik von Rapallo endgültig aufgegeben war, wurde die Aufrüstung Deutschlands immer unverhüllter vorangetrieben. Während die KPD den Kampf gegen das Versailler Friedensdiktat, für die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes führte, wurde von den Wortführern der deutschen Imperialisten die Forderung nach einer Revision von Versailles vorwiegend im Hinblick auf die Rüstungsbeschränkung erhoben, die die deutschen Konzernherren allerdings nie daran gehindert hatten, insgeheim schon immer für die Wiederaufrüstung zu sorgen.

Lassen wir hierzu den prominentesten „Wehrwirtschaftsführer“ des „Dritten Reiches“, Gustav von Krupp und Bohlen-Halbach, selbst Zeugnis ablegen. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß verlas der Ankläger der Vereinigten Staaten, Mr. Thomas J. Dodd, folgende bezeichnende Passagen aus dem Entwurf eines Vortrags Krupps im Januar 1944 in der Berliner Universität:

„Kriegsmaterial ist lebensparend (!) für das eigene Volk, und stolz darf sein, wer auch immer in dieser Sphäre werkt und

<sup>112</sup> E. Stadler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 46/49, zit. nach: Paterna, Das historische Recht auf Führung der Nation . . .

wirkt (!). Hier findet Unternehmertum seine höchste Bewährung. Diese Bewährung . . . erhärtete sich besonders in der Zeit des „Interregnums“ zwischen 1919 und 1933, als Deutschland entworfen darniederlag . . .

Es ist das (richtiger sollte es wohl heißen: der . . . — G. I.) große Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen schlimmen Jahren nicht untätig gewesen ist, mochte auch aus einleuchtenden Gründen ihre Tätigkeit dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. In jahrelanger stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zur gegebenen Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für die deutsche Wehrmacht bereit zu stehen.

„Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums, aber auch auf Grund der Erfahrungen, die mittlerweile durch Erzeugung von Friedensprodukten gewonnen wurden, konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluß an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht . . . werden . . . Es war notwendig, neue Rohmaterialien zu erschließen und zu experimentieren, Geldmittel zu investieren, um Deutschlands Volkswirtschaft unabhängig und stark, mit einem Worte, um sie kriegsstark zu machen.“<sup>113</sup> (Hervorhebungen vom Vf.)

Diesem Ziel — Militarisierung der Volkswirtschaft zur Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges — steuerte der deutsche Imperialismus auch in der Weimarer Republik, die heute in Westdeutschland in so hohen Tönen als die „vollkommenste Demokratie“ gepriesen wird, zu. Welche Zielrichtung diesem Angriffskrieg gegeben werden sollte, darüber bestand in den monopolkapitalistischen Kreisen volle Einmütigkeit, und Hitler hatte es laut und deutlich verkündet:

„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben . . .“<sup>114</sup>

Da war sie wieder — die einst vom Alldeutschen Verband aufgebrachte These vom „deutschen Lebensraum“, den sich das deutsche Volk im Osten und in Übersee suchen müsse, frisch aufpoliert und mit einer neuen ideologischen Verbrämung versehen: dem Antikommunismus. Hatten es doch die Völker des Zarenreiches gewagt, die Lehre des Marxismus in die Praxis umzusetzen und sich von der Ausbeutung durch den in- und ausländischen Imperialismus zu befreien! Und dieses Beispiel wirkte anfeuernd auf die Arbeiterklasse der anderen imperia-

<sup>113</sup> „Der Nürnberger Prozeß“, Bd. II, Berlin 1957, S. 32/33  
<sup>114</sup> ebenda, S. 39

listischen Staaten, in ganz besonderem Maße aber in Deutschland, wo diese doppelte Ausbeutung durch den deutschen und amerikanischen Imperialismus sich am stärksten auf die Arbeiterklasse auswirkte.

Es war auch nicht mehr die so gefügige SPD-Führung, die sich den Imperialisten als „Vertreterin der Arbeiterinteressen“ präsentierte und mit der die Monopolherren so verständnisvoll und leicht paktieren konnten. Vielmehr war der deutschen Arbeiterklasse in der KPD endlich die Partei erwachsen, die in ihrem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ den richtigen Weg wies und deren unermüdlicher Kampf für die echten nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes eine magnetische Anziehungskraft auf die deutschen Arbeiter ausübte. Die gesamt-nationale Krise und die dadurch herangereifte revolutionäre Situation in Deutschland machten immer deutlicher, daß die „herrschende Klasse nicht mehr mit den bisherigen Mitteln regieren konnte und deshalb zu den Mitteln des Terrors und der Gewalt griff“.

Die deutschen Imperialisten hatten weit früher als große Teile des deutschen Volkes, besonders des Kleinbürgertums, den arbeiterfeindlichen Charakter der NSDAP erkannt und deshalb bereits in der „Harzburger Front“ mit ihr ein enges Bündnis geschlossen, das alle reaktionären und antinationalen Kräfte in Deutschland vereinte. Sie sahen immer klarer, daß auch die verschleierte Notstands-diktatur der Regierungen Brüning und Papen, ja selbst der falsche nationale Nimbus des „greisen Generalfeldmarschalls von Hindenburg“ den Zusammenbruch ihrer Herrschaft nicht mehr aufhalten konnte und daß ihre Weltherrschaftspläne endgültig zum Scheitern verurteilt waren, wenn es ihnen nicht gelang, die Arbeiterklasse in Deutschland und vor allem die KPD auszuschalten. Der Abbau der sogenannten Weimarer „Demokratie“ allein genügte nicht mehr; jetzt mußte an ihre Stelle, mit der sie ihre Diktatur getarnt hatten, die offene terroristische Diktatur der aggressivsten Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie treten.

Das erschien ihnen um so notwendiger, als die Warnung Thälmanns „Hitler – das ist der Krieg!“ immer breitere Kreise der Arbeiterklasse zum Nachdenken und damit auf die richtige Seite führte – ein Prozeß, der anlässlich der letzten Reichstagswahl 1932 zu einem beträchtlichen Stimmenverlust der NSDAP und zu einem ebenso beträchtlichen Anwachsen der für die KPD abgegebenen Stimmen führte. Hier war Gefahr für die Imperialisten im Verzuge, und so beeilten sie sich, Hitler und seine Partei als Sachwalter ihrer Interessen schleunigst in den Sattel zu heben, da sie nach der bereits im Düsseldorf-Industrieklub vor den führenden Vertretern der deutschen Großbourgeoisie erfolgten Darlegung des wahren Charakters seines demagogisch aufgezogenen Programms sicher sein konnten, daß er das Pferd sowohl innen- wie außenpolitisch in die von ihnen geforderte Richtung lenken würde. Da-

mit glaubten sie endlich auf dem richtigen Wege zu sein, um nunmehr ihr Weltmachtstreben erfolgreich durchsetzen zu können; um so mehr als Hitler von Anfang an die Hoffnungen und Wünsche seiner Hintermänner und Auftraggeber nicht enttäuschte, die Arbeiterklasse und das deutsche Volk der kümmerlichen Reste ihrer demokratischen Errungenschaften beraubte und sofort nach seiner „Machtübernahme“ mit den Kriegsvorbereitungen begann.

Es ist eine lange Liste von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen Völkerrecht und Völkerfrieden und von Vertragsbrüchen, die die Akten des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses enthüllen – Verbrechen, begangen von Beauftragten der deutschen Monopole „im Namen des deutschen Volkes“, verübt von den gleichen Männern, die heute in Westdeutschland noch immer über das Geschick eines Teiles der deutschen Nation bestimmen. Mit dem Terror nach innen – gegen alle demokratischen Kräfte, auch aus den Kreisen des Bürgertums – begann es, mit der Aggression und dem Überfall auf friedliche Völker endete es – genau nach dem Rezept der deutschen Imperialisten. Die Lüge von der kommunistischen Brandstiftung im Reichstagsgebäude lieferte den Vorwand für die Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen gegen die fortschrittlichsten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse; das Märchen vom polnischen Überfall auf den Sender Gleiwitz war der Auftakt zum Inferno des zweiten vom deutschen Imperialismus entfesselten Weltkriegs!

Die dazwischenliegenden Jahre sind ausgefüllt mit Maßnahmen, die alle nur einem Ziele dienen: dem deutschen Imperialismus endlich die gewaltsame Neuaufteilung der Welt zu ermöglichen, wobei allerdings nie versäumt wurde, als Begleitmusik die Friedensschalmei zu blasen! Die gesamte Volkswirtschaft, der Staatsapparat, Kunst und Wissenschaft – soweit bei der ausgesprochen kulturfeindlichen Tendenz des Faschismus davon überhaupt die Rede sein konnte – wurden „gleichgeschaltet“ und in einem bisher ungekannten Ausmaße in den Dienst der Monopolinteressen, des deutschen Imperialismus und Militarismus gestellt.

Die „Neuordnung Europas“, wie der faschistische terminus technicus für die deutschen Weltherrschaftspläne lautete, wurde vorbereitet durch die „Wiederwehraftmachung des deutschen Volkes“ und eingeleitet mit der Annexion Österreichs, nachdem dort durch die Fünfte Kolonne der NSDAP der Boden genügend vorbereitet schien. Damit wurden die Träume der deutschen Imperialisten aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, die immerhin „nur“ auf einen engen wirtschaftlichen Anschluß – allerdings des gesamten österreich-ungarischen Staatsgebietes – hinausgelaufen waren, in einem weitaus größeren Umfange Wirklichkeit, vor allem, als trotz der heuchlerischen Erklärungen Hitlers, Deutschland habe nach dem „Anschluß“ Österreichs keine territorialen Forderungen mehr in

Europa, das gleiche Manöver mit der kalten Annexion der ČSR erfolgreich durchgeführt wurde.

Wer die Hauptinteressenten an dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Österreich waren, geht aus zwei Protokollen hervor. Am 17. März 1937 versammelten sich bei Göring eine Anzahl führender Eisenindustrieller, darunter Paul Goerens und Hans Günther Sohl als Vertreter von Krupp, Ernst Poensgen, Albert Vögler und Hermann Wenzel von den Vereinigten Stahlwerken (von denen Vögler und Wenzel außerdem noch einige andere Konzerne der Schwerindustrie vertraten), Hermann Rohne von der Ilseder Hütte in Peine, Hermann Röchling von den Röchlingschen Stahlwerken in Völklingen/Saar. In dieser Sitzung führte Göring unter anderem aus:

„Auch in Österreich lägen noch viele Vorkommen (an Erzen), an die man herankommen müsse . . . Es sei wichtig, daß der Boden Österreichs im Kriege zu Deutschland rechne . . . Man stehe jetzt in den entscheidenden Jahren der Vorbereitung (des zweiten Weltkrieges) . . . Er habe das Bild, daß sich für ein von der Welt abgeschnittenes Deutschland die Versorgungsmöglichkeiten durch Österreich erheblich verbessern ließen . . .

In der Aussprache lobte Vögler (Vereinigte Stahlwerke) die österreichischen Erze über alle Maßen und erklärte, . . . im A-Falle (d. h. Kriegsfall) könne man mit 6 Millionen Tonnen aus Österreich jährlich rechnen.

Göring schloß die Beratung mit den Worten:

Er habe heute einen sehr glücklichen Eindruck von den Verhandlungen und (sehe), . . . daß er die Mitarbeit der Industrie in dem für Deutschland notwendigen Ausmaße besitze.“

(Nach den Akten des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg, Dok. Nr. NJ-090)<sup>115</sup>

Am gleichen Tage beschäftigte sich auch die Direktion der IG Farben mit den „erfreulichen“ Folgen, die sich für sie aus der Annexion Österreichs ergeben sollten:

„Laut Protokoll führte das Vorstandsmitglied Dr. Ilgner aus: Soweit Beteiligungspläne der IG in Österreich bestehen, ist dazu zu bemerken, daß die IG bereits seit Jahren bemüht ist, den Anschluß wirtschaftlich durch Zusammenarbeit und Einflußnahme auf Österreichs chemische Industrie zu untermauern . . . Herr Dr. Ilgner ist der Ansicht, daß es unlogisch wäre, wenn wir die seit 2 Jahren im Hinblick auf künftigen Anschluß geführten Verhandlungen jetzt, wo der Anschluß Wirklichkeit geworden ist, plötzlich aufgeben würden . . .

Die Aussprache wendet sich daraufhin der Frage zu, welches Ziel sich die IG für die weiteren Verhandlungen in Österreich stellen muß. Die Aussprache ergibt Übereinstimmung darüber, daß das Ziel der IG sein müsse, die bisher schon in Aussicht genomme Fusion von SWW (Skoda-Werke Wetzlar) mit den

<sup>115</sup> zit. nach: Felix Romanik, Österreich, 1933-45, phil. Diss., Wien 1952, S. 216-235, bei: Paterna, Das historische Recht . . ., S. 130

österreichischen DAG-Firmen in der Weise durchzuführen, daß die IG dabei eine Majorität von 75 % (gegebenenfalls von 51 % mit einer Option auf die restlichen 24 %) erhält . . .“<sup>116</sup> (Hervorhebung vom Vf.)

Da im allgemeinen kapitalistische Geschäftsabschlüsse mit gewissen Spesen verbunden sind, „spendeten“ die IG Farben für ihr Geschäft mit dem Tode in elf Jahren des „Tausendjährigen Reiches“ die Kleinigkeit von 84 Millionen Mark, in denen die „Spenden“ der ebenfalls vom IG-Konzern gehörigen Leunawerke, Buna-Werke und Kalle & Co. nicht mit einbegriffen sind. Kaum jemals dürfte freilich eine „Kapitalanlage“ für ein Monopol gewinnbringender gewesen sein als diese „Spenden“, mit denen sie Hitlers Kriegsvorbereitungen unterstützten. Damit sicherten sie sich nicht nur Millionenprofite durch die Lieferung der Vernichtungsmittel für die Konzentrationslager und die unbeschränkte Ausbeutung der Häftlinge bis zu deren physischer Vernichtung, sondern „erwarben“ auch die Verfügungsgewalt über die gesamte chemische Industrie in den „besetzten Gebieten“.

„Glaube nicht, daß Hitler alles kann ohne Krieg!“ warnte das Zentralkomitee der KPD in einem Aufruf von Anfang Oktober 1938 das deutsche Volk. Es sollte kein volles Jahr mehr vergehen, bis diese Voraussage, ebenso wie die Warnung Ernst Thälmanns: „Hitler – das ist der Krieg!“, zur furchtbaren Wahrheit für das deutsche Volk wurde. Mit seinem Überfall auf Polen entfesselte der deutsche Imperialismus den zweiten Weltkrieg zur Durchsetzung seiner Weltherrschaftspläne als Fortsetzung seiner Eroberungspolitik vor 1914. Auch die Tatsache, daß die Regierungen der übrigen imperialistischen Großmächte ebenfalls ein gerütteltes Maß an Schuld tragen, da sie in ihrem antikommunistischen Wahn die Augen vor der wirklichen Gefahr des deutschen Imperialismus verschlossen und alle Vorschläge der Sowjetunion auf Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit ablehnten, kann die Hauptverantwortlichkeit des deutschen Imperialismus für diese weltweite Katastrophe nicht mindern.

Mit Milliardenwerten vernichteter materieller Güter, mit Millionen Toten mußte die Welt es bezahlen, daß das deutsche Volk sich nicht aus eigener Kraft von seinen eigenen und der gesamten Welt Verderbern, den deutschen Imperialisten, befreit hatte, obwohl die KPD als Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse nicht müde geworden war, nicht nur in platonischen Warnungen die Gefahr aufzuzeigen, sondern im heldenhaften Widerstandskampf selbst die schwersten Opfer zu bringen und so ein Beispiel zu geben – aus tiefer Liebe zu unserem Volke und seinen echten humanistischen Traditionen, die vom deutschen Imperialismus in so schmachlicher Weise seit Jahrzehnten mißbraucht und verraten worden waren.

<sup>116</sup> zit. ebenda, S. 131

## 5. „Europäische Integration“ und Abendland-Ideologie – Ausdruck des Weltherrschaftsstrebens der westdeutschen Monopole

*„Nach der Katastrophe zweier Weltkriege hat es die Geschichte unwiderlegbar bestätigt, daß eine Politik der imperialistischen Aggression Deutschland nur in sein Unglück führt und führen kann und daß die einseitige Bindung Deutschlands an die imperialistischen Westmächte den nationalen Interessen des deutschen Volkes entgegensteht.*

*In dem historisch kurzen Zeitraum von 1871 bis 1945 hat die deutsche Großbourgeoisie schlüssig bewiesen, daß ihre Herrschaft über Deutschland unvereinbar ist mit den Interessen, mit der Existenz, mit der Einheit und dem Glück des deutschen Volkes.“*

(Nationales Programm)

Der deutsche Imperialismus hatte auch in dem zweiten von ihm entfesselten Weltkrieg eine Niederlage hinnehmen müssen, die in noch höherem Maße als im ersten Weltkrieg Ausdruck einer historischen Gesetzmäßigkeit war. Zweimal bereits wirkte sich die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, die der Imperialismus leugnet, gegen ihn aus, und doch gelüstet es die deutschen Monopolkapitalisten nach einem dritten Versuch, für den sie sich durch ihre Verbindung mit den imperialistischen Westmächten bessere Chancen errechnen.

Sie wollen es nicht wahrhaben, daß die Niederlagen des deutschen Imperialismus ihre Ursachen nicht in irgendwelchen Zufälligkeiten hatten, die sich der Berechnung und Planung entzogen, daß das deutsche Heer 1918 nicht „dem Dolchstoß der Heimat in den Rücken der kämpfenden Front“ erlag, wie dies vor allem die faschistische Propaganda demagogisch verbreitete, und daß die Sowjetunion ihren Sieg im zweiten Weltkrieg nicht einem imaginären „General Winter“ zu verdanken hatte. Der deutsche Imperialismus verlor beide Male das Spiel, „weil er die reaktionärsten, überlebtesten gesellschaftlichen Kräfte verkörperte, weil seine Kriegsziele die räuberischsten von allen waren, weil er den ungerechtesten Krieg führte und weil er es war, der als Hauptstoßkraft des Weltimperialismus gegen die Sowjetmacht handelte“. So analysierte Walter Ulbricht die erste der objektiven Gesetzmäßigkeiten, die in beiden Weltkriegen die Niederlage des deutschen Imperialismus unvermeidlich machten.

Aus diesem durch die historischen Besonderheiten seiner Entwicklung bedingten Charakter des deutschen Imperialismus lassen sich unschwer die beiden weiteren Gesetzmäßigkeiten ableiten, die Walter Ulbricht aufführt: seine menschenfeindlichen Ziele, um derentwillen er den Völkern der Welt, das deutsche Volk eingeschlossen, unermeßliches Leid berei-

tete, und die un reale Einschätzung des Kräfteverhältnisses, die antagonistischen Widersprüche zwischen seinem Willen zur Weltherrschaft und den politisch-moralischen, ökonomischen und militärischen Potenzen, die ihm zur Verwirklichung dieser expansiven Ziele zur Verfügung standen.

Die nationale Katastrophe, in die der zweite Weltkrieg einmündete, eröffnete dennoch dem deutschen Volke die Möglichkeit, endlich die Lehren aus den letzten hundert Jahren seiner Geschichte zu ziehen, die verderblichen Traditionen über Bord zu werfen und sich der Todfeinde seiner nationalen Existenz, der deutschen Militaristen und ihrer imperialistischen Antriebe und Hintermänner, zu entledigen. Es gab nach der Zerschlagung der faschistischen Diktatur in ganz Deutschland eine Kraft, die willens und in der Lage war, diese große Chance zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat zu nützen: die deutsche Arbeiterklasse. Sie war es, die nach Überwindung der unseligen Spaltung in ihren Reihen unter der Führung einer geeinten marxistisch-leninistischen Partei und mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht, im Bündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften, in einem Teil Deutschlands die volksdemokratische Revolution durchführte. In Ostdeutschland wurden Faschismus und Militarismus restlos beseitigt und den imperialistischen Kriegsverbrechern durch die politische und ökonomische Entmachtung ein für allemal das Heft aus der Hand genommen.

In Westdeutschland waren für einen Neubeginn objektiv die gleichen Voraussetzungen gegeben. Auch hier drängten weite Kreise der Arbeiterklasse auf eine Überwindung der Spaltung, die 1933 das Zurmachtkommen des Faschismus begünstigt hatte und die im gemeinsamen Widerstandskampf gegen die übermächtige faschistische Diktatur in vielen Fällen bereits überwunden worden war. Während jedoch in Ostdeutschland die sozialistische Besatzungsmacht die Bemühungen der Arbeiter unterstützte, legten die imperialistischen Siegermächte in der Tri-Zone gegen alle auf eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien abzielenden Bestrebungen ihr Veto ein. Wieder fanden sie hierbei in der rechten SPD-Führung einen Verbündeten, da diese eine Stillhaltepolitik betrieb, durch die sie die vom amerikanischen Monopolkapital Schritt für Schritt vorangetriebene Restaurierung des deutschen Imperialismus unterstützte. Dabei handelte es sich auf beiden Seiten allerdings nur um die konsequente Fortsetzung einer Politik, die sie bereits in der Weimarer Republik und der faschistischen Diktatur betrieben hatten und die auf dem gleichen Boden wurzelte: dem Antikommunismus.

*„In der Novemberrevolution diente die Haltung, die die reformistische Führung der Mehrheitssozialisten einnahm, objektiv der Rettung der Imperialisten und Militaristen und verhütete sogar die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution“.*

erklärte Friedrich Ebert auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED. 1934 schien selbst der SPD-Führung im Prager Exil diese Erkenntnis zu dämmern, als sie in dem sogenannten Manifest von Prag zugab:

„Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene, organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwerste historische Fehler.“<sup>117</sup>

Selbst die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse wurde damals von ihr erkannt:

„Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden... Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“<sup>104</sup>

Allerdings verliert diese Selbsterkenntnis an Wert, wenn man sie mit dem „Deutschlandbericht der SOPADE“, also der gleichen SPD-Führung, vom September 1937 vergleicht:

„... Die Nazipropaganda nutzt den Bolschewistenschreck sehr geschickt dadurch aus, daß sie jede oppositionelle Regung als Bolschewismus hinstellt. In der gleichen Richtung aber wirken vor allem die Kommunisten selbst... als abschreckendes Beispiel. Wenn wir, was unsere sittliche und politische Pflicht ist, immer wieder gegen die Kommunisten den Trennungstrich (!) ziehen und das auch dem Bürgertum begreiflich machen, dann stärken wir die bürgerliche Opposition gegen Hitler.“<sup>118</sup> (Hervorhebungen vom Vf.)

Das schrieb die exilierte SPD-Führung zwei Jahre nach der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, auf der diese zum Zusammenschluß aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Zurückstellung aller sonstigen trennenden Faktoren aufgerufen hatte!

Das „Schuldbekenntnis“ von Prag wird aber vollends zur Farce angesichts des von der rechten SPD-Führung nach 1945 eingeschlagenen Weges, der selbst reformistische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre Westdeutschlands zur direkten oder indirekten Bestätigung der von Walter Ulbricht und anderen führenden Politikern der DDR festgestellten Tatsache zwingt, daß die Politik der SPD keine Alternative zur Politik der Adenauer-CDU bietet. Ebenso wie die rechte SPD-Führung

117 Friedrich Ebert auf der 2. Tagung des ZK der SED (zit. nach: „Neues Deutschland“, Nr. 114 vom 26. 4. 63, S. 3)

118 zit. nach: Paterna, a. a. O., S. 129

1914 nach den „pflichtgemäßen Demonstrationen für den Frieden“ auf die Linie der imperialistischen Kriegspolitik einschwenkte und den „Burgfrieden“ proklamierte, akzeptiert sie heute nach ebenso „pflichtgemäß“ vorgebrachten scheinoppositionellen Argumenten die volksfeindliche Politik der monopolhörigen Regierungspartei. Ihr Bekenntnis zur NATO, zur EWG und zur Abendland-Ideologie stempelt sie zur Vertreterin der imperialistischen Interessen und trennt sie von der Masse ihrer Mitglieder, die ihre Forderungen nach dem Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, nach Lösung der strittigen internationalen Probleme durch Verhandlungen und nach Abwehr der Angriffe auf die in der Verfassung der Bundesrepublik verankerten demokratischen Grundrechte der Bevölkerung auf zahlreichen Kongressen und Tagungen zum Ausdruck brachten.

Die SPD pflegt ihre Abkehr vom Marxismus und ihre Wandlung von der revolutionären Arbeiterpartei, die sie bis zu Beginn dieses Jahrhunderts trotz der revisionistischen Ansätze noch war, zur kleibürgerlichen Reformpartei damit zu begründen, daß sich auch der Kapitalismus gewandelt habe. Was die Form anbelangt, trifft diese Behauptung insofern zu, als zu der Zeit, als Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ die Bourgeoisie entlarvten und Marx im „Kapital“ den Kapitalismus der freien Konkurrenz darstellte und analysierte, die Ausbeutung unverhüllt und die absolute und relative Verelendung der Arbeiterklasse offensichtlicher war, als das heute in den imperialistischen Ländern der Fall ist. Wo aber sind Anzeichen dafür zu erkennen, daß der Kapitalismus im Stadium des Imperialismus seinen allgemeinen Charakter, wie ihn bereits Marx erkannt und enthüllt hatte, soweit geändert habe, daß die Arbeiterklasse die Positionen des Klassenkampfes mit denen der Klassenharmonie vertauschen könne? Zwingt nicht gerade die Verschärfung der Widersprüche im Imperialismus die Arbeiterklasse als die berufene Vertreterin der nationalen Interessen des gesamten Volkes zu einer Verstärkung des Kampfes gegen die Todfeinde der Nation – gegen die gleichen Kräfte, die heute mit den alten Methoden unter neuen Parolen die nie aufgegebenen Ziele zu erreichen suchen?

Was im kaiserlichen Deutschland das Streben nach dem „Platz an der Sonne“ war, was Hitler als die „Neuordnung Europas“ proklamierte, das firmiert heute als „abendländische Kultur- und Schicksalsgemeinschaft“, als „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ – in der unschwer das Wiederaufleben der „Mitteleuropa-Pläne“ Rathenaus, Naumanns und Bethmann-Hollwegs festzustellen ist –, als „Westeuropäische Union“ usw. Was aber birgt sich hinter diesen vor allem für manche Angehörige des Bürgertums so schön und verlockend klingenden Bezeichnungen? – Betrachten wir uns einmal die prozentuale Steigerung des Anteils der einzelnen EWG-Länder an der Industrieproduktion nach dem Stand von 1961:

	Autos	Stahl	Elektro- energie	Export
Westdeutschland	517 %/o	467 %/o	427 %/o	397 %/o
Frankreich	327 %/o	247 %/o	267 %/o	227 %/o
Benelux-Länder	—	187 %/o	127 %/o	267 %/o
Italien	177 %/o	127 %/o	207 %/o	137 %/o

Kann es ein besseres Beispiel für die Wirksamkeit des objektiven ökonomischen Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder geben? Der in zwei Weltkriegen geschlagene deutsche Imperialismus hat mit Hilfe des amerikanischen Monopolkapitals seine ökonomische Position in Westeuropa nicht nur wieder gefestigt, sondern auf Kosten seiner imperialistischen Konkurrenten noch erweitert. Das bedeutet Milliarden Gewinne für die Konzerne, die sich ausdrücken in den Dividendensätzen; das bedeutet verschärfte Ausbeutung, Arbeitshetze und erhöhte Unfallziffern für die Arbeiterklasse; das bedeutet Verschärfung der Widersprüche — einmal zwischen den einzelnen Monopolen und Monopolverbänden, zum anderen zwischen den EWG-Partnern untereinander, schließlich zwischen einzelnen EWG-Staaten und ihrem amerikanischen Protektor.

Der Kampf um den Beitritt Englands zur EWG hat wieder einmal mehr als deutlich gezeigt, daß die vielgerühmte klein-„Europäische Gemeinschaft“ ihre Grenzen findet im Konkurrenzkampf zwischen Monopolen, Monopolverbänden und imperialistischen Staaten als den Sachwaltern der Monopolinteressen. Nur eine Gemeinsamkeit gibt es unter diesen „Patent-Europäern“, mit der sie vorläufig noch die zwischen ihnen klaffenden Widersprüche verkleistern: das ist der wütende Haß gegen den Sozialismus, gegen das immer stärker werdende sozialistische Weltssystem, der Antikommunismus, den schon einer der großen bürgerlichen Humanisten, Thomas Mann, als die Grundtorheit unseres Jahrhunderts bezeichnete.

Der Antikommunismus ist der Vater aller modernen „europäischen“ Ideologen, deren jüngster Ausdruck der zwischen Adenauer und de Gaulle abgeschlossene westdeutsch-französische Vertrag ist. Diese Achse Bonn-Paris, die mit der Perspektive einer Verlängerung nach dem faschistischen Spanien geschaffen wurde, erinnert haargenau an eine andere „Achse“, die mit dem Ziel einer deutschen sogenannten „Neuordnung Europas“, d. h. der Verwirklichung der Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus, gebildet worden war. So soll auch dieser Pakt, der großsprecherisch als Abkommen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk deklariert wurde, während er in Wirklichkeit ein Bündnis der westdeutschen und der französischen Imperialisten ist, die Grundlage — wieder einmal! — „für ein Kontinentaleuropa (sein), das vom Atlantik bis zum Ural (!) reicht“, wie es de Gaulle anläßlich der Unterzeichnung zum Ausdruck brachte.

Deutlicher konnten die Hintergründe dieses „Freundschaftsvertrages“ allerdings nicht aufgeleuchtet werden; denn hier spricht unverblümtester Revanchismus, der ja in Westdeutschland einer der Hauptbestandteile des Antikommunismus ist. Mit gleicher Deutlichkeit kommentiert die Hamburger „Welt“ am 6. Februar 1963 diese Pläne: „In Kleineuropa ist kein Platz für ein wiedervereinigtes Deutschland“ (zit. nach „Neues Deutschland“ v. 14. 2. 1963, S. 5). Wer allerdings in dieser „bürgerlichen Zweckehe“ des deutschen und des französischen Imperialismus die erste Geige spielen wird, unterliegt kaum einem Zweifel. Dank der Unterstützung durch das amerikanische Monopolkapital, einer „auf der Wirksamkeit einiger zeitweiliger Faktoren der Wirtschaftsentwicklung“ beruhenden Nachkriegskonjunktur bei verschärfter, wenn auch verschleierte Ausbeutung der Arbeiterklasse<sup>119</sup>, konnte der westdeutsche Imperialismus seine durch den zweiten Weltkrieg angeschlagene Position so weit festigen, daß er trotz Konjunkturrückgangs sich in Westeuropa eine beherrschende Stellung sichern konnte. — Mit Recht stellt deshalb das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das auf dem VI. Parteitag einstimmig beschlossen wurde, in seinem ersten Teil fest:

*„Die EWG und andere internationale staatsmonopolistische Organisationen sind zur Hauptform der imperialistischen Auseinandersetzung um die Aufteilung des kapitalistischen Weltmarktes und andere Einflußsphären unter die Monopole geworden, da ein Krieg zwischen den führenden imperialistischen Mächten angesichts der Stärke des sozialistischen Weltsystems und aller Friedenskräfte in der Welt die Existenz des Imperialismus überhaupt in Frage stellen würde. Zugleich sind die imperialistischen Mächte bestrebt, mit Hilfe dieser Organisationen ihre neokolonialistische Politik durchzuführen und die anderen kapitalistischen Staaten zu beherrschen.“*

*In der EWG hat der westdeutsche Imperialismus einen entscheidenden Einfluß erlangt. Die westdeutschen Monopole haben ihre Macht durch neue Formen der Kartelle, Kapitalverflech-*

<sup>119</sup> „Daily Herald“ vom 16. 8. 54 (1): „Westdeutschland zeigt die typische große Unausgeglichenheit zwischen Reichtum und Armut in einer Gesellschaft, die innerlich ungesund ist. Das Geheimnis, das hinter dieser ‚wunderbaren Wiedergesundung‘ steht, lag in dem Wiederaufbau der Privatindustrie bei hohen Gewinnen und niedrigen Löhnen. Somit fiel die Hauptlast beim Wiederaufbau der deutschen Industrie auf das arbeitende Volk.“ Zur gleichen Feststellung gelangte der bekannte bürgerliche westdeutsche Publizist Prof. Dr. Eugen Kogon in einem Vortrag über den Münchner Rundfunk am 13. Mai 1963: „Löhne und Gehälter stiegen zwar, aber sie hielten sich bis zum Ende der 50er Jahre in Maßen, die der bundesdeutschen Industrie im internationalen Vergleich einen klaren Kostenvorsprung gaben. Die Wirkung war doppelt glücklich: Die (west-)deutsche Industrie konnte mit überaus vorteilhaften Angeboten auf dem Weltmarkt vorstoßen, der ohnehin zu dieser Zeit in stürmischer Ausdehnung begriffen war... Und zweitens brachte die günstige Kostensituation der 50er Jahre enorme Gewinne und eine lawinenartige Kapitalbildung.“ (Zit. nach: Guter Muth, Konjunkturfaute — Rüstung — Maßhalten, in: „Neues Deutschland“ vom 24. 5. 63, S. 5)



tungen usw. über Westdeutschland hinaus ausgedehnt und beherrschen die Produktion und den Markt Westeuropas in vielen Zweigen. Mit Hilfe der EWG und anderer internationaler staatsmonopolistischer Organisationen ist der westdeutsche Imperialismus bestrebt, seine ökonomische, politische und militärische Vorherrschaft in Westeuropa zu erweitern und die anderen imperialistischen Länder in seine aggressive Politik einzubeziehen. Die EWG ist die ökonomische Basis der NATO in Westeuropa. Dadurch werden die Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus begünstigt.“<sup>120</sup>

Nicht seinen Charakter hat der deutsche Imperialismus geändert; er bedient sich lediglich einer neuen Maske. Allerdings ist durch seine Niederlage in zwei Weltkriegen seine Aggressivität noch stärker geworden. Sie ist heute gefährlicher als je durch sein Bestreben, die verlorenen Machtpositionen in der Deutschen Demokratischen Republik und in Osteuropa zurückzuerobern. Dabei mutet es fast wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte an, wenn heute die gleichen Kreise, die vor 1914 die Aussiedlung und Ausrottung ganzer Völker forderten<sup>121</sup>, sich heute der sog. „Landsmannschaften“ bedienen, um den Revanchismus bis zu offenen Morddrohungen zu steigern, wie etwa die Vorgänge anlässlich des „Landsmannschaftstreffens der Schlesier“ in Köln im Juni 1963 zeigten. Dabei ist

„nach der heillos kompromittierten ‚Mitteleuropa‘-Idee eines Friedrich Naumann im ersten Weltkriege und der berüchtigten ‚Neuordnung Europas‘ durch Hitler im zweiten Weltkrieg der katholisch-restaurativen Abendlandidee in der dritten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Aufgabe zugefallen, die aggressiven Eroberungsziele des wiedererstandenen deutschen Imperialismus und Militarismus auf neue Art zu begründen und sie in Gestalt der ‚Europäischen Integration‘ der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen weltpolitischen Situation anzupassen. Die weitausholenden Exkurse der westdeutschen Historiker und Publizisten in das christlich-abendländische Mittelalter, in die griechisch-römische Antike, ja in die Vor- und Frühgeschichte haben im Grunde nichts anderes zum Ziel, als den sehr aktuellen revanchistischen Bestrebungen des deutschen Imperialismus die entsprechende historische Weihe und christliche Legitimation für einen Kreuzzug gegen den ‚bolschewistisch-atheistischen Osten‘ zu geben.“<sup>122</sup>

Die alte faschistische Ideologie, die im Zeichen des Hakenkreuzes das deutsche Volk in die größte nationale Katastrophe seiner neueren Geschichte geführt hatte, mußte nach dem Zusammenbruch durch eine neue ersetzt werden, und der deutsche Imperialismus scheute nicht davor zurück, das Kreuz Christi für seine antinationale und der christlichen Lehre in jeder Beziehung hohnsprechende Politik zu mißbrauchen. Der historisch

längst überholte Begriff eines „christlichen Abendlandes“ wurde aus der Mottenkiste der Geschichte geholt, um dem Antikommunismus einen neuen Anstrich zu geben. „Europäische Integration“ heißt die „neue“ Firma, unter der der westdeutsche Imperialismus seine alten Weltherrschaftspläne zu verwirklichen sucht; im Grunde steckt nichts anderes dahinter als die – auf die gegenwärtigen Ziele der Bonner Ultras zurechtgeschneiderte – kosmopolitische „Paneuropa-Idee“, wie sie bereits 1924 von dem Grafen Coudenhove-Kalergi proklamiert wurde:

„Die . . . Gefahr, der ein zersplittertes Europa entgegengeht, ist: die Eroberung durch Rußland. Vor dieser Gefahr gibt es nur eine Rettung: den europäischen Zusammenschluß.“<sup>123</sup>

Es entspricht durchaus der „historischen Tradition“ der rechten SPD-Führung in Westdeutschland, daß sie zu dieser proimperialistischen, antinationalen Konzeption Ja und Amen sagt. So erklärte Willy Brandt am 27. November 1961 auf der sogenannten Klausurtagung der SPD:

„Das Ja der SPD zur westlichen Gemeinschaft, zu einer aktiven Europa-Politik . . . ist eine solide Basis für eine gemeinsame Außenpolitik.“<sup>124</sup>

Und im Grundsatzdokument des Parteivorstandes der SPD „Die Europapolitik der Sozialdemokratie“ wurde bezeichnenderweise schon 1953 (!) erklärt, daß

„die gesamteuropäische Integration das wesentliche Ziel . . . nationaler Politik (!) der europäischen Völker in der gegenwärtigen Weltsituation (sei) . . . Die SPD hat sich bei der Regierung Adenauer vergeblich um eine gemeinsame Politik von Regierung und Opposition in Fragen der . . . europäischen Zusammenarbeit bemüht. Sie wird sich für eine solche gemeinsame Politik auch . . . (in Zukunft – W. N.) mit Nachdruck einsetzen.“<sup>125</sup>

Damit wird auch von seiten der rechten SPD-Führung offen zugegeben, daß ihre Politik keine Alternative zur Politik der Adenauer-CDU darstellt. Es ist besonders bemerkenswert, daß dieses Eingeständnis zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem die SPD sich vor der Öffentlichkeit noch oppositionell gab. Damit ist aber auch unwiderleglich bewiesen, wie richtig im Programm des VI. Parteitagess der SED die Lage in Westdeutschland wiederum eingeschätzt wurde:

„Die imperialistische Großbourgeoisie kann – wie in der Vergangenheit, so auch gegenwärtig – ihre antinationale, den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes widersprechende Politik nur durchführen, weil ihr rechte Führer

120 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Sonderbeilage zu „Neues Deutschland“ vom 25. 1. 63, S. 6)

121 vgl. hierzu S. 45

122 Stern, Leo, Die klerikal-imperialistische Abendlandideologie . . . , in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2/1962, S. 290

123 zit. nach: Börner, Rolf, Die Rolle des politischen Klerikalismus bei der „Integration“ Westeuropas, in: „Deutsche Außenpolitik“, Sonderheft 2/62

124 zit. nach: Neubert, Wolfram, SPD-Führung und „Integration Europas“, ebenda, S. 135

125 zitiert ebenda

der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften dabei Hilfestellung leisten. Diese Führer unterstützen die aggressive NATO-Politik und machen sich die Argumente und Forderungen des Revanchismus und Chauvinismus zu eigen. Ihre Ideologie ist der blindwütige Antikommunismus, die Feindschaft gegen den Sozialismus, gegen die Ideen des Marxismus-Leninismus. Sie haben sich auf die Seite der Bourgeoisie gestellt und sind der Arbeiterklasse entfremdet, an deren Kraft und geschichtliche Aufgabe sie nicht glauben. Die Politik und Ideologie dieser rechten Führer stellt eine völlige Abkehr von den Traditionen und Zielsetzungen der deutschen Arbeiterbewegung dar, sie steht im Widerspruch zu den Erfordernissen unserer Zeit und kann deshalb von den Mitgliedern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht gebilligt werden. Diese wollen Abrüstung, Frieden und Verständigung. Sie wenden sich immer stärker gegen die Herrschaft des Monopolkapitals und verlangen den Kampf für die sozialen und politischen Forderungen der Werktätigen.“<sup>126</sup>

\*

Zusammengehalten durch die ideologische Klammer des Antikommunismus, entstand so nach dem zweiten Weltkrieg das „europäische Bündnisystem“; innerhalb desselben ergab sich

„für den unter der direkten Förderung der USA und unter den Auspizien der NATO wiedererstandenen deutschen Imperialismus . . . die Chance, als politisches Nahziel auf dem Umweg über verschiedene Teilintegrationen zur supranationalen Totalintegration Europas zu gelangen, um so seine Hegemonie in Europa ökonomisch, militärisch und politisch auszubauen und zu sichern. Der militärstrategische Hintergrund dieser von Bonn mit so verbissenem Eifer betriebenen ‚Integration Europas‘ ist, wie die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ durchaus anerkennend feststellt, ‚auf unauffälligerem und sozusagen moralisch einwandfreiem Umweg über Europa lediglich eine Position der nationalen Stärke aufzubauen und damit eine neue deutsche Präponderanz auf dem Kontinent anzustreben‘. Als Fernziel glaubte und glaubt der deutsche Imperialismus dadurch die Chance in die Hand bekommen zu haben, in einem als unvermeidlich angesehenen Krieg zwischen den USA mit der Sowjetunion im Schatten des USA-Imperialismus als die stärkste Militärmacht Europas seine weitgespannten revanchistischen Ziele am Tage X verwirklichen zu können.“<sup>127</sup>

Deshalb das Streben der westdeutschen Militaristen vom Schlage eines Strauß, eines Heusinger, eines Kai-Uwe von Hassel nach der Verfügungsgewalt über bundeswehregene Atomwaffen, die in den Händen dieser Ultras eine permanente Gefahr für den Frieden in der Welt sein würden!

<sup>126</sup> Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Sonderbeilage „Neues Deutschland“ v. 25. 1. 63, S. 13)

<sup>127</sup> Stern, Leo, Zur Geschichte der Integrationspolitik des deutschen Imperialismus (Sonderheft „Deutsche Außenpolitik“ 2/62, S. 37)

## Schlußbetrachtung

Die Kraft, die in Westdeutschland allein in der Lage ist, die berechtigten Forderungen der Werktätigen und aller friedliebenden Bürger der Bundesrepublik konsequent zu vertreten, ist die KPD als die revolutionäre Vorhut der westdeutschen Arbeiterklasse. Deshalb wurde sie dort ebenso verboten wie vielfach in der Zeit der Weimarer Republik und dann während der faschistischen Diktatur. Aber die Welt hat sich weiterentwickelt. Hinter der in der Illegalität mutig und entschlossen kämpfenden KPD steht die Kraft der geeinten Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik, steht die Kraft des sozialistischen Weltsystems.

Das Kräfteverhältnis hat sich grundlegend gewandelt. Gegen die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus, die er in der Zeit seiner größten Machtentfaltung nicht durchzusetzen vermochte, stehen heute die sozialistischen Staaten auf der Wacht, die jungen antiimperialistischen Nationen Asiens und Afrikas, die nationale Befreiungsbewegung in Lateinamerika.

An dieser unüberwindlichen Macht werden die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus ebenso scheitern wie in der Vergangenheit, auch wenn die Herren vom westdeutschen Finanzkapital aus ihren militärischen Niederlagen in zwei Weltkriegen keine andere Schlußfolgerung gezogen haben als den Trugschluß:

„Wenn wir in einem kommenden Krieg ‚auf der richtigen Seite gegen den richtigen Feind‘ stehen und die USA anstatt gegen uns mit uns ins Feld ziehen, dann kann es nicht mehr fehlen.“<sup>128</sup>

Aus dieser besonderen Gefahr, die der wiedererstarkte Imperialismus in Westdeutschland darstellt, ergibt sich gerade auch für alle guten Deutschen in Ost und West die besonders dringliche Aufgabe, dafür zu sorgen, daß endlich und für alle Zeiten diese Gefahr gebannt wird. Nie wieder darf ein Teil Deutschlands zum Brandherd eines Weltkrieges werden, der die Raub- und Profitgier einer verschwindenden Minderheit des deutschen Volkes befriedigen soll.

Für uns als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ist durch den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der einzig gangbare Weg zu diesem Ziel vorgezeichnet: die Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, des sicheren Hortes des Friedens in Deutschland, durch die bewußte Anwendung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in unserer sozialistischen Volkswirtschaft – zum Wohle und im Interesse unseres ganzen Volkes, unserer deutschen Nation.

<sup>128</sup> ebenda

## Inhalt

Einleitung . . . . .	3
1. Der „Platz an der Sonne“ . . . . .	5
2. Die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschland unmittelbar vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges . . . . .	18
3. Die Kriegsziele der deutschen Imperialisten im ersten Weltkrieg . . . . .	29
4. Zwischen zwei Weltkriegen . . . . .	63
5. „Europäische Integration“ und Abendland-Ideologie — Ausdruck des Weltherrschaftsstrebens der westdeutschen Monopole . . . . .	72
Schlußbetrachtung . . . . .	81

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU

- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925 bis 1934

Verkaufspreis 0,50 DM